



2015

JAHRESBERICHT
ANNUAL REPORT

PERSPEKTIVEN 2016
PERSPECTIVES 2016

Zahlen und Fakten

Facts and Figures



660

Mitarbeiter_innen
employees



2.600

Veranstaltungen in Deutschland
events in Germany



56.000 lfm

Archivbestand
running metres documents

220.000

Teilnehmer_innen
participants

1.000.000

Publikationen im
Bibliotheksbestand
volumes in the library



105

Auslandsbüros
foreign offices



2.834

Studierende und
Promovierende
*graduate, undergraduate,
and PhD students*



340

Veröffentlichungen
in Deutschland
publications in Germany

16

Standorte in Deutschland
offices in Germany

300

davon aus dem Ausland
come from abroad



152.411.171 €

Etat (2014)
budget (2014)

2015 JAHRESBERICHT PERSPEKTIVEN 2016
ANNUAL REPORT PERSPECTIVES 2016

Inhalt

Content

VORWORT

- | | | | |
|----|---------------------------|----|--|
| 06 | Vorwort
<i>Preface</i> | 12 | 2015 in Bildern
<i>2015 in Pictures</i> |
|----|---------------------------|----|--|

PRESSESPIEGEL

- | | |
|----|---|
| 40 | Die Friedrich-Ebert-Stiftung
im Spiegel der Presse |
|----|---|

ARBEITSBEREICHE

- | | | | |
|----|---|----|--|
| 54 | Politische Bildung und Beratung | 62 | Wissenschaftliche Arbeit |
| 55 | Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland | 65 | Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung |
| 58 | Die Internationale Arbeit der FES | | |
| 60 | Die Auslandsbüros der FES | 66 | Unselbständige Stiftungen und Sondervermögen |
-



FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

04 Für Soziale Demokratie
Committed to Social Democracy

PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

- 17** Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus
 - 22** Politik für Europa – 2017plus
 - 26** Globale Politik
 - 30** Wirtschaft und Soziales
 - 36** Demokratie und Gesellschaft
-

ANHANG

- 68** Organisationsplan der
Friedrich-Ebert-Stiftung
 - 70** Jahresabschluss zum 31.12.2014
 - 76** Zum Selbstverständnis
der Politischen Stiftungen
 - 77** Mitglieder des Vorstandes
 - 77** Mitglieder des Vereins
 - 78** Mitglieder des Kuratoriums
 - 78** Mitglieder des Auswahl-
ausschusses
 - 79** Vertrauensdozentinnen
und Vertrauensdozenten
 - 86** Anschriften
-
- 88** Impressum

Für Soziale Demokratie

Committed to Social Democracy

Wer wir sind

Die 1925 gegründete FES ist die traditionsreichste politische Stiftung in Deutschland. Reichspräsident Friedrich Ebert gab ihr den Namen; seinem politischen Vermächtnis verdankt die Stiftung ihre Entstehung und Aufgabenstellung.

Als eine parteinahe politische Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das verbindet uns ideell mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Als gemeinnützige Einrichtung gestalten wir unsere Arbeit eigenständig und unabhängig.

Was wir anstreben

- Eine freie und solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion.
- Eine lebendige und starke Demokratie.
- Eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit Guter Arbeit für alle.
- Einen Sozialstaat, der vorsorgend mehr Bildung und bessere Gesundheit ermöglicht, aber auch Armut bekämpft und die großen Lebensrisiken absichert.
- Ein Land, das in Europa und in der Welt Verantwortung für Frieden und sozialen Fortschritt übernimmt.

Was wir tun

Wir fördern und stärken die Soziale Demokratie vor allem durch

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Unsere Informations-, Orientierungs- und Qualifizierungsangebote motivieren und befähigen zu einem erfolgreichen politischen, gewerkschaftlichen und bürgerchaftlichen Engagement. Wir verbessern die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen;
- Politikberatung: Wir entwickeln Strategien zu zentralen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik sowie zu Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. An den Schnittstellen von Wissenschaft und politischer Praxis gestalten wir den öffentlichen Diskurs für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;
- Internationale Zusammenarbeit: Mit Auslandsbüros in über 100 Ländern unterstützen wir eine Politik für friedliche Zusammenarbeit und Menschenrechte, fördern den Aufbau und die Konsolidierung demokratischer, sozialer und rechtsstaatlicher Strukturen und sind Wegbereiter für freie Gewerkschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Im europäischen Einigungsprozess engagieren wir uns intensiv für ein soziales, demokratisches und wettbewerbsfähiges Europa;
- Begabtenförderung unter besonderer Berücksichtigung von Studierenden und Promovierenden aus einkommensschwachen Familien und solchen mit Migrationshintergrund. Dadurch tragen wir zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie: Mit dem Archiv, unserer Bibliothek und zeitgeschichtlichen Projekten halten wir die historischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften lebendig und unterstützen die gesellschaftspolitische und historische Forschung.

About us

The Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is the oldest political foundation in Germany with a rich tradition in Social Democracy dating back to its foundation in 1925. The foundation owes its formation and its mission to the political legacy of its namesake Friedrich Ebert, the first democratically elected German President.

The work of our political foundation focuses on the core ideas and values of Social Democracy – freedom, justice and solidarity. This connects us to Social Democracy and free trade unions. As a non-profit institution, we organise our work autonomously and independently.

Our goals

We promote

- a free society, based on the values of solidarity, which offers all its citizens the same opportunities to participate on political, economic, social and cultural levels, regardless of their origin, sex or religion
- a lively and strong democracy; sustainable economic growth with decent work for all
- a welfare state that provides more education and improved healthcare but at the same time combats poverty and provides protection against the challenges that life throws at citizens
- a country that is responsible for peace and social progress in Europe and in the world

What we do

We support and strengthen Social Democracy in particular by means of:

- political educational work to strengthen the civil society. Our political education programs in Germany motivate, enable, inform and qualify citizens to successfully engage in political, trade union and civil spheres. We improve citizens' participation in social discussions and decision-making processes;
- Think Tanks: We develop strategies on the core issues of economic, social and educational policies as well as on key issues that advance democracy. At the crossroad where think tanks, academia and political practitioners meet, we create a public discourse for a just and sustainable economic and social order on a national, European and worldwide level;
- international cooperation: With our international network of offices in more than 100 countries, we support a policy for peaceful cooperation and human rights, promote the establishment and consolidation of democratic, social and constitutional structures and are pioneers for free trade unions and a strong civil society. We are actively involved in promoting a social, democratic and competitive Europe in the European integration process;
- support for talented young people with scholarship programs, in particular for students and doctoral candidates from low-income families or with a migrant background. This is our contribution to increasing educational democracy;
- the collective memory of Social Democracy: Our archive, library and contemporary history projects keep the historical roots of Social Democracy and the trade unions alive and provide support for sociopolitical and historical research.

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Jahr 2015 haben über eine Million Menschen in Deutschland Zuflucht gesucht. Sie haben große Strapazen und Risiken auf sich genommen, um hierhin zu gelangen. Die einen kommen, weil Krieg und Gewalt in ihrem Land ihnen keine andere Wahl lassen; die anderen, weil sie ihre Situation in Armut als ausweglos empfinden. Die Not der Flüchtlinge erfordert schnelle Hilfe. Ihre große Zahl führt zur längst fälligen Debatte, wie viel Zuwanderung unser Land verträgt und wie sie menschenwürdig, gerecht und geordnet gestaltet werden kann. Klar ist, dass wir politische Lösungen brauchen, um die Zuwanderung besser zu steuern. Die Flüchtlinge müssen in Europa fair verteilt und in der Nähe ihrer Heimatländer besser versorgt werden. Langfristig gilt es, in den Krisengebieten die Gewalt einzudämmen und den armen Regionen am Rande Europas Entwicklungsperspektiven zu bieten.

Unsere Gesellschaft steht vor der größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Deutschland wird noch lange Ziel von Einwanderung bleiben. Die Integration der Menschen, die wir aufnehmen, ist die gesellschaftspolitische Aufgabe der kommenden Jahre in Deutschland und in Europa. In ganz Deutschland erlebt das Ehrenamt derzeit eine Renaissance, wie die tätige Solidarität mit Flüchtlingen zeigt. Überall helfen Freiwillige bei der Aufnahme, Versorgung und Integration der Zuwandernden und unterstützen die Kommunen bei dieser Herkulesaufgabe. Die FES hat dieses Engagement in allen Regionen unterstützt. Dabei ging es um Wissensvermittlung und Meinungsaustausch ebenso wie um das Trainieren praktischer Kompetenzen und die Vernetzung der Hilfsbereiten, um das Engagement zu strukturieren und effizient zu gestalten.

So wurden in Thüringen Bürgerforen zur interkulturellen Kompetenz und Plattformen zur Vernetzung der Helfer_innen organisiert. Die Akademie Management und Politik bot auf ihrer Webseite Informationen darüber, wo Bürger_innen sich engagieren können, was es rechtlich zu beachten gilt und wer vor Ort zuständig ist.



Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung
President of the Friedrich-Ebert-Stiftung



Dr. Roland Schmidt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Secretary General of the Friedrich-
Ebert-Stiftung

Auch die Zugewanderten selbst unterstützte die FES dabei, sich politisch einzubringen. Ein Projekt des Forums Berlin für Sachsen, Berlin, Niedersachsen und Bremen erreichte etwa 300 Migrant_innen, die bis dahin nicht politisch aktiv waren. Mit Spenden unserer Stipendiat_innen konnten verschiedene Angebote für Flüchtlinge gefördert werden, unter anderem das Projekt »Me + Me = We«, das Berliner Jugendliche und junge Flüchtlinge in Kontakt bringt.

Nicht alle haben die Flüchtlinge willkommen geheißen. Die angebliche »Islamisierung des Abendlandes« und die überzogene Angst vor Zuwanderung gehörten 2015 zu den dominierenden Nachrichten in Deutschland. Die Proteste gegen die Flüchtlinge und die Brandanschläge auf Asylheime zeigen, dass sich unsere Gesellschaft mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus stärker als bisher auseinandersetzen muss. Dabei ist die FES mit ihrem Arbeitsschwerpunkt gegen Rechtsextremismus ein starker Akteur. Mit neuen Publikationen, öffentlich wirksamen Diskussionsforen und praxisorientierten Workshops sensibilisierte die Stiftung für die Problematik und stärkte Menschen, die sich gegen Rechts engagieren. So bot etwa ein neues Argumentationstraining in Mecklenburg-Vorpommern Möglichkeiten, Vorbehalte und Parolen gegen Flüchtlinge rhetorisch zu kontern.

Die Flüchtlingskrise führte in der Europäischen Union zu erheblichen Spannungen. Sie stellte die Grenzstaaten am Mittelmeer und die Länder auf der Balkanroute vor große Herausforderungen und resultierte im Widerstand der zent-

Die Integration der Menschen, die wir aufnehmen, ist die gesellschaftspolitische Aufgabe der kommenden Jahre in Deutschland und in Europa.

The integration of the people we take in is the socio-political task of the coming years in Germany and in Europe.

Dear reader,

in 2015, over one million people sought refuge in Germany. They accepted great hardships and risks to arrive here. Some have come because war and violence in their countries have left them with no other choice; others because they perceive their situation in poverty as hopeless. The plight of refugees demands rapid assistance. Their large number has provoked a long overdue debate about how much immigration our country can tolerate, and how it can be made more humane, just, and orderly. It is clear that we need political solutions to better control immigration. The refugees must be fairly distributed in Europe and better provided for close to their home countries. The long-term objective is to curb violence in the crisis areas and to offer development prospects to the poor regions on Europe's periphery.

Our society faces the biggest challenge since reunification. Germany will long remain an immigration destination. Thus, the integration of the people we take in is the socio-political task of the coming years in Germany and in Europe. Throughout Germany, volunteering is currently experiencing a renaissance, as the active solidarity with refugees shows. Everywhere, volunteers are helping to receive, provision, and integrate immigrants and are supporting local authorities in this Herculean task. The FES has supported this commitment in all regions. This support has involved knowledge transfer and the exchange of views, as well as training in practical skills and networking of those ready to help, in order to structure and efficiently organise the commitment.

Accordingly, citizens' forums on intercultural competence and platforms for networking volunteers were organized in Thuringia. On its website, the Akademie Management und Politik offered information about where citizens can get involved, what legal aspects to be considered, and who is responsible on-site.

The FES also supported the immigrants themselves in engaging politically. A project of the Forum Berlin for Saxony, Berlin, Lower Saxony and Bremen reached about 300 immigrants who previously had not been politically active. With donations from our sponsors, various offers for refugees could be promoted, including the project »Me + Me = We« which brings young Berliners and young refugees in contact.

Not all have welcomed the refugees. In 2015, the alleged »Islamisation of the West« and the excessive fear of immigration

belonged to the most dominant news issues in Germany. The protests against the refugees and the arson attacks on asylum centres show that our society needs to confront xenophobia and right-wing extremism more than ever before. In this regard, the FES is a strong actor with its focus of activity against right-wing extremism. With new publications, public discussion forums, and practice-oriented workshops, the foundation raised awareness of the problem and strengthened those who are fighting against right-wing extremism. Thus, new argumentation training in Mecklenburg-Vorpommern offered ways to rhetorically counter reservations and slogans against refugees.

The refugee crisis has led to considerable tension in the European Union. It has presented the border states in the Mediterranean region and countries along the Balkan route with great challenges, and has resulted in the resistance of Central European countries to accept refugees. The situation requires a coherent, fair, and solidary European asylum and migration policy. With background discussions, expert forums, and publications, our offices abroad have discussed the situation in the countries concerned and brought together leading politicians.

During his visit to Berlin for the Eminent Lectures series, for example, Malta's Prime Minister Joseph Muscat held a discussion with numerous guests about a social, fair and open Europe. The harmonisation of European asylum policy was the focus of events and dialogue programmes of the FES-Europe office in Brussels which plays a central role in networking and consulting on all European issues. Our presence in the southern EU countries is particularly in high demand. As a consequence, we sent a staff member to Rome in October.

Besides the humane reception and integration of refugees, tackling the reasons for fleeing must be a policy objective in the countries concerned and in the international community. The wars and crises in the Middle East and in many African countries have to be replaced by non-violent conflict resolution and peace processes. Germany is involved diplomatically, but also more and more militarily. Hence, our peace policy work is all the more necessary.

The FES is virtually a comprehensive presence in the Middle East and North Africa. In our work, we can rely on long-term contacts and partnerships. Our approaches are thematically diverse and involve key social groups. We bring conflicting par-

räeuropäischen Länder, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Dabei erfordert die Situation der Flüchtlinge eine kohärente, faire und solidarische europäische Asyl- und Migrationspolitik. Mit Hintergrundgesprächen, Fachforen und Publikationen haben unsere Auslandsbüros die Situation in den betroffenen Ländern thematisiert und führende Politiker_innen zusammengebracht.

Maltas Premierminister Joseph Muscat etwa diskutierte bei seinem Berlin-Besuch im Rahmen der »Eminent Lectures« mit zahlreichen Gästen über ein soziales, gerechtes und offenes Europa. Die Harmonisierung der europäischen Asylpolitik stand im Fokus von Veranstaltungen und Dialogprogrammen des FES-Europabüros in Brüssel, das eine zentrale Rolle bei der Vernetzung und Beratung zu allen europäischen Themen spielt. Unsere Präsenz in den südlichen EU-Ländern ist besonders gefragt. Im Oktober haben wir deshalb einen Mitarbeiter nach Rom entsandt.

Neben der menschenwürdigen Aufnahme und Integration der Geflüchteten muss die Bekämpfung von Fluchtursachen ein politisches Ziel der betroffenen Länder und der internationalen Gemeinschaft sein. Die Kriege und Krisen im Nahen und Mittleren Osten und in vielen Ländern Afrikas müssen durch gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensprozesse abgelöst werden. Deutschland engagiert sich international, mehr und mehr auch militärisch. Umso notwendiger ist unsere friedenspolitische Arbeit.

Die FES ist im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika nahezu flächendeckend präsent. Sie kann bei ihrer Arbeit auf langjährige Kontakte und Partnerschaften bauen. Unsere Arbeitsansätze sind thematisch vielfältig und binden entscheidende gesellschaftliche Gruppen ein. Wir bringen Konfliktparteien an einen Tisch, erarbeiten Vorschläge für friedliche Lösungen und tragen zur Verständigung bei. Das schafft Vertrauen und findet internationale Anerkennung: 2015 wurde der Friedensnobelpreis unter anderem an die tunesische Gewerkschaft UGTT verliehen; sie ist Mitglied des ausgezeichneten tunesischen Quartetts für den nationalen Dialog und seit Langem ein enger Partner der FES.

Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises 2015 setzte die FES ein Zeichen für Versöhnung in Nahost: Geehrt wur-

den zwei israelische Bürgermeister – ein jüdischer und ein arabisch-palästinensischer –, die sich im Rahmen des Projekts »Shared Communities« der FES-Partnerorganisation Givat Havivah für ein friedliches Zusammenleben engagieren.

Auch neue Chancen für einen Friedensdialog greifen wir auf. Im Iran stehen seit dem Atomdeal die Zeichen auf Verständigung mit der internationalen Gemeinschaft. Dazu möchte die FES durch die 2015 begonnene Kooperation mit dem Institute for Political and International Studies (IPIS) beitragen, einem dem iranischen Außenministerium zugeordneten Thinktank. Kurt Beck, Vorsitzender der FES, sagte bei der Unterzeichnung der Vereinbarung in Teheran: »Die Einbeziehung des Iran ist ein Gebot der politischen Vernunft. Die FES kann einen Beitrag leisten, Gemeinsamkeiten zu identifizieren und Differenzen zu überwinden.« Konkret wurde das bei der ersten regionalen Iran-Konferenz in Amman zu den Auswirkungen des Atomabkommens, wo es der FES gelang, Expert_innen aus dem Iran und den Golfstaaten an einen Tisch zu bringen.

Politik und Gesellschaft können den hier beschriebenen großen Herausforderungen nur gemeinsam begegnen. Den politischen Stiftungen kommt in dieser Situation eine besondere Rolle zu. Sie engagieren sich schon lange sowohl in Deutschland als auch in den Herkunftsländern für Demokratie und Menschenrechte. Als international präsente Nichtregierungsorganisationen und als parteinahe Beratungs- und Bildungseinrichtungen sind sie bestens dafür geeignet, Empfehlungen für eine gute Politik zu formulieren und die Umsetzung in der Praxis zu begleiten. Die Erfahrung, die Flexibilität und das Instrumentarium der Stiftungen, ihre hervorragende Vernetzung mit maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen, mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Medien sind gerade in Zeiten des Umbruchs und der Neuorientierung besonders wertvoll.

Gewürdigt wurde die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2015 insbesondere aus Anlass ihres 90. Geburtstages: Am 2. März kamen in Berlin mehr als 1.000 Gäste aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zusammen, um das Jubiläum zu begehen. Als Laudatoren sprachen Bundespräsident Joachim Gauck und Aleksander

Neben der menschenwürdigen Aufnahme und Integration der Geflüchteten muss die Bekämpfung von Fluchtursachen ein politisches Ziel der betroffenen Länder und der internationalen Gemeinschaft sein.

Besides the humane reception and integration of refugees, tackling the reasons for fleeing must be a policy objective in the countries concerned and in the international community.

ties to the table, work out proposals for peaceful solutions, and contribute to rapprochement. This creates trust and gains international recognition: the 2015 Nobel Peace Prize was awarded, among others, to the Tunisian trade union UGTT; the union is a member of the excellent Tunisian National Dialogue Quartet and has been a close partner of the FES for a long time.

With the awarding of the Human Rights Prize in 2015, the FES set an example of reconciliation in the Middle East: honored were two Israeli mayors – one Jewish, the other Arab Palestinian – who are committed to peaceful coexistence as part of the »Shared Communities« project of the FES partner organisation Givat Havivah.

We also draw on new opportunities for a peace dialogue. Since the nuclear deal, all signs in Iran point to an understanding with the international community. To this end, the FES wants to contribute – through the cooperation that began in 2015 with the Institute for Political and International Studies (IPIS) – to a think tank associated with the Iranian Foreign Ministry. Kurt Beck, chairman of the FES, said in signing the agreement in Tehran: »The inclusion of Iran is an imperative of political reason. The FES can contribute to identifying common ground and overcoming differences.« This became concrete at the first regional Iranian conference in Amman on the effects of the nuclear agreement, where the FES succeeded in bringing experts from Iran and the Gulf States to the table.

Only together can politics and society meet the major challenges described here. Political foundations have a special role to play in this situation. They have long been involved—both in Germany and in the countries of origin – for democracy and human rights. As internationally prominent non-governmental organisations and party-affiliated consulting and educational institutions, they are ideally suited to formulate recommendations for good policy and to support the implementation in practice. The foundations' experience, flexibility, and instruments, as well as their outstanding networking – with key social groups, politics, economics, science, administration, and media—are particularly valuable in times of upheaval and re-orientation.

The work of the Friedrich-Ebert-Stiftung was particularly acknowledged in 2015 on the occasion of its 90th birthday: on

2 March, more than 1,000 guests from politics, society, economy, science, and the media came together in Berlin to celebrate the anniversary. German President Joachim Gauck and Aleksander Kwaśniewski were the speakers for the event. In his speech, the former President of Poland emphasised the importance of the foundation in the transformation process of Central and Eastern European countries, while German President Gauck told the FES: »Your commitment to human and civil rights, for democracy is, and remains, indispensable. I thank you from the bottom of my heart for your dedication.«

The advocacy of our sponsors for the values of social democracy has a 90-year tradition: the foundation's anniversary was also the anniversary of the FES scholarship programme. The original purpose of the FES was to enable gifted, working-class children to study. Moreover, by supporting democratically minded students, the foundation wanted to contribute in the Weimar Republic to stabilising the young democracy. A new exhibition on the history of the scholarship programme shows its development from 1925 to 2015, based on the biographies of recipients and the work focus of programme.

In the anniversary year, the FES has launched two major projects: »Good Society – Social Democracy 2017plus« and »Policy for Europe – 2017plus«. Both confront questions on which we are working intensively until 2017: How can we translate the basic values of social democracy – freedom, justice, and solidarity – into concrete policies and bring them to life? And how can we contribute to a strong, democratic, future-oriented Europe? In order to develop answers and recommendations for action at national and international levels, we are using our global network and connecting German, European, and international perspectives. The results from the first year of the project can be found in the first two chapters of this report.

Another major topic in 2015 was digitalisation. It has proceeded so rapidly and extensively that it has long gone beyond the scope of media policy debates and has led to upheaval in all political and social sectors. Accordingly, the FES has a broad range of offerings on this subject. We want to contribute to digitalisation that effects social progress and is democratically designed. This guiding principle led the two-day congress

Wir wollen dazu beitragen, dass die Digitalisierung gesellschaftlichen Fortschritt bewirkt und demokratisch gestaltet wird.

We want to contribute to digitalisation that effects social progress and is democratically designed.

Kwaśniewski. Der ehemalige Staatspräsident Polens unterstrich in seiner Festrede die Bedeutung der Stiftung im Transformationsprozess der mittel- und osteuropäischen Länder, während Bundespräsident Gauck an die Adresse der FES feststellte: »Ihr Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte, für Demokratie ist und bleibt unverzichtbar. Ich danke Ihnen von Herzen für Ihr Engagement.«

Auch das Eintreten unserer Stipendiat_innen für die Werte der Sozialen Demokratie hat eine 90-jährige Tradition: Das Stiftungsjubiläum war zugleich das Jubiläum der Abteilung Studienförderung. Ursprünglicher Zweck der FES war es, begabten Arbeiterkindern ein Studium zu ermöglichen. Mit der Förderung demokratisch gesinnter Studierender wollte die Stiftung in der Weimarer Republik darüber hinaus zur Stabilisierung der jungen Demokratie beitragen. Eine neue Ausstellung zur Geschichte der Studienförderung zeigt die Entwicklung von 1925 bis 2015 anhand von Biografien der Geförderten und Arbeitsschwerpunkten der Studienförderung.

Im Jubiläumsjahr hat die FES zwei große Projekte an den Start gebracht: »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus« und »Politik für Europa – 2017plus«. Beide nehmen Fragen auf, die wir bis 2017 besonders intensiv bearbeiten: Wie können wir die Grundwerte der Sozialen Demokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – in konkrete Politik übersetzen und mit Leben füllen? Und wie können wir zu einem starken, demokratischen, zukunftsfähigen Europa beitragen? Um Antworten und Handlungsempfehlungen für die nationale wie internationale Ebene zu entwickeln, nutzen wir unser weltweites Netzwerk und verbinden die deutsche, europäische und internationale Perspektive. Die Ergebnisse aus dem ersten Projektjahr sind in den ersten beiden Kapiteln dieses Berichts nachzulesen.

Ein weiteres prägendes Thema dieses Jahres war die Digitalisierung. Sie schreitet so rasant und umfassend voran, dass sie längst den Rahmen medienpolitischer Debatten sprengt und in allen Politik- und Gesellschaftsbereichen zu Umwälzungen führt. Dementsprechend breit ist das Angebot der FES zu dieser Thematik. Wir wollen dazu beitragen, dass die Digitalisierung gesellschaftlichen Fortschritt bewirkt und demokratisch gestaltet wird. Diese Leitidee verfolgte der zweitägige Kongress »#DigiKon15« im November in Berlin, der per Livestream übertragen wurde. Rund 350 Teilnehmende und mehr als 50 Referent_innen diskutierten die Herausforderungen der Digitalisierung für Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Eine Publikation fasst die wichtigsten Erkenntnisse zusammen und gibt Handlungsempfehlungen zur Positionierung der Sozialdemokratie in der Netzpolitik.

Auch die Zukunft der politischen Bildung und Beratung ist digital. Das Jubiläumsjahr haben wir genutzt, um uns im Internet mit einem modernen, übersichtlichen und informativen Auftritt neu zu präsentieren. Unter den politischen Stiftungen nimmt die FES im Sozialen Netz mit knapp 70.000 Fans auf unterschiedlichen Kanälen weiter eine Spitzenposition ein.

In Zeiten von Krisen und gesellschaftlichen Umbrüchen ist es der FES schon oft gelungen, Menschen für die Soziale Demokratie zu gewinnen und zu mobilisieren. Die digitale Weltgesellschaft bringt Chancen mit sich, die wir nutzen wollen: für unser Engagement, für neue Partnerschaften und für gute und progressive Politik. Unser Dank gilt allen, die uns auf diesem Weg begleiten.

Ihre

Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender

Dr. Roland Schmidt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Zum Gedenken an Helmut Schmidt



»#DigiKon15« in Berlin in November, which was broadcast via live stream. Around 350 participants and more than 50 consultants discussed the challenges of digitalisation in politics, society, economy, science, and culture. A publication summarises the most important findings and gives recommendations for positioning social democracy in Internet policy.

The future of political education and counseling is also digital. We used the anniversary year to relaunch our website with a modern, clear, and informative design. Among political foundations, FES continues to take a leading position in social media with nearly 70,000 fans on different channels.

In times of crisis and social upheaval, the FES has often succeeded in attracting and mobilising people for social democracy. The digital world society entails opportunities that we want to use: for our commitment, for new partnerships, and for good and progressive politics. Thanks to all who accompany us on this journey.

Yours

Kurt Beck, Minister President, Retired

President

Dr. Roland Schmidt

Secretary General

Helmut Schmidt gehörte zu den bedeutendsten Staatsmännern des 20. Jahrhunderts. Als Sozialdemokrat und fünfter deutscher Bundeskanzler hat er sich um seine Partei verdient gemacht und die internationale Anerkennung der Bundesrepublik in schwierigen Zeiten außerordentlich befördert. Dabei ließ er sich von einer philosophisch begründeten Verantwortungsethik leiten.

Der Friedrich-Ebert-Stiftung war Helmut Schmidt auf vielfältige Weise eng verbunden: Nach dem Zweiten Weltkrieg zählte er 1947/48 zu den ersten Stipendiaten der neu gegründeten Stiftung. Seit dem Jahr 1983 gehörte er als hochgeschätzter Ratgeber dem Verein der FES an. Das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung verwahrt einen umfangreichen Teil seines zeit-historisch bedeutenden Nachlasses und regt Forschungen zu Schmidts politischem Wirken an.

Im Gedenken an Helmut Schmidt fand in Hamburg die Präsentation des im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. erschienenen Briefwechsels von Willy Brandt und Helmut Schmidt statt.

Die sorgfältig annotierte Edition ist als Kooperationsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung entstanden. Sie erschließt die gesamte Korrespondenz zwischen Brandt und Schmidt, umfasst mehr als 700 Briefe der Jahre 1958 bis 1992 und bietet neue Einblicke in das persönliche Verhältnis der beiden Staatsmänner.

2015 in Bildern 2015 in Pictures



01 02



04 05



08 09



13 14





03

Non-Profits und Social Media

Fachtagung der Akademie Management und Politik
22. Juni 2015, Bonn



06 07



10 11



12



15



16 17



18 19



20

01 Die Ergebnisse des Projekts »DenkraumArbeit« wurden von Familienministerin Manuela Schwesig im November vor rund 100 Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft präsentiert. (Foto: Mark Bollhorst)

02 Pernilla Baralt, Staatssekretärin im schwedischen Ministerium für Gleichstellung, war eine der Rednerinnen auf einer Fachkonferenz in Berlin, die nach Antworten suchte, wie die EU auch weiterhin dazu beitragen kann, die Lebenschancen von Frauen und Männern anzugleichen. (Foto: Jens Schicke)

03 In Zeiten der Digitalisierung wandelt sich auch das Ehrenamt. Wie soziale Medien genutzt werden können, stand im Mittelpunkt der Fachtagung »Non-Profits und Social Media« der Akademie Management und Politik. (Foto: Daniela Schmitter)

04 Mit dem HistoCamp führte das AdSD das erste BarCamp zum Thema Geschichte im deutschsprachigen Raum durch. Über 100 Teilnehmer_innen diskutierten über aktuelle Fragen der Geschichtswissenschaft und ihre öffentlichkeitswirksame Vermittlung. (Foto: FES)

05 Bei einer Europakonferenz beschäftigten sich Stipendiat_innen intensiv mit der Zukunft der Europäischen Union. Mehr als 100 Studierende traten in einen intensiven Austausch mit Parlamentarier_innen aus Bundestag und EU-Parlament. (Foto: FES)

06 Zu den Gästen der Festveranstaltung zum 90-jährigen Bestehen der FES zählten auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. (Foto: Liebe)

07 Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Stiftungsarbeit in Costa Rica empfing der Staatspräsident des mittelamerikanischen Landes, Luis Guillermo Solís, am 16. April 2015 den FES-Vorsitzenden Kurt Beck in seinem Amtssitz in San José. (Foto: FES)

08 Bei einem Besuch in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin gab der ehemalige Staatspräsident Lula da Silva seine Einschätzungen zur politischen Lage in Brasilien ab. (Foto: FES)

09 Der Preis »Der politische Film der Friedrich-Ebert-Stiftung«, verliehen durch das Julius-Leber-Forum in Hamburg, ging 2015 an den Regisseur Magnus Gertten für seinen Film *Every Face Has a Name*. Zur Jury gehörten Patricia Schlesinger, NDR-Programmereichsleiterin, Hansjörg Schmidt, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und der Journalist Stephan Lamby. (Foto: Martin Kunze, Filmfest Hamburg)

10 In Trier organisierte die FES eine Diskussion über »Digitale Möglichkeiten in Gesundheit und Pflege« mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer. (Foto: FES)

11 Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, war im April auf Einladung der FES nach Budapest gekommen, um über »Die Zukunft der Europäischen Union als Wertegemeinschaft« zu diskutieren. Zu den Gesprächspartnern gehörte auch György Földes, Direktor des ungarischen Instituts für politische Geschichte (li.), als Mitveranstalter der Tagung. (Foto: István Fazekas)

12 Gefragter Gesprächspartner: Hamburgs Oberbürgermeister Olaf Scholz traf am FES-Stand auf dem SPD-Parteitag mit internationalen Gästen zusammen. (Foto: Bollhorst)

13 Autumn Academy: Um über die Perspektiven der Braunkohlereviere zu diskutieren, trafen sich junge Menschen aus mehreren betroffenen Regionen Europas in Leipzig. (Foto: Evgeny Makarov)

14 Die Aufnahme entstand bei einer Veranstaltung der »Akademie der Sozialen Demokratie« der FES Budapest am 14. April 2014. Es war eine Diskussion mit jungen politisch engagierten Menschen über die Zukunft der Sozialen Demokratie. Gesprächsgäste waren Ralf Stegner und Jan Stöb. (Foto: István Fazekas)

15 Die politischen Stiftungen waren Anfang des Jahres vom Bundespräsidenten eingeladen worden, gemeinsam eine große Konferenz über das Verhältnis von Demokratie und Freiheit, unter Mitwirkung aller Verfassungsorgane, durchzuführen. (Foto: Peter Himself)

16 Der erste Preisträger des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft.Weiter.Denken.« ist der Schotte Mark Blyth, Professor für Internationale Politische Ökonomie an der US-amerikanischen Brown University in Providence, Rhode Island. (Foto: Bollhorst)

17 Beliebter Treffpunkt auf dem SPD-Parteitag: Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles am FES-Stand im Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Michael Sommer. (Foto: Bollhorst)

18 Der FES-Vorsitzende Kurt Beck führte im Herbst 2015 im Iran Gespräche mit hochrangigen Vertretern aus Politik und Gesellschaft, darunter Hadi Soleimannpour, iranischer Vize-Außenminister und Leiter des Center for International Research and Education. (Foto: FES)

19 Das Grundwerteforum »Gerechtigkeit« in Bonn: Über Gerechtigkeit als Grundwert diskutierten unter anderem der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel (li.) und Jens Spahn, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesfinanzminister (r.), hier mit einem der Moderatoren, Tobias Mörschel, FES (m.). (Foto: highleifphotography)

20 Mit klarem Blick nach vorn: die Mitarbeiter_innen der FES in Bonn ...

21 ... und in Berlin (Fotos: FES)



PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus

Michael Sommer, stellvertretender Vorsitzender der FES, eröffnete am 29. April 2015 in der FES Berlin die Auftaktveranstaltung »Freiheit« der Grundwerteforen 2015.
(Foto: highleifphotography)

Gute Gesellschaft: Darunter verstehen wir soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft und eine Demokratie, an der die Bürger_innen aktiv mitwirken. Eine Gesellschaft, die geprägt ist von den Werten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Eine Gute Gesellschaft muss sich immer wieder darauf verständigen, was unter sich ändernden Rahmenbedingungen für sie gut ist.

Wie lassen sich Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in einer immer vielfältigeren, teilweise gespaltenen Gesellschaft politisch absichern? Was hält die Demokratie lebendig? Wie lassen sich möglichst viele Menschen motivieren, Politik und Gesellschaft mitzugestalten? Wie können Wirtschafts- und Finanzpolitik dazu beitragen, die Globalisierung sozial und nachhaltig zu steuern? Welches Wachstum dient den Menschen am besten und schadet der Umwelt am wenigsten? Wie entsteht Gute Arbeit für alle, sodass alle vom wirtschaftlichen Fortschritt profitieren, Arbeit und Freizeit in einem angemessenen Verhältnis stehen und die großen Lebensrisiken bestmöglich abgesichert sind?

Um Antworten und Handlungsempfehlungen für die nationale wie internationale Ebene zu entwickeln, nutzen wir unser weltweites Netzwerk und verbinden die deutsche, europäische und internationale Perspektive. Das stiftungsweite Projekt wird von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO) koordiniert und umfasst vier Themenfelder: die Grundwerte, die politische Teilhabe, Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Gute Arbeit und soziale Absicherung.

Werte diskutieren

In der Projektlinie »Grundwertedebatte« geht es um die Verständigung über Schlüsselbegriffe der Sozialen Demokratie und ihre gesellschaftliche Ausformung. Was bedeutet frei, gerecht, solidarisch? Wie muss ein tragfähiger Gesellschaftsvertrag im digitalen Zeitalter aussehen? Wie können ökologische und demokratische Aspekte gleichberechtigt neben ökonomischen Gesichtspunkten das Fundament der Wirtschaft und Gesellschaft von morgen bilden?

Unter der Formel »3 x 3« haben wir Foren zu den Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität veranstaltet. Auf welche Gemeinsamkeiten können sich die Parteien bezüglich ihres Wertekompasses verständigen? Und worin liegen die

wichtigsten Unterschiede? Dazu diskutierten jeweils Vertreter_innen dreier politischer Strömungen gemeinsam über einen der Grundwerte.



Im April startete das Grundwerteforum »Freiheit« mit SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi, Konstantin von Notz von Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Generalsekretärin Nicola Beer. Im Juni folgte die Diskussion zu »Gerechtigkeit« mit Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD), Jens Spahn (CDU) und Andre Brie (Die Linke). Den Abschluss bildete im Oktober das Forum zum Thema »Solidarität« mit Ralf Stegner (SPD), Petra Pau (Die Linke) und Michael Kellner (Bündnis 90/Die Grünen). Bei allen drei Foren wurden deutliche Unterschiede zwischen den politischen Strömungen sichtbar in der Frage, was sie mit den Grundwerten konkret verbinden, wie sie davon politisches Handeln ableiten und welche gesellschaftlichen Konsequenzen sich daraus für die Gute Gesellschaft ergeben.

Auch mit anderen Formaten stellten wir die Werte der Sozialen Demokratie in den Fokus. Bei der 15. Sommeruniversität in Potsdam-Hermannswerder ging es um die Frage, welcher Kompass sich für die Gestaltung nationaler, europä-

ischer und globaler Politik aus diesen Werten ableiten lässt. Unter dem Titel »Deutschland, Europa und die Welt: Stress-test für die offene Gesellschaft« diskutierten mehr als 100 politisch engagierte Studierende, Nachwuchswissenschaftler_innen und junge Mitarbeiter_innen von Parteien mit rund 40 herausragenden Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik.

Soziale Gerechtigkeit ist integraler Bestandteil der Sozialen Demokratie. Die akademische Debatte um Gleichheitsansprüche und deren Realisierungschancen boomt, und auch politische und soziale Bewegungen fordern mehr Gleichheit. Ein Workshop im November bildete den Auftakt zu einer großen Konferenz, die im Jahr 2016 nationale und internationale Handlungsansätze zum Thema Gleichheit zusammenführen soll. Dabei werden innovative Konzepte zur politischen Teilhabe, zur Qualität öffentlicher Güter sowie zu Verteilungsfragen aus dem angelsächsischen, dem skandinavischen und dem lateinamerikanischen Raum in die deutsche Debatte eingespeist.

Wie können die Werte der Sozialen Demokratie in praktische Politik übersetzt werden? An welchem normativen Rahmen sollte sich eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik in einer Guten Gesellschaft orientieren? Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahr 1967 dient als Basis, von der aus ein »neues magisches Viereck« erarbeitet wird. Denn die Entwicklungen auf nationaler und globaler Ebene machen deutlich, dass die ökonomischen und fiskalischen Leitplanken um die Dimensionen der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit erweitert werden müssen. Dazu publizierte Sebastian Dullien, Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin, eine Studie. Diese untersucht die Umsetzbarkeit des Konzepts im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung in Deutschland.

Zudem beschäftigen wir uns mit einem weiteren grundlegenden Pfeiler einer Guten Gesellschaft: der Wirtschaftsdemokratie. Vor 40 Jahren trat das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer_innen in Kraft. Aus diesem Anlass wollen wir den Blick in die Zukunft werfen. Die Frage, an welchen Stellen und in welchem Ausmaß Beschäftigte Einfluss und Mitentscheidungsrechte in privatwirtschaftlichen Unternehmen erhalten sollen, muss im stetigen Wandel der weltweiten Ökonomie neu beantwortet werden. Wie kann Mitbestimmung in Zukunft funktionieren und wie können mehr Arbeitnehmer_innen für sie begeistert werden? Im Sinne einer historischen Rückschau wurde zunächst die Digitalisierung von Firmen zur Mitbestimmung vorangetrieben, die Gewerkschaften seit den 1960er-Jahren haben produzieren

lassen. Sie werden im Archiv der sozialen Demokratie verwahrt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Teilhabe stärken

Eine Gute Gesellschaft ist ohne aktive demokratische Teilhabe möglichst vieler Bürger_innen unvorstellbar. In der Projektklinie »Demokratie und demokratische Teilhabe« beschäftigen wir uns mit der Frage, was Teilhabe im Zeitalter der Globalisierung, der Digitalisierung und der großen Migrationsbewegungen bedeutet. Dabei interessiert uns besonders die Gruppe der politisch aktiven Jugendlichen. In einem empirischen Forschungsprojekt geht es darum, junges politisches Engagement in seinen vielfältigen Formen zu erfassen. Ziel ist es, herauszufinden, wie Politik und politische Bildungsarbeit demokratische Partizipation junger Menschen stärken können. Die Ergebnisse wurden Ende des Jahres 2015 aufbereitet und werden 2016 im Rahmen einer öffentlichen Präsentation und Publikation verbreitet.

Neben den jungen Menschen legen wir einen Schwerpunkt auf die Teilhabe der Gewerkschaften im demokratischen Prozess. Aus aktuellem Anlass steht für die Gewerkschaften die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ganz oben auf der Tagesordnung, seit Jahren auch ein Arbeitsschwerpunkt der Friedrich-Ebert-Stiftung. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus basieren auf Ideologien der Ungleichwertigkeit und stellen eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft dar. In einer internationalen Fachkonferenz mit rund 100 Teilnehmer_innen wurden im November in Bonn Herausforderungen, Chancen und Instrumente gewerkschaftlichen Engagements gegen Rechts erörtert.

Das bestimmende Thema in Deutschland im Jahr 2015 war die Einwanderung. Im Oktober wurden in einem Gutachten zu den »Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland« die Potenziale der Einwanderung herausgestellt, aber auch die Herausforderungen benannt – etwa im Bereich der kultursensiblen Altenpflege. In einem Gutachten zur europäischen Flüchtlingspolitik wurde die europäische Dimension von Flüchtlingsbewegungen und Einwanderung beleuchtet.

Teilhabe und Partizipation finden zunehmend im digitalen Raum statt. So unklar die Konturen der digitalisierten Welt noch sind, eines steht fest: Es gibt kaum mehr einen Lebensbereich, der nicht davon betroffen ist. Dabei hat die Entwicklung das Potenzial, unser Leben zum Besseren zu verändern – sie kann aber auch das Gegenteil bewirken. Derzeit

Geballte Kompetenz bei der DigiKon: Martin Ott, Managing Director Northern, Central and Eastern Europe bei Facebook, berichtete von seinem Engagement, das nachhaltige Wachstum von Unternehmen, Organisationen und Partnern in der Region zu unterstützen. (Foto: Jens Schicke)

Wie kann eine gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik neues Wachstum generieren? Darüber diskutierten unter anderem Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und die damalige SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi auf einer FES-Veranstaltung im September. (Foto: Maren Strehlau)

liegen die Knotenpunkte der Netzgesellschaft in den Händen von wenigen privaten Unternehmen. Sie folgen in ihren Entscheidungen privatwirtschaftlichen, nicht demokratischen Spielregeln. Eine sozialdemokratische Netzpolitik muss darauf hinwirken, dass die Digitalisierung demokratisch und gesellschaftlich gestaltet wird.

Diese Leitidee verfolgte der Kongress »#DigiKon15« im November. Rund 350 Teilnehmende und mehr als 50 Referent_innen diskutierten die Herausforderungen der Digitalisierung für Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Mit dabei waren die Wirtschaftsprofessorin Saskia Sassen, Bundesministerin Andrea Nahles, Netzaktivist Markus Beckedahl, der Netzpolitiker Nicco Lumma sowie die Bundestagsabgeordnete Christian Flisek und Brigitte Zypries. Der zweitägige Kongress wurde per Livestream übertragen; eine Publikation fasst die wichtigsten Erkenntnisse zusammen und gibt Handlungsempfehlungen zur sozialdemokratischen Positionierung in der Netzpolitik.



Wirtschaft und Finanzen gestalten

Wie gut es sich in einer Gesellschaft leben lässt, wird entscheidend von der wirtschaftlichen Lage bestimmt. Damit sind konkrete wirtschaftspolitische Fragen verbunden: Wie kann eine globale Wirtschaft im Zeitalter der Digitalisierung gestaltet werden, die Wohlstand und soziale Gerechtigkeit ermöglicht, ohne demokratische Rechte einzuschränken? Was kann die Finanzpolitik zu einer Guten Gesellschaft beitragen? Welche Rolle spielen die Regeln des globalen Handels? Wie kann die Energiewende gelingen und wie können Klimaziele erreicht werden? Und wie können in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt werden? Im

Rahmen der dritten Projektlinie »Neues Wachstum. Gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik« möchten wir Antworten finden und praktische Politikempfehlungen erarbeiten.

Durch Vernetzung und Digitalisierung entstehen gegenwärtig neue Produktions-, Geschäfts- und Konsumformen. Die Digitalisierung der Produktion wird in Deutschland unter dem Schlagwort »Industrie 4.0« diskutiert. Dazu hat Daniel Buhr (Universität Tübingen) in der FES-Studie »Industrie 4.0 – Neue Aufgaben für die Innovationspolitik« Vorschläge zur Gestaltung des digitalen Wandels in Betrieben und Wirtschaftsstrukturen vorgelegt. Der Beitrag wurde in vielen verschiedenen Kontexten aufgegriffen, etwa im acatech-Innovationsdialog der Bundeskanzlerin, im Industrie-4.0-Papier der SPD-Bundestagsfraktion und von den Gewerkschaften. Auch im Ausland war das Interesse an der deutschen Industrie-4.0-Strategie sehr groß. So wurde die Studie bereits ins Englische, Chinesische und ins Französische übersetzt.

Gestaltende Finanzpolitik bietet die Grundlage, um den Sozialstaat zu finanzieren, Ungleichheit zu bekämpfen und wichtige Investitionen für die Zukunft zu ermöglichen. Handlungsempfehlungen für eine soziale und nachhaltige Finanzpolitik hat das Projekt »Gestaltende Finanzpolitik« erarbeitet.



Wie kann eine gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik neues Wachstum generieren? Darüber diskutierten der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, der Wirtschaftsweiser Lars Feld, der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi im September auf einer FES-Veranstaltung mit dem Titel »Austerität und soziale Ungleichheit – Notwendige Übel oder Gefahren für nachhaltiges Wachstum?«. Stiglitz verurteilte die derzeit insbesondere in Europa praktizierte Austeritätspolitik und wies auf die

Gefahren sozialer Ungleichheit für nachhaltiges Wachstum hin. Bei einer deutsch-französischen Konferenz mit Wissenschaftler_innen und Politiker_innen im November 2015 in Berlin ging es darum, welche Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise in Griechenland zu ziehen sind und welche Reformen in der Eurozone notwendig sind, um ähnliche Krisen in Zukunft zu vermeiden.

Die globale Handelspolitik war Thema einer internationalen Fachtagung im November. Im Mittelpunkt standen die Auswirkungen von bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen wie beispielsweise TTIP auf die Wohlstandsentwicklung in den nicht beteiligten Entwicklungs- und Schwellenländern. Zudem wurden die demokratietheoretischen, rechtsstaatlichen und geopolitischen Implikationen dieser Freihandelsabkommen sowie deren Auswirkungen auf das Welthandelssystem (WTO) diskutiert. Drei neue Publikationen beschäftigen sich mit dem bereits ausverhandelten Handels- und Investitionsschutzabkommen zwischen Kanada und der EU (CETA). Die Autoren analysieren die Auswirkungen auf die Verbraucherwohlfahrt, auf das Gesundheitssystem sowie auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Deutschland und Europa.

Im Rahmen eines Fachgesprächs diskutierte Bernd Lange, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel im Europäischen Parlament, mit weiteren Expert_innen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft im Oktober verschiedene Formen eines Investitionsschutzes. Im Fokus standen das Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS) und der neue Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Investitionsgerichtshof, besetzt mit unabhängigen Richtern, die gemeinsam von den EU-Staaten und den USA ausgewählt werden sollen.

Klimawandel und Umweltzerstörung bedrohen die Lebensgrundlagen der Menschheit weltweit. Um dem Klimawandel zu begegnen, bedarf es abgestimmter Instrumente auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Die Energiewende in Deutschland kann hier als Vorbild dienen. Deshalb haben wir mit »Sonne, Wind, Wasser« von Franz-Josef Brüggemeier eine historische Analyse zur Entwicklung der Energiewende veröffentlicht, die auch in Chinesisch, Portugiesisch, Spanisch, Englisch und Japanisch übersetzt wurde.

Auf europäischer Ebene bildet die Europäische Energieunion das Herzstück der Energiepolitik. In einer Publikation dazu zeigt der Energieexperte Georg Zachmann, wie der Konsens zur gemeinsamen Energiepolitik in der EU zustande kam und welche Eckpfeiler die Europäische Energieunion hat. Ein Fachgespräch betonte außerdem die Notwendigkeit,

die Verbraucherinteressen bei der Energieunion zu stärken. Eine weitere Expertise vergleicht, mit welchen Instrumenten verschiedene EU-Staaten das Problem der Energiearmut bekämpfen.

Auch die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energien geht mit einem Strukturwandel einher. Um über die Perspektiven der Braunkohlereviere zu diskutieren, trafen sich junge Menschen aus mehreren betroffenen Regionen Europas in Leipzig.



In Deutschland ist das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse ein Dauerbrenner. Ende 2019 muss der Länderfinanzausgleich neu geregelt werden. Eine von der FES in Auftrag gegebene Bestandsaufnahme zeigt, dass sich das Land weiter auseinanderentwickelt: Sozioökonomische Unterschiede zwischen Ost und West sowie Nord und Süd haben zugenommen und werden durch die demografische Entwicklung weiter verschärft. Darauf basierend wurde ein Positionspapier zum verfassungsrechtlichen Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse verfasst. Beide Analysen wurden im Bundestag vorgestellt und auf einer öffentlichen Veranstaltung unter anderem mit der Bundesbeauftragten für die neuen Länder, Iris Gleicke, diskutiert.

Chancen sichern

Die Gute Gesellschaft basiert auf einem fairen sozialen Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen. Aufgrund dieser Überzeugung beschäftigen wir uns mit der Frage, wie unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig werden, und entwickeln Entwürfe für eine moderne Bildungs-, Familien- und Stadtpolitik.

Stadtteilentwicklung in Kolumbien: Im Rahmen einer Informationsreise des Projekts »DenkraumArbeit« wurden Beispiele für die Erfolge eines vollständigen Politikwechsels besichtigt. So verhalf zum Beispiel eine Seilbahn einem Stadtteil zum sozialen Aufschwung. (Foto: FES)

Bürgerinnen und Bürger weisen dem Staat zwar eine hohe Verantwortung für die Absicherung sozialer Risiken zu, jedoch ist das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme oft gering, wie empirische Studien zeigen. Was sind die Ursachen und welche Lösungen erwarten die Menschen von der Politik? Entwickelt sich Deutschland sozialpolitisch in den Augen der Bevölkerung grundsätzlich in die richtige Richtung? Diese Fragen untersuchen zwei Publikationen zur Akzeptanz und zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates, die Ende 2015 und Mitte 2016 erscheinen.

Angesichts einer alternden Bevölkerung ist mit Blick auf die Sozialsysteme vor allem die Pflege ein wichtiges Thema. In Mainz fand im September die Fachkonferenz »Pflege vor Ort – Die Wiederbelebung der Kommunen als Ort der Pflegepolitik« statt. Ein Vergleich kommunaler Pflegekonzepte in den Niederlanden und Schweden zeigte, dass Kooperationen mit Bürger_innen sowie ein bestmöglich gestaltetes Arbeitsumfeld die Qualität der Pflege verbessern. Die Zukunft der Pflegepolitik steht auch im Fokus einer Studie zur Entwicklung der Pflegebedürftigkeit und dem damit verbundenen Fachkräfte- und Ressourcenbedarf.

Beim Zukunftsthema Bildung gelten Ganztagsunterricht und Inklusion als die großen Trends in Deutschland. Daher haben wir eine Veranstaltungsreihe zum Thema »Inklusive Bildung« in Bund und Ländern gestartet. Aufbauend auf einer Studie zu individueller Förderung von Christian Fischer (Universität Münster) findet derzeit eine Roadshow in den Bundesländern statt. Dabei wird zunächst die Studie vorgestellt und dann der jeweilige Stand der Umsetzung von inklusiver Bildung unter hochrangiger politischer Beteiligung erörtert. Die Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Landesbüros werden durch eine Publikationsreihe mit umfassenden Ländervergleichen begleitet und durch einen Motivationsfilm unterstützt. Parallel wird eine Reihe zum Thema »Inklusion und Ausbildung« weitergeführt, um die vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Unternehmen bekannter zu machen.

Auch die Arbeitswelt und damit das Familienleben befinden sich im Umbruch. Unter dem Einfluss der aktuellen Megatrends Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel wird sich unsere Art zu arbeiten und zu leben dras-

tisch verändern. Die Soziale Demokratie will den Wandel aktiv nach dem Leitbild einer humanen, gerechten und solidari-schen Arbeitswelt gestalten. Im Projekt »DenkraumArbeit« haben sich rund 100 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Forschung und Zivilgesellschaft zusammengefunden, um ein progressives Leitbild von Arbeit und Familie zu entwickeln. Über ein Jahr lang wurden verschiedene Ansätze und Instrumente diskutiert; das Ergebnis ist eine Programmschrift, die auf einer Konferenz mit Arbeitsministerin Andrea Nahles und Familienministerin Manuela Schwesig im November präsentiert wurde.

Gut leben heißt auch gut wohnen. Gemeinsam mit Expert_innen aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, Wissenschaft, Quartiersmanagement, Sozialverbänden und Verkehrsunternehmen wurde in Workshops ein Diskussionspapier für eine neue, soziale Quartierspolitik erarbeitet.



Im Rahmen des Projekts wurde außerdem eine Informationsreise nach Kolumbien durchgeführt. Sowohl in der Hauptstadt Bogotá als auch in Medellín fand in den letzten Jahren ein vollständiger Politikwechsel statt. Auf Basis einer neuen, sozialen Vision für die Städte sind insbesondere die armen Quartiere entwickelt worden. In enger Zusammenarbeit mit dem Büro der FES in Bogotá konnten Mitglieder der deutschen Projektgruppe mit ihren kolumbianischen Kolleg_innen aus Wissenschaft, Politik und Stadtentwicklung Erfahrungen austauschen und neue Perspektiven entwickeln. Die Gespräche vor Ort zeigten, wie sich durch gemeinsames Engagement scheinbar hoffnungslose Stadtteile zum Besseren wandeln können.

Das Vertrauen in die Europäische Union ist in jüngster Zeit schwer erschüttert worden: Die Krise in Griechenland und anderen Mitgliedsländern, das schwache Wirtschaftswachstum, die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die aktuellen Migrationsströme beunruhigen viele Bürger_innen. Während die Politik mehrheitlich die Stärkung der Union für die richtige Antwort hält, wächst in den Bevölkerungen die Unterstützung für Parteien, die auf nationalstaatliches Handeln setzen.

Mit dem Projekt »Politik für Europa« will die Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen, dass die europäische Integration wirtschaftlich-sozial, demokratisch und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Wir wollen die Sorgen der Bürger_innen aufnehmen und progressive Politikvorschläge diskutieren, um so die Positionierung der Sozialen Demokratie in Europa voranzubringen und die Menschen zu überzeugen, dass »mehr Europa« eine lohnenswerte politische Vision ist.

Die Zukunft der Eurozone

Die Griechenlandkrise hat die Europäische Währungsunion an den Rand des Zusammenbruchs geführt. Die FES hat das Thema kontinuierlich begleitet und mit zahlreichen Veranstaltungen und Veröffentlichungen Analysen und Vorschläge beigesteuert. Dabei haben wir auch immer wieder internationale Expert_innen und Entscheidungsträger_innen an einen Tisch gebracht.

So diskutierten im Juni der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Eichel und Jeromin Zettelmeyer, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im BMWi, im Bundeswirtschaftsministerium mit Gästen aus Griechenland und Portugal über die Krise der Währungsunion. Sie brauche, so eine zentrale Forderung, dringend einen eigenen Gemeinschaftshaushalt des Euroraums. In einer begleitenden Studie analysiert Frank Schimmelfennig (ETH Zürich) die der Krise zugrunde liegenden Gründe.

Im *ipg-journal* debattierten zahlreiche Wissenschaftler_innen und Politiker_innen die Verfasstheit der EU und der Eurozone. Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz mahnte, dass die europäische Währung ohne flankierende europäische Institutionen wie eine Bankenunion und ohne einen Gemeinschaftshaushalt noch sehr viel größere finanz- und volkswirtschaftliche Schäden in Europa verursachen könnte als bisher.

In der Publikationsreihe »WISO direkt« kritisierten namhafte Wissenschaftler_innen wiederholt die Anti-Krisenpolitik der EU, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds. Die exzessive Sparpolitik sei im Falle Griechenlands krachend gescheitert und damit der Hauptgrund für die ökonomische Katastrophe, so eine These; die verfehlte Krisenpolitik und die mangelnde Solidarität gefährdeten die Demokratie in Europa, so eine andere.

Auch zahlreiche Veranstaltungen der politischen Bildung in den Bundesländern thematisierten die Folgen der Griechenlandkrise für die europäische Finanzpolitik und den sozialen Zusammenhalt in Europa.

Der Arbeitskreis Europa bietet unter anderem mit seiner Arbeitsgruppe Wirtschaft und Finanzen ein dauerhaftes Forum zu Fragen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Ein Highlight war 2015 die Debatte zur Weiterentwicklung der Währungsunion mit dem Berater des französischen Wirtschaftsministers sowie Vertreter_innen des Bundesfinanzministeriums und der Europäischen Zentralbank.

Angesichts der Verwerfungen durch die Eurokrise beschäftigt sich die internationale Arbeit der FES verstärkt mit der Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in



der EU. Die FES-Studie »Konvergenz in der Krise« wurde 2015 in Warschau, Budapest, Paris, Madrid und Lissabon mit Expert_innen diskutiert. Thema ist das Auseinanderdriften der nördlichen und der südlichen EU-Staaten, der sogenannten GIPS-Länder Griechenland, Italien, Portugal und Spanien. In der Vergleichsstudie »Neue Wachstumspolitik für die GIPS-Länder« analysiert Michael Dauderstädt, wie das Wachstum gefördert werden kann.

Auch für die Industrie ist die europäische Krise bedrohlich. Besonders für die deutsche Exportwirtschaft ist Europa der wichtigste Partner. Daniel Sahl, Mitglied des Managerkreises, formulierte in seiner Studie »Industriepolitik für Europa« Vorschläge, wie die EU als Standort industrieller Wertschöpfung zukunftsfähig zu machen sei.

Welchen Beitrag kann die Sozialdemokratie leisten, um Europa einen Weg aus der Wirtschaftskrise zu weisen? Mit dieser Frage haben sich der Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik der FES und der österreichische Kautsky-Kreis bei einer gemeinsamen Tagung befasst und nach »Perspektiven sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik im europäischen Kontext« gesucht. Jeromin Zettelmeyer vom Bundeswirtschaftsministerium hob Maßnahmen hervor, mit denen Deutschland wichtige Beiträge zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung der Eurozone leiste – beispielsweise die Einführung des Mindestlohnes oder die Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionen.

Angesichts der großen Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen in Europa stellen sich viele Menschen die Frage nach dem sozialen Kern der EU. In mehreren Studien und Debattenbeiträgen hat die FES das Thema aufgegriffen. Michael Dauderstädt und Cem Keltek betonen in einem »WISO direkt«-Beitrag, dass die Austeritätspolitik und die hohe Ungleichheit den Kern der Wachstums- und Beschäftigungskrise in der Eurozone darstellen. Alexander Schellinger, Referent für Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES, kommt in einer Studie zu dem Ergebnis, dass das soziale Europa auf praktisch allen Ebenen – von der Beschäftigungspolitik über das Arbeitsrecht bis hin zu den Arbeitsbeziehungen – systematisch geschwächt wurde. Er plädiert für die Stärkung der Mitspracherechte der Arbeitnehmer_innen. Diese und weitere FES-Analysen wurden in Parlamentsdebatten, von EU-Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlichen Instituten vielfach aufgegriffen.

Im Zuge der Krise hat die Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt stark zugenommen; insbesondere Hochqualifizierte aus Süd- und Osteuropa ziehen in den prosperierenden Norden. In acht Länderstudien hat die FES das Ausmaß die-

ser Bewegung untersucht. Ein Ergebnis war, dass die Abwanderung von Fachkräften zwar stark zugenommen hat, von einem flächendeckenden Brain Drain jedoch (noch) nicht gesprochen werden könne. Das Projekt erfuhr auch in den Medien große Aufmerksamkeit.

Eine der zentralen Herausforderungen europäischer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist die Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere in Griechenland und Spanien. Im März wurde auf einer Jugendkonferenz des FES-Büros Brüssel mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, über die zentralen Herausforderungen, neue Initiativen und Best-Practice-Beispiele aus den EU-Mitgliedsstaaten diskutiert. Auch mehrere Landesbüros nahmen sich des Themas an, unter anderem in Lesungen mit dem portugiesischen Autor Miguel Szymanski aus seinem Buch *Ende der Fiesta: Südeuropas verlorene Jugend*.

Die jüngsten Fluchtbewegungen verdeutlichen, wie wichtig ein gemeinsames europäisches Asylsystem ist. Trotz zahlreicher Initiativen der Europäischen Union sind die Schutzstandards in Europa noch immer nicht angeglichen und es gibt keine solidarische Verteilung der Flüchtlinge. Die Harmonisierung der europäischen Asylpolitik war Schwerpunktthema eines vom FES-Büro Brüssel organisierten Dialogprogramms.

In der Flüchtlingsthematik wird einmal mehr deutlich, wie gefragt die internationale Expertise der Stiftung ist. So diskutierte beispielsweise der Büroleiter der FES in Budapest, Jan Niklas Engels, im Juli auf dem Hamburger Rathausmarkt mit Bürger_innen über die umstrittene Regierung Viktor Orbáns und die Rolle Ungarns in der Flüchtlingspolitik.

Demokratisches und soziales Europa

Nicht nur das Finanz- und Wirtschaftssystem der Europäischen Union ist in der Krise. In etlichen Mitgliedsstaaten sind auch demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien in Bedrängnis geraten. Die sozialen Verwerfungen im Süden und die Furcht der Nordländer vor Überforderung in einer Transferunion bedrohen die europäische Integration insgesamt. Populistische und undemokratische Bewegungen greifen die Krisenstimmung auf, empfehlen die Rückbesinnung auf die nationale Politikebene und untergraben so die Kompromissfähigkeit der EU-Mitglieder. Während bis vor wenigen Jahren die überwiegende Mehrheit der Bürger_innen die europäische Integration uneingeschränkt positiv sah, stehen ihr heute immer mehr Menschen skeptisch bis ablehnend gegenüber. Diese Grundstimmung müssen wir verste-

Eine zweitägige Konferenz mit Expert_innen aus Deutschland, Frankreich, Ungarn und den Niederlanden erörterte die Auswirkungen der Präsenz radikal rechter Parteien im EU-Parlament. András Biró-Nagy, Mitgründer des ungarischen Thinktanks Policy Solutions (links), im Gespräch mit dem französischen Rechtsextremismusexperten Pascal Perrineau von Sciences Po Paris. (Foto: Peter Himself)

hen, um weiter überzeugend für die Idee der europäischen Einigung werben zu können. Unsere Präsenz in den südlichen Ländern ist besonders gefragt.

In einer repräsentativen Studie untersuchte die »Internationale Politikanalyse« die Einstellungen der Bevölkerung zu Europa in acht Ländern. Die Meinungsumfrage gibt einen vergleichenden Überblick darüber, welche Erwartungen und Befürchtungen die Bürger_innen bezüglich des europäischen Integrationsprozesses haben, in welchen Politikfeldern sie eine stärkere Zusammenarbeit befürworten und wo sie nationalstaatliche Lösungen bevorzugen.

Anlass für die Studie waren nicht zuletzt die Stimmenzuwächse rechtspopulistischer, euroskeptischer Parteien bei der Europawahl 2014. Auch das von Ernst Hillebrand im



Frühjahr 2015 herausgegebene Buch *Rechtspopulismus in Europa – Eine Gefahr für die Demokratie?* greift dieses Phänomen auf. Die Befunde wurden in vielen Veranstaltungen kontrovers diskutiert, unter anderem in Bonn, wo die FES-Bibliothek den Band gemeinsam mit der Niederlassung der Europäischen Kommission präsentierte. Eine zweitägige Konferenz mit Expert_innen aus Deutschland, Frankreich, Ungarn und den Niederlanden erörterte die Auswirkungen der Präsenz radikal rechter Parteien im EU-Parlament.

Mit ihrem Netzwerk gelingt es der Friedrich-Ebert-Stiftung immer wieder, führende Denker_innen und Politiker_innen Europas miteinander ins Gespräch zu bringen. »Progressive Ideen für ein starkes Europa« entwickelten Parlamentarier_innen, Medienvertreter_innen und Fachpublikum aus ganz Europa im Herbst bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Progressiven Zentrum in Berlin. Als Hauptredner konnte Außenminister Frank-Walter Steinmeier wichtige Impulse in die Debatte einbringen.

Ein soziales und demokratisches Europa ist langfristiges Ziel der Sozialen Demokratie. Dazu hat die Akademie für Soziale Demokratie das Lesebuch *Europa und Soziale Demokratie* herausgebracht, das in der aktualisierten Ausgabe neue Entwicklungen wie die Eurokrise erklärt. Zahlreiche Multiplikator_innen aus Politik und Wissenschaft greifen darauf als Grundlage für ihre eigene Arbeit zurück.

Eine starke Gleichstellungspolitik könnten besonders Frauen als wichtiges Signal europäischer Demokratie sehen. Anlässlich des Auslaufens der »Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union« veranstaltete die FES im November in Berlin eine Fachkonferenz. Elke Ferner, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, und Pernilla Baralt, Staatssekretärin im schwedischen Ministerium für Gleichstellung, berieten mit Vertreter_innen der Europäischen Kommission und des EU-Parlaments darüber, wie die Europäische Union auch weiterhin dazu beitragen kann, die Lebenschancen von Frauen und Männern anzugleichen.

Auch junge Menschen spricht die FES mit ihren Europa-Aktivitäten gezielt an. Unter der Überschrift »Die EU und DU« hat das Landesbüro Sachsen Projektstage entwickelt, die bei sächsischen Schulen und Berufsschulen auf ein überwältigendes Interesse stießen. Im Zentrum steht die Fragestellung: Was hat die Europäische Union eigentlich mit mir als Schülerin oder Schüler in Sachsen zu tun und welchen Einfluss hat sie ganz konkret auf meinen Alltag? Seit Frühjahr wird auch die Flüchtlingsthematik in den Projekttagen aufgegriffen.

Die Abteilung Studienförderung sandte neun Stipendiat_innen zeitgleich in sieben europäische Hauptstädte (Athen, Brüssel, Bukarest, London, Madrid, Paris und Warschau). Sie sollten herausfinden, wie Menschen dort über Europa denken, und dabei vor allem die politische Partizipation junger Menschen an der europäischen Integration in den Fokus nehmen. Die Stipendiat_innen veröffentlichten ihre Eindrücke in Liveblogs auf dem Debattenportal *sagwas.net*. FES-Vertreter_innen vor Ort vermittelten ihnen Kontakte zu relevanten Interviewpartner_innen, sodass in den Blogbeiträgen auch die Auslandsarbeit der Stiftung sichtbar wurde.

Auch bei einer Europakonferenz am Jahresende beschäftigten sich Stipendiat_innen intensiv mit der Zukunft der Europäischen Union. Mehr als 100 Studierende traten in einen intensiven Austausch mit Parlamentarier_innen aus Bundestag und EU-Parlament.

Anfang Juni besuchte eine Delegation aus unterschiedlichen afrikanischen Staaten auf Einladung der FES Brüssel, Hamburg und Berlin, um sich mit europäischen Entscheidungsträger_innen über die sicherheitspolitischen Herausforderungen der internationalen Schifffahrt auszutauschen. (Foto: FES)

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Europa ist auch außenpolitisch mit vielerlei Problemen konfrontiert, allen voran die Ukraine-Krise und die Bedrohung durch den sogenannten Islamischen Staat (IS). Viele Bürger_innen sehen, dass diese Herausforderungen die Nationalstaaten überfordern und eine gemeinsame Strategie notwendig ist.

Die Ostpolitik der Europäischen Union verfolgt traditionell zwei Ziele: Stabilität in der Nachbarschaft und eine strategische Partnerschaft mit Russland. Beide Ziele sind in jüngster Vergangenheit miteinander in Konflikt geraten. Um Stabilität zu erreichen, sollen die Nachbarn im Rahmen der »Östlichen Partnerschaft« (ÖP) mit dem Angebot von Assoziierungsabkommen an die EU herangeführt werden. Im Fall der Ukraine führte diese Strategie 2013 zum Konflikt mit Russland, der bis heute die russisch-europäischen Beziehungen belastet. Um Wege aus dieser Sackgasse zu suchen, hatte die FES Anfang 2014 Expert_innen aus zwölf Ländern – darunter Russland und die Ukraine – eingeladen, gemeinsam Szenarien für Europas Zukunft zu entwickeln. Über die daraus abgeleiteten Politikempfehlungen sprachen die Expert_innen seit Dezember 2014 mit hochrangigen Politiker_innen, Diplomaten_innen und Wissenschaftler_innen in London, Warschau, Helsinki, Bukarest, Chişinău, Paris, Prag, Washington, Ottawa, Kiew, Moskau und Berlin. Die Ergebnisse werden in einem Beratungspapier zusammengefasst und im Frühjahr 2016 präsentiert.

Die europäisch-russischen Beziehungen waren auch wichtiges Thema der politischen Bildungsarbeit. Bei mehreren Diskussionen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern warb Matthias Platzeck, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, um mehr Verständnis für Russlands Rolle in den internationalen Beziehungen. Alle Veranstaltungen hoben hervor, dass der Gesprächsfaden zwischen Deutschland beziehungsweise der Europäischen Union und Russland nicht abreißen dürfe.

Eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist wichtiger denn je. Einen Beitrag zur Debatte über eine Verteidigungsunion konnte das Büro Brüssel leisten: Im Februar veröffentlichte es gemeinsam mit dem Centre for European Policy Studies (CEPS) einen Bericht mit dem Titel »Mehr Europa in der Verteidigung – aber wie?«. Dieser Text ist das Ergebnis mehrmonatiger Beratungen ausgewiesener Expert_innen in vielen europäischen Hauptstädten unter Leitung von Javier Solana, dem Ex-Generalsekretär der NATO und ehemaligen Hohen Vertreter für Außen- und Si-

cherheitspolitik. Dabei ist es gelungen, alle wichtigen Akteure_innen in den Prozess einzubinden und die Schlussfolgerungen sowohl in den politischen Entscheidungsprozess als auch in die öffentliche Debatte einzubringen. So hat diese Initiative dafür gesorgt, dass die Europäische Verteidigungsunion zu einem Leitthema des EU-Gipfels im Juni wurde. Die Hohe Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, und Kommissionspräsident Juncker wurden beraten. Zudem wurde der Bericht im Weißen Haus den Sicherheitsberatern von Präsident Obama vorgestellt.



Mit Blick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen außerhalb Europas ist der EU besonders an sicheren Schifffahrtswegen gelegen. Anfang Juni reiste eine Expert_innen-Delegation aus unterschiedlichen afrikanischen Staaten auf Einladung der FES nach Brüssel, Hamburg und Berlin, um sich mit europäischen Entscheidungsträger_innen zu diesem Thema auszutauschen. In seiner Eröffnungsrede stellte Außenminister Frank-Walter Steinmeier fest, dass Chancen und Gefahren eng beieinander lägen, sei es bei der nachhaltigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans oder bei der maritimen Sicherheit und dem Klimawandel. Bei all diesen Themen, so Steinmeier, »kommen wir um eines nicht herum: Zusammenarbeit.« Der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Kurt Beck, wies auf die Aktualität von Sicherheitsfragen auf den Meeren hin: »Die dramatischen Bilder und tragischen Schicksale von immer neuen überfüllten Flüchtlingsbooten mahnen uns dabei nachdrücklich, maritime Sicherheit nicht nur im engen Verständnis zu denken, sondern die Dimension von menschlicher Sicherheit, von den Ursachen der Unsicherheit mitzudenken, die Menschen dazu veranlassen, unvorstellbare Strapazen und Risiken auf sich zu nehmen.«

Die Welt scheint aus den Fugen – Krisen und Kriege, wohin das Auge blickt. Deutschland engagiert sich international, mehr und mehr auch militärisch. Umso notwendiger ist die friedenspolitische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mithilfe unseres weltweiten Netzwerks und unserer vielfältigen Kontakte zu hochrangigen internationalen Akteur_innen bringen wir Konfliktparteien an einen Tisch, erarbeiten Vorschläge für friedliche Lösungen und tragen zu Verständigung bei.



Dialog für Frieden und Sicherheit

Anlässe, die Themen Frieden und Sicherheit in den Fokus zu rücken, gab es 2015 zur Genüge. Einer war der 70. Gründungstag der Vereinten Nationen (VN). Bei einer Jubiläumsveranstaltung der FES in Berlin zogen die Hohe Repräsentantin der VN für Abrüstungsfragen, Angela Kane, und der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich eine kritische Bilanz der bisherigen Arbeit. Die FES unterstützt aber auch die Kampagne »1 for 7 billion«, die sich für eine transparente und demokratische Wahl des nächsten VN-Generalsekretärs einsetzt, oder Veranstaltungen zum Reformpaket für die Vereinten Nationen.

Im Jubiläumsjahr spielte auch die Zukunft der VN-Friedenseinsätze eine besondere Rolle. Die FES legte zum Abschluss des Projekts »New Geopolitics of Peace Operations Initiative« gemeinsam mit dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) den Bericht »The Future Peace Operations Landscape« vor. Ab 2015 stehen bei der Kooperation mit SIPRI Friedenseinsätze in Afrika im Mittelpunkt. Die

FES trägt darüber hinaus mit ihrem Verbindungsbüro zur Afrikanischen Union zum Ausbau der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) bei.

Auch der 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel war Anlass für zahlreiche Veranstaltungen. Zu den Höhepunkten zählten der Besuch des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann in Israel sowie der Gegenbesuch seines israelischen Amtskollegen. Mit der Verleihung des Menschenrechtspreises 2015 setzte die FES ein Zeichen für Versöhnung in Nahost: Geehrt wurden zwei

israelische Bürgermeister – ein jüdischer und ein arabisch-palästinensischer –, die sich im Rahmen des Projekts »Shared Communities« der FES-Partnerorganisation Givat Havivah für ein friedliches Zusammenleben engagieren.

Im Iran stehen seit dem Atomdeal die Zeichen auf Verständigung mit der internationalen Gemeinschaft. Dazu möchte die FES durch die 2015 geschlossene Kooperationsvereinbarung mit dem Institute for Political and International Studies (IPIS) beitragen, einem dem iranischen Außenministerium zugeordneten Thinktank. Erstes Ergebnis war eine regionale Iran-Konferenz in Amman zu den Auswirkungen des Atomabkommens, bei der es der FES gelang, Expert_innen aus dem Iran und den Golfstaaten an einen Tisch zu bringen.

In Afghanistan hat die Arbeit der Stiftung Früchte getragen. Mit dem Projekt »Afghanistan Post 2014« hatte die FES neue Kommunikationskanäle zwischen Afghanistan und Pakistan geöffnet. Mittlerweile sind Teilnehmer_innen des Projekts in politische Schlüsselpositionen aufgerückt und die Regierung hat die Verbesserung der Beziehungen zu Pakis-

Maltas Premierminister Joseph Muscat diskutierte im Rahmen der »Eminent Lectures« mit Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt, moderiert von Anne Seyfferrth, FES, über ein soziales, gerechtes und offenes Europa. (Foto: Jens Schicke)

tan in den Mittelpunkt ihrer Außenpolitik gestellt. Die FES setzt ihre Dialogaktivitäten trotz der schwierigen Sicherheitslage in Kabul fort.

In Lateinamerika drehen sich die Konflikte und Kriege oftmals um Drogen. Um Wege aus der Spirale der Gewalt aufzuzeigen, arbeitet die FES mit Kolloquien und Expertisen etwa in El Salvador, Uruguay und Argentinien intensiv an einer Reform der internationalen Drogenpolitik mit.

Weltweit macht sich die Stiftung in Zeiten boomenden Waffenhandels für Rüstungskontrolle und Abrüstung stark. Auf der jährlich stattfindenden Tiergarten-Konferenz, der zentralen sicherheitspolitischen Fachkonferenz der FES, diskutierten hochrangige Expert_innen mit dem Ziel, diese Themen wieder stärker ins Bewusstsein zu rücken.

Auch in Ostasien setzte die FES Kontrapunkte zur Aufrüstungspolitik – etwa mit einer Konferenz in Seoul, auf der sich japanische, südkoreanische, europäische und amerikanische Politiker_innen und Friedensaktivist_innen austauschten. In Europa gab die Stiftung Expertisen zu neuen militärischen Entwicklungen wie digitale Militärtechnologien und autonome Waffensysteme heraus und diskutierte darüber mit Expert_innen und Politiker_innen.

Die Vereinigten Staaten und Europa müssen angesichts der internationalen Bedrohungen an einem Strang ziehen. Die FES organisierte in Washington Begegnungen für Niels Annen, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sowie den ehemaligen Ministerpräsidenten Brandenburgs, Matthias Platzeck, mit Vertreter_innen aus dem US-Kongress, der Regierung, Thinktanks und Nichtregierungsorganisationen. Dabei ging es vorrangig um mögliche Lösungen für die Ukraine-Krise und die Spannungen mit Russland.

Der Ukraine-Konflikt bestimmte auch das achte »Kyiv Security Forum«, das die FES gemeinsam mit der Arseniy-Yatsenyuk-Stiftung »Open Ukraine« organisiert. Neben der unmittelbaren militärischen Auseinandersetzung stand die Hilfe beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Außenminister Steinmeier und der ukrainischen Staats- und Regierungsspitze.

Die Krisen in der Ukraine, im Nahen Osten und in Afrika lassen hierzulande das Interesse der Menschen an Politik wieder erwachen. Deshalb haben wir außen- und sicherheitspolitische Themen auch im Rahmen der politischen Bildungsarbeit mit zahlreichen Veranstaltungen aufgegriffen, etwa dem Sicherheitspolitischen Forum Sachsen-Anhalt in Halle. Bei einer Kooperationsveranstaltung des Fritz-Erler-Forums mit dem Stuttgarter Literaturhaus erläuterten der ARD-Kor-

respondent Jörg Armbruster und die nach Deutschland geflohene syrische Schriftstellerin Rosa Yassin Hassan die Ursachen des Bürgerkrieges in Syrien, die ethnische und religiöse Dimension des Konflikts sowie die Flüchtlingsthematik. Begleitet wurden die Präsenzveranstaltungen durch webbasierte Bildungsangebote wie das Modul der OnlineAkademie über »Globalisierung und transnationale Konflikte«.

Solidarität in Zeiten von Flucht und Migration

Die Auswirkungen der kriegerischen Auseinandersetzungen,



aber auch der Armut und Hoffnungslosigkeit in vielen Regionen der Welt haben sich im Jahr 2015 in gewaltigen Fluchtbewegungen manifestiert. Malta ist einer der europäischen Randstaaten, in denen extrem viele Flüchtlinge ankommen. Premierminister Joseph Muscat diskutierte im Rahmen der »Eminent Lectures« mit Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt, über ein soziales, gerechtes und offenes Europa. In Polen wird über Flüchtlinge zunehmend kontrovers debattiert. Die FES organisierte deshalb in Warschau eine Podiumsdiskussion mit dem Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), an der die Bundesbeauftragte für Migration, Aydan Özoğuz, teilnahm. Auch beim 14. Transatlantiktreffen im März in Istanbul stand das Flüchtlingsthema auf der Tagesordnung.

In Europa wird leicht vergessen, wie sehr auch andere Regionen der Welt von Flucht und Migration betroffen sind. Die FES organisiert gemeinsam mit dem Migrant Forum Asia einen regelmäßigen Meinungsaustausch für Parlamentarier_innen aus verschiedenen asiatischen Ländern. Im Juni 2015 kamen Vertreter_innen dieses Forums auf Einladung der FES

Vandana Shiva, indische Bürgerrechtlerin und Preisträgerin des »Right Livelihood Award« erläuterte bei der Abschlussveranstaltung der Gerechtigkeitswoche der FES ihre Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit. (Foto: Jens Jeske)

nach Berlin und Brüssel, wo sie mit Abgeordneten des Bundestages und des Europäischen Parlaments zusammentrafen. Während die europäische Seite das Schicksal der muslimischen Minderheit der Rohingya ansprach, die vor den gewaltsamen Übergriffen in Myanmar fliehen, erhielten die asiatischen Teilnehmer_innen einen Einblick in die Herausforderungen, vor denen die EU beim aktuellen Krisenmanagement steht.

Der Austausch mit der Afrikanischen Union stand bei einem Seminar in Addis Abeba im Vordergrund, das die FES im Oktober im Vorfeld des EU-Gipfels zu Migration in Malta organisierte.

In Nicaragua, Jordanien und auf den Philippinen leistet die FES in Zusammenarbeit mit der Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) und der Internationalen Föderation von Hausangestellten Unterstützung für Arbeitsmigrant_innen; Ziel sind faire Mindeststandards für die Rekrutierung, Bezahlung und soziale Sicherung. Auch in Zentralamerika konzentriert sich ein mehrjähriges FES-Projekt auf den sozialen Schutz von Migrant_innen. In Tunesien unterstützt die FES ein Netzwerk europäischer, nord- und westafrikanischer Gewerkschaften, das gemeinsame Positionen zu den Rechten von Arbeitnehmer_innen formuliert.

Agenda für Entwicklung und Klimaschutz

Zwei große Ereignisse bestimmten die umwelt- und entwicklungspolitische Debatte im Jahr 2015: die Verabschiedung der neuen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, die sogenannte Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, im September und die VN-Klimakonferenz in Paris im November/Dezember.

In ihrer Studie »Goals for the Rich – Indispensable for a Universal Post-2015 Agenda« betont die FES die Verantwortung der reichen Länder für eine nachhaltige Entwicklung. Um Verantwortung und gegenseitige Rechenschaftspflicht in der Agenda 2030 drehte sich auch die Veranstaltung »Monitoring the Global Partnership for Sustainable Development«, an der im Oktober in Genf unter anderem der Philosoph Thomas Pogge von der Yale University und der Präsident des VN-Menschenrechtsrats, Joachim Rucker, teilnahmen.

In diesem Sinne sensibilisierten wir auch in Deutschland für die Erfordernisse nachhaltiger Entwicklung, etwa bei der Degrowth-Sommeruniversität in Erkelenz mit dem Titel »No jobs on a dead planet – den Strukturwandel in der Kohleindustrie gerecht gestalten«. Um die Zukunft der fossilen Energieträger ging es auch bei einem FES-Projekt in Kasach-

stan, Peru, Tansania und Vietnam. Die Abschlusspublikation dokumentiert ermutigende Beispiele dafür, wie die Wirtschaft auf einen nachhaltigen Pfad gebracht werden kann. Die Aktivitäten sollen auf nationaler Ebene fortgesetzt und die Ergebnisse auch in regionalen FES-Projekten in Subsahara-Afrika und in Lateinamerika verwertet werden.

Die fünfte internationale Gerechtigkeitswoche der FES



im April in Berlin stand unter dem Motto »Sustainability – Wege in sozial-ökologische Gesellschaften«. Zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland, darunter die Trägerin des alternativen Nobelpreises, Vandana Shiva aus Indien, diskutierten mit rund 1.000 Teilnehmer_innen, wie soziale Entwicklung und ökologische Nachhaltigkeit zusammengebracht werden können.

Wie nachhaltig die Weltwirtschaft sich entwickelt, hängt stark von der Energiepolitik ab. Hier hat Deutschland eine Vorreiterrolle übernommen. Die FES-Studie »Von der Energiewende lernen« gibt Empfehlungen, wie die Bundesrepublik die Energiewende in Entwicklungsländern unterstützen kann. Das Modell Deutschland ist auch für aufstrebende Mächte wie Indien interessant. Die FES hat in mehreren indischen Bundesstaaten Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die sich mit der Frage befassen, wie die Umstellung der Energiepolitik in einem riesigen föderalen Staat gegen den Widerstand einflussreicher Interessengruppen gelingen kann. Ende 2015 wurden erste Ergebnisse in einem Kongress in Neu Delhi zusammengeführt. In einem nächsten Schritt soll ein europäisch-indisches Dialogforum zur Energiewende etabliert werden.

Die Stiftung nutzte das Momentum der 21. Weltklimakonferenz in Paris und brachte mit zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen ihre Expertise ein. So organisierten die

FES-Büros weltweit im Rahmen des Projekts »Klimapolitik gerecht gestalten« zahlreiche nationale und regionale Veranstaltungen, um die Stimmen der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften aus dem globalen Süden zu stärken. In Paris wurden viele dieser Aktivitäten zum Klimaschutz vorgestellt. In Amman wurde auf Initiative der FES im September das Regionalnetzwerk des Climate Action Networks für den Mittleren Osten und Nordafrika gegründet, in dem sich klimapolitisch aktive Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen haben. Über 30 NGO-Vertreter_innen aus elf Ländern formulierten klimapolitische Forderungen an die Regierungen der Region für die Weltklimakonferenz.

In Deutschland greift die FES das Thema Klimawandel in unterschiedlichen Formaten immer wieder auf. Junge Menschen waren die Zielgruppe des internationalen Planspiels, das die Stiftung im Oktober in Berlin zum dritten Mal durchführte. Dabei simulierten 25 junge Führungskräfte aus aller Welt die VN-Klimaverhandlungen und formulierten eine »Junge Agenda« zum Klimaschutz. FES-Stipendiat_innen beschäftigten sich in einem Seminar ganz praktisch mit der Frage, wie sie ihr Leben nachhaltig gestalten können und was jede_r Einzelne zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes beitragen kann. Auch in den FES-Landesbüros standen die Themen Klima und Entwicklung im Mittelpunkt vieler Veranstaltungen.

Einsatz für Gewerkschaften und Gute Arbeit

Gute Arbeit ist ein zentrales Anliegen der Sozialen Demokratie in Deutschland, Europa und weltweit. Deshalb unterstützt die FES nationale und internationale Gewerkschaftsbewegungen in ihrem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung. Wir fördern Kampagnen, die auf Missstände hinweisen, schulen Gewerkschafter_innen und helfen bei der Vernetzung bestehender und bei der Gründung neuer Gewerkschaften. Beispielsweise unterstützt die FES die neu gegründete Arab Trade Union Confederation (ATUC) beim Aufbau effizienter Strukturen. Dass Gewerkschaften zentrale gesellschaftspolitische Akteure sind, wurde 2015 durch die Verleihung des Friedensnobelpreises unter anderem an die tunesische Gewerkschaft UGTT deutlich, die seit Langem ein enger Partner der FES ist.

In Lateinamerika bekommen die häufig sehr traditionell arbeitenden Dachverbände frischen Wind durch das FES-Jugendgewerkschafts-Netzwerk, das 14 Länder umfasst und erste Ideen für Kampagnen zur transnationalen Automobilbranche entwickelte. Auch in Europa unterstützt die FES ge-

zielt junge Gewerkschafter_innen. Zum Jahrestag der »Jugendgarantie«, die jungen Menschen in der EU einen erfolgreichen Übergang ins Berufsleben garantieren soll, trafen im Juli junge Gewerkschafter_innen aus mehr als 20 europäischen Ländern in Berlin mit deutschen und europäischen Politiker_innen zusammen. Neben Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles nahmen der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann sowie weitere hochrangige Gewerkschaftsvertreter_innen und Politiker_innen an der Konferenz teil.

Seit zwei Jahren engagiert sich die FES für den Sozialen Basisschutz (SPF) und hat 2015 ein Handbuch vorgelegt, das Gewerkschaften Hilfestellung bei SPF-Prozessen gibt. Bei der Vorstellung des Leitfadens lobte die VN-Sonderberichterstatterin für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Catalina Devandas Aguilar, das Engagement der Stiftung. 2015 hat die FES damit begonnen, die erarbeiteten Strategien in 13 Projektländern anzuwenden, um die Implementierung sozialer Basisschutzsysteme voranzubringen.

Auch andere Aktivitäten der FES setzen vor Ort an, um die Arbeitsbedingungen und die soziale Absicherung der Arbeitnehmer_innen verbessern zu helfen. In Pakistan unterstützte die FES Gewerkschaften dabei, einen Bericht zur Umsetzung der Sozialstandards zu erstellen, auf die sich die Regierung gegenüber der EU verpflichtet hat. In Bangladesch verstärkte das 2014 eröffnete FES-Büro seine Trainingsprogramme für Gewerkschafter_innen und etablierte sich als Anlaufstelle im Beziehungsgeflecht von Gewerkschaften, Unternehmen, Regierung und internationalen Akteur_innen.

Bereits Erklärtes muss weiter gesichert werden. Das zeigen die jahrelangen Auseinandersetzungen in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) um das Streikrecht. In einer FES-Veranstaltungsreihe in Argentinien betonte Michael Sommer, dass Gewerkschaften ohne Streikrecht »nichts als Bettler« seien und ein anerkanntes Streikrecht für die Umsetzung der Kernarbeitsnormen unerlässlich sei.

In Deutschland beteiligt sich die FES an der Ausarbeitung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte im Auswärtigen Amt. Das Rechtsgutachten »Die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen« floss direkt in die Beratungen über den Aktionsplan ein.

Dass der Sport im Zeitalter von FIFA-Skandalen seiner Verantwortung auch gerecht werden kann, zeigte die gemeinsame Veranstaltung von DGB und FES zum Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober: Dort stellte der DGB seine mit dem Deutschen Olympischen Sportbund geschlossene Vereinbarung zu einer »Olympiade der Guten Arbeit« vor.

Mit Analysen, Fachgesprächen und öffentlichen Diskussionen bringt die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO) wichtige Impulse in die Debatte darüber ein, wie eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu gewährleisten ist.

Impulse für Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Arbeits- und Gesprächskreise der FES griffen aktuelle Entwicklungen in ihren jeweiligen Themenfeldern auf. So veranstaltete der Gesprächskreis Verbraucherpolitik eine Fachtagung zu der Frage, welche Kompetenzen die neu geschaffenen »Marktwächter« für Finanzdienstleistungen und digitale Wirtschaft brauchen, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Der Arbeitskreis Mittelstand bilanzierte die Auswirkungen der liberalisierten Handwerksordnung und ging der Frage nach, welche Förderung innovative technologieorientierte Unternehmen brauchen, um am Markt zu bestehen. Der Arbeitskreis Dienstleistungen erarbeitete ein Memorandum, das Empfehlungen für Politik, Sozialpartner und Forschung für eine »Professionalisierung wissensintensiver Dienstleistungen« gibt.

Im 25. Jahr der deutschen Einheit hat der Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik bei einer Tagung den Verlauf der ökonomischen Transformation in den neuen Bundesländern untersucht. Den Eröffnungsvortrag hielt der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel. Eine Bilanz der Finanzpolitik der letzten 25 Jahre in Bezug auf den ökonomischen Anpassungsprozess wurde auch im Rahmen eines »WISO Diskurs« gezogen.

Wie muss eine Ordnungspolitik für die Ökonomie des 21. Jahrhunderts aus der Perspektive der Sozialen Demokratie aussehen? Zu dieser Frage arbeitete auch der Managerkreis, beispielsweise bei einer Diskussion mit Daniel Gros, Direktor des Centre for European Policy Studies, Jörg Rocholl, Präsident der European School of Management and Technology, und Jeromin Zettelmeyer, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundeswirtschaftsministerium.

Die Landesbüros griffen verstärkt solche Wirtschaftsthemen auf, die vor Ort eine besondere Rolle spielen. Das Industrieland Nordrhein-Westfalen etwa steht durch die Energiewende und das Auslaufen der Kohleförderung vor besonderen Herausforderungen. Diese hat das FES-Landesbüro mit

prominenten Gästen in mehreren Veranstaltungen diskutiert, etwa in Wuppertal mit Forschungsministerin Svenja Schulze, in Duisburg mit Bauminister Michael Groschek und in Essen mit Wirtschaftsminister Garrelt Duin. Baden-Württemberg ist besonders exportorientiert, weshalb das Fritz-Erler-Forum handelspolitische Themen in den Mittelpunkt stellte, zum Beispiel bei einer Diskussion über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP.

Ein übergreifendes Thema in allen Landesbüros war die Digitalisierung mit ihren Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Beispielhaft wurden in Bayern wirtschaftliche und technische Aspekte mit Fragen sozialer Gerechtigkeit verknüpft. Um »Neue Allianzen für die Produktion der Zukunft« ging es bei zwei Veranstaltungen in Baden-Württemberg mit Finanzminister Nils Schmid. Der Managerkreis Baden-Württemberg und das Fritz-Erler-Forum diskutierten mit Sozialministerin Katrin Altpeter in Stuttgart über »Digitalwirtschaft zwischen Innovation und Ausbeutung«. Ein Impulspapier zur »Mobilität 4.0« beleuchtet die Perspektiven der Digitalisierung für den Personenverkehr.

Der Steuerskandal in Luxemburg Ende 2014 hat gezeigt, wie Regierungen multinationale Unternehmen darin unterstützen, Steuern zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund hat der Arbeitsbereich Steuerpolitik mit Wissenschaftler_innen, Fachpolitiker_innen und Verbänden diskutiert, wie sich der schädliche Steuerwettbewerb begrenzen lässt und wie Steuerminimierung, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung auch in Deutschland verhindert werden können.

Durch Tricksereien transnationaler Konzerne entgehen auch vielen Staaten im globalen Süden wichtige Einnahmen. Deshalb unterstützt die FES die Independent Commission for the Reform of International Corporate Taxation (ICRICT), die sich für ein gerechtes internationales Steuersystem einsetzt. In einer Analyse widmete sich das FES-Büro Südafrika der Frage, wie sich Steuerpolitik im nationalen Kontext effi-

zienter gestalten lässt. Zudem arbeitete die FES am vierten »Dirty Profits«-Bericht mit, der die Verletzung von Arbeitnehmerrechten durch transnationale Konzerne ins Zentrum rückte.

Konzepte für die Arbeitswelt der Zukunft

Vor dem Hintergrund der Digitalisierung stellt sich auch die Frage nach einer menschengerechten und produktiven Arbeitsgestaltung neu. Auf dem Symposium »Arbeit – Forschung – Soziale Gerechtigkeit« hat sich die FES kritisch mit den Schwerpunkten der aktuellen Forschungsförderung des Bundes hinsichtlich einer humanen Gestaltung der Arbeit auseinandergesetzt. Darum geht es auch in einem neuen Thesenpapier, das der Managerkreis mit dem Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Thorben Albrecht, diskutierte.

Bei der Diskussion um die Digitalisierung der Wirtschaft stehen zumeist die Veränderungen für Facharbeiter_innen und technische Eliten im Vordergrund. Die FES behält auch weniger privilegierte Zielgruppen im Blick. So hat der Soziologe Hartmut Hirsch-Kreinsen von der Universität Dortmund im Auftrag der Stiftung eine Studie zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf Einfacharbeitsplätze in der Produktion vorgelegt. Auch bei anderen Gelegenheiten rückte die FES die Situation von Menschen in den Mittelpunkt, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind, wie Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderungen und Flüchtlinge. Auf einer gemeinsamen Konferenz des Gesprächskreises Migration und Integration und des DGB in Berlin wurden Modellprojekte vorgestellt, wie die berufliche Qualifikation von Flüchtlingen verbessert werden kann.

Gedanken über die Zukunft der Arbeit im Allgemeinen machten sich bei Hintergrundgesprächen des Managerkreises in Berlin Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und der



DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Besonderes Augenmerk richten wir auf die zeitgemäße Einbindung von Arbeitnehmerinteressen. Darum ging es beispielsweise bei einer Veranstaltung der FES zusammen mit der IG Metall in Berlin über »Individuelle Beteiligung und kollektive Mitbestimmung«.

Sozialer Fortschritt für gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Zukunftsfähigkeit von Gesundheit und Pflege vor dem Hintergrund des demografischen Wandels war ein zentrales Thema in der Arbeit der FES. Gerade auf kommunaler Ebene sind die Handlungsmöglichkeiten bisher nicht ausreichend bekannt. So gab die Vorstellung der WISO-Studie »Gute Pflege vor Ort« in Hessen wichtige Impulse und bildete den Auftakt für weitere Veranstaltungen. In Trier organisierte die FES eine Diskussion über »Digitale Möglichkeiten in Gesundheit und Pflege« mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Auch der Managerkreis thematisierte die Frage, welche Chancen die Digitalisierung etwa in Gestalt der »Internetmedizin« für das Gesundheitswesen bietet. Im Januar fand in Berlin die erste Präventionstagung der FES statt, die künftig regelmäßig Entwicklungen in der gesundheitlichen Prävention begleiten soll. Auch Fragen der Alterssicherung in sozialen Berufen und der betrieblichen Altersvorsorge waren Themen von Veranstaltungen und Studien.

Nicht erst seit dem Zuzug Hunderttausender Flüchtlinge ächzen viele Städte unter Wohnungsknappheit. Der FES-Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Wohnen diskutierte gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Aydan Özoğuz, dem wohnungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Michael Groß und Vertreter_innen der Wohnungswirtschaft Ideen, wie Unternehmen Wohnen und Integration verbinden können.

Die Lebensverhältnisse in Deutschland anzugleichen, bleibt ein langfristiges Ziel. Der Arbeitskreis Nachhaltige Strukturpolitik hatte bereits im Vorjahr Vorschläge für die Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen erarbeitet, um regionale sozio-ökonomische Ungleichheiten zu reduzieren. Jetzt publizierte er zwei Gutachten zur Einführung einer »Gemeinschaftsaufgabe regionale Daseinsvorsorge« und zur Notwendigkeit eines »Wettbewerbs der Ideen in den Regionen«. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind auch innerhalb der Bundesländer nicht gegeben. Zur Situation in Bayern präsentierte die FES eine Studie von Manfred Miosga, Bayreuther Professor für Stadt- und Regionalentwicklung.

Chancen für Familien und Gleichstellung

Wie gut leben Familien in Deutschland heute? Wie anerkannt sind auch unkonventionellere Formen des Zusammenlebens? Wie steht es um die Gleichstellung von Mann und Frau? Die Friedrich-Ebert-Stiftung stellt diese Fragen kontinuierlich und gibt Anregungen, wie die Politik geeignete Rahmenbedingungen schaffen kann. Ziel ist es, dass die Menschen Beruf und Familie, Arbeit und Freizeit in ein angemessenes Verhältnis bringen können. Das Fritz-Erler-Forum beispielsweise hat in einer repräsentativen Studie den Wandel des Familienbildes in Baden-Württemberg untersucht und Wünsche an eine moderne Familienpolitik abgefragt. Die Ergebnisse wurden im September in Stuttgart vorgestellt und unter großem Publikums- und Medieninteresse mit Finanzminister Nils Schmid und anderen hochrangigen Fachleuten diskutiert. Das Magdeburger Büro brachte eine Studie zum »Familienland Sachsen-Anhalt« auf den Weg, die den politischen



Handlungsbedarf bei der Betreuung von Kindern, Schüler_innen und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt herausarbeitet.

Fragen der Gleichstellung standen in NRW bei zahlreichen Seminaren auf dem Programm; ein Angebot richtete sich speziell an Regenbogenfamilien. Herausragend waren öffentliche Veranstaltungen in Düsseldorf mit Landesfamilienministerin Ute Schäfer und in Köln mit Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, waren Gäste einer Podiumsdiskussion mit dem Titel »Frauen – Macht – Karriere« in Düsseldorf.

Zu den wichtigsten Forderungen in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit gehört die Beseitigung des Gender Pay Gap. Das Forum Politik und Gesellschaft entwickelte mit dem

»Equal Society Brief« eine neue Publikationsreihe zur ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern.

Frauen- und Gleichstellungspolitik sind auch international wichtige Arbeitsfelder der FES. Bei der Veranstaltung »Women in Politics« tauschten sich Expert_innen und Politiker_innen aus den USA und Deutschland über Möglichkeiten aus, Frauen für Führungspositionen zu gewinnen. Bei der italienisch-deutschen Veranstaltung »Frauenvisionen und -perspektiven für ein neues Europa« diskutierten Frauen aus Politik und Zivilgesellschaft darüber, wie die Soziale Demokratie dazu beitragen kann, die Rolle von Frauen weiter zu stärken und Benachteiligungen abzubauen.

Das FES-Büro in Belgrad lud 200 Vertreter_innen aus Regierung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien zur Gründung einer »Frauen-Plattform für die Entwicklung Serbiens« ein. Im Anschluss entschied die oppositionelle Demokratische Partei, zentrale Forderungen in ihr neues Programm zu übernehmen. In Kirgistan organisierte die FES das Nationale Frauenforum in Bischkek. Über 1.200 Aktivistinnen debattierten über die politische und wirtschaftliche Partizipation von Frauen sowie über Probleme beim Zugang zu Recht und Bildung. Das Forum, prominent unterstützt von der ehemaligen Präsidentin Kirgistans, Rosa Otunbaeva, setzte ein starkes Signal für genderpolitische Forderungen im Parlamentswahlkampf.

Reformen für gute und gerechte Bildung

Bildung und Forschung sind grundlegend für die Innovationskraft einer Gesellschaft. Unternehmen brauchen ein gutes Umfeld aus Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie eine hochwertige betriebliche Aus- und Weiterbildung, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Aus dieser Einsicht heraus hatten Bund, Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften 2014 die »Allianz für Aus- und Weiterbildung« ins Leben gerufen.

Das Thementeam Bildung der FES hat sich mit dem Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Bildung beschäftigt. Höhepunkt war eine öffentlichkeitswirksame Konferenz mit dem Titel »Schule trifft Arbeitswelt – Übergänge fair und flexibel gestalten«. Dabei wurden Beispiele für durchlässige Bildungssysteme vorgestellt und die Bedeutung von Chancengleichheit diskutiert.

In Brandenburg, wo fast 30 Prozent der Jugendlichen ihre Berufsausbildung abbrechen, veranstaltete die FES in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Tagung zur Be-

Das Netzwerk und das Thementeam »Bildung« präsentierten im Rahmen einer Roadshow zur »Inklusiven Bildung« an verschiedenen Orten Good-Practice-Beispiele. Die Veranstaltungen mit hochrangigen Politiker_innen wurden durch eine Publikationsreihe mit Ländervergleichen begleitet. (Foto: FES)

rufswahl mit Bildungsminister Günter Baaske. Als wichtiger Beitrag wurde die frühzeitige Vernetzung von Schulen, Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben identifiziert. Der häufig kritisierte Akademisierungswahn mit seinen Folgen für die berufliche Bildung hat für Bayern als starkem Industrie- und Handwerksstandort eine besondere Relevanz. Das BayernForum diskutierte das Thema unter anderem bei einer Veranstaltung mit dem ehemaligen Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin.

Für Chancengleichheit in der Bildung ist das Konzept der individuellen Förderung zentral. In Baden-Württemberg und Bayern stand besonders die Inklusion von Schüler_innen mit Behinderung im Fokus. Das BayernForum leistete mit einem Policy Paper einen konzeptionellen Beitrag zur weiteren Umsetzung inklusiver Beschulung. Die Empfehlungen fließen in die Arbeit der überparteilichen AG Inklusion des Bayerischen Landtages ein. Das Netzwerk und das Thementeam Bildung präsentierten im Rahmen einer Roadshow zur »Inklusiven



Bildung« in den Ländern Good-Practice-Beispiele. Die Veranstaltungen mit hochrangigen Politiker_innen wurden durch eine Publikationsreihe mit Ländervergleichen sowie einen Motivationsfilm begleitet.

Mit den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Schullandschaft befasste sich das Netzwerk Bildung bei einer Konferenz mit Mark Rackles, Bildungsstaatssekretär im Berliner Senat, und Horst Weishaupt vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF).

Im Wissenschaftsbereich war das Jahr 2015 von der Verfassungsänderung zur erweiterten Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, den Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Weiterführung der Exzellenzinitiative geprägt. Zu diesen aktuellen Entwicklungen

veranstaltete das Netzwerk Exzellenz an deutschen Hochschulen eine Konferenz mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil, der Kultusministerin von Rheinland-Pfalz Vera Reiß, der Bundestags-Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn und dem Vorstand der Stiftung Charité zur Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems Jürgen Zöllner. Junge Wissenschaftler_innen bewerteten bei einer Fachkonferenz den geplanten »Pakt für den wissenschaftlichen Nachwuchs« sowie das neu gefasste Gesetz zur Einschränkung von Befristungen.

Die Studienförderung ermittelte mit einer Umfrage unter den zuständigen Landesministerien, wie der Hochschulzugang für Flüchtlinge in den Bundesländern geregelt ist. Die Ergebnisse wurden in der Presse breit aufgegriffen.

Demokratie und Gesellschaft

Angesichts der vielen Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, erlebt das Ehrenamt in Deutschland eine Renaissance. Überall helfen Freiwillige bei der Aufnahme, Versorgung und Integration der Zuwandernden und unterstützen die Kommunen bei dieser Herkulesaufgabe. Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert dieses Engagement mit vielfältigen Angeboten in unterschiedlichsten Formaten und in allen Regionen. Dabei geht es um Wissensvermittlung und Meinungsaustausch ebenso wie um das Trainieren praktischer Kompetenzen und Vernetzung, um das Engagement zu strukturieren und effizient zu gestalten.

Einwanderung gestalten: Willkommen in Deutschland

In mehreren Städten Thüringens organisierte das Landesbüro Bürgerforen zur interkulturellen Kompetenz und Plattformen zur Vernetzung der Helfer_innen. Das Landesbüro Sachsen intensivierte gemeinsam mit dem Dresdner Flüchtlingsrat den »Dialog Integration« mit Vertreter_innen aus Kommunen und dem sächsischen Integrationsministerium. Neue Grundlagenseminare zu Flucht und Asyl(recht) für ehrenamtliche Helfer_innen und Mitarbeiter_innen aus kommunalen Verwaltungen wurden unter anderem in Sachsen, Brandenburg, Hamburg und Bremen angeboten. Das Landesbüro Sachsen entwickelte eine Seminarreihe, die Erzieher_innen und Grundschullehrer_innen auf den Umgang mit fremden Kulturen vorbereitet. Ein neues Argumentationstraining bot in Mecklenburg-Vorpommern Möglichkeiten, sich rhetorisch gegen fremdenfeindliche Parolen zu rüsten.

Immer mehr bewährt es sich in der politischen Bildungsarbeit, Präsenzangebote um Online-Module zu ergänzen. So bietet die Akademie Management und Politik auf ihrer Webseite Informationen darüber, wo Bürger_innen sich engagieren können, was es rechtlich zu beachten gilt und wer vor Ort zuständig ist. Dazu gibt es Argumentationshilfen und einen Praxisleitfaden zur interkulturellen Kompetenz. Die KommunalAkademie Bayern veranstaltete in Zusammenarbeit mit der OnlineAkademie das Webinar »Flüchtlinge in Bayern – Herausforderungen und Perspektiven«.

In Regensburg erarbeiteten rund 50 Teilnehmer_innen aus Kommunalpolitik, Flüchtlingsinitiativen und Verwaltungen in einem World Café Forderungen zum menschenwürdigen Umgang mit Migrant_innen und tauschten Erfahrungen zur Arbeit mit Flüchtlingen in Stadtteilen und Schulen aus. Die Willkommenskultur in den Kommunen stand im Mittelpunkt mehrerer Veranstaltungen wie der jährlich stattfindenden Integrationskonferenz in Brandenburg, der Migrati-

onstagung in Schwerin sowie der kommunalpolitischen Sommerakademie in Bonn mit der damaligen SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi.

Die Stiftung organisierte auch den Austausch zur Flüchtlingsthematik über Ländergrenzen hinweg, beispielsweise zwischen brandenburgischen Kommunalpolitiker_innen und schwedischen Expert_innen oder zwischen deutschen und österreichischen Kommunalpolitiker_innen.

Auch die Zugewanderten selbst unterstützt die FES dabei, ihre Interessen zu vertreten und sich politisch einzubringen. Ein Beispiel ist ein neues Projekt des Forums Berlin für Sachsen, Berlin, Niedersachsen und Bremen; die von den Integrationsministerien dieser Länder begleitete Qualifizierungsreihe »Ich mache mit!« erreichte etwa 300 Migrant_innen, die bislang nicht politisch aktiv waren. Auch das Landesbüro NRW und die KommunalAkademie Bayern fördern die politische Partizipation von Zugewanderten mit zahlreichen Angeboten.

Speziell an junge Flüchtlinge richtete sich das Planspiel »Global denken – lokal handeln! Gesellschaftliche und politische Partizipation von Flüchtlingen« der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kooperation mit dem Münchner Verein Heimaten e.V. Mit den Spenden von FES-Stipendiat_innen konnten verschiedene Angebote für Flüchtlinge gefördert werden, unter anderem das Projekt »Me + Me = We«, das Berliner Jugendliche und junge Flüchtlinge in Kontakt bringt.

Aktiv dabei: Engagement Ehrensache

Nicht nur in der Flüchtlingshilfe ist das Engagement der Bürger_innen gefragt. Die Demokratie lebt insgesamt davon, dass sich Menschen einbringen und die Gesellschaft gestalten. Deshalb stärkt die FES kontinuierlich das politische und



gesellschaftliche Engagement mit Kompetenztrainings zu Organisations-, Kommunikations- und Freiwilligen-Management in Non-Profit-Organisationen.

In Zeiten der Digitalisierung wandelt sich auch das Ehrenamt. Wie soziale Medien sinnvoll genutzt werden können, stand im Mittelpunkt der Fachtagung »Non-Profits und Social Media« der Akademie Management und Politik.

Die OnlineAkademie bot Engagierten Webinare etwa zum Thema »Online effizient zusammenarbeiten«. Zudem hat die OnlineAkademie in Ergänzung zu dem neuen Band *So geht Bürgerbeteiligung* der KommunalAkademie Erklärfilme über »Kommunale Aufgaben« und »Bürgerbeteiligung« ins Netz gestellt. Die Publikation der FES-Stipendiat_innen, *Der politische Mensch: Akteure gesellschaftlicher Partizipation im Übergang zum 21. Jahrhundert*, beleuchtet die Wandlungsfähigkeit des Engagements und zeigt neue politische Beteiligungsformen auf.

Für kommunalpolitisch Engagierte sind die Workshops und Fachforen der KommunalAkademie besonders geeignet, um ihre Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit zu verbessern.

Manche Angebote richten sich gezielt an unterrepräsentierte Gruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund oder auch Frauen. Die Landesbüros in Rheinland-Pfalz, NRW, Baden-Württemberg und das BayernForum haben unter dem Motto »Frauen fit für die Spitze« ein Seminarprogramm nur für (kommunal-)politisch interessierte Frauen erstellt.

Die Vernetzung mit Partnerorganisationen in Politik, Wissenschaft und Bildung wurde vertieft. Dazu diente unter anderem die Präsenz der FES bei kommunalpolitischen Kongressen und den Zusammenkünften kommunaler Spitzenverbände. Erstmals führte die KommunalAkademie eine

Fachkonferenz durch, bei der sich 30 deutsche und ungarische Politiker_innen in Budapest über Möglichkeiten zum kommunalen Klimaschutz berieten.

Auch die FES-Stipendiat_innen bringen sich aktiv ein. Durch die Mitgestaltung und Selbstverwaltung vertiefen sie ihr gesellschaftliches und politisches Engagement. Eine besondere Ausdrucksform fand dieses Engagement in der Ausstellung »Attitudes«, in der zwölf Kunststudent_innen mit Fotografien und Videokunst zeigen, wie Künstler_innen zeitnah auf gesellschaftspolitische Entwicklungen reagieren können.

Einmischen: Frischzellenkur für die Demokratie

»Demokratie braucht Demokraten« – getreu diesem Motto Friedrich Eberts sucht die Stiftung nach Gründen für die Politikferne vieler Bürger_innen und nach Wegen, vor allem junge Menschen für die Demokratie zu begeistern.

Die viel beachtete Studie »Die arbeitende Mitte in Ost- und Westdeutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall« untersuchte politische Einstellungen von Bürger_innen mittleren Alters und mittlerer sozialer Lage. Die Ergebnisse zeigen einerseits generelle Zufriedenheit und großes Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit, andererseits aber eine erhebliche Distanz zur Politik, die sich unter anderem in einer abnehmenden Wahlbeteiligung ausdrückt. Das Julius-Leber-Forum lud nach den Bürgerschaftswahlen in Hamburg und in Bremen zu Diskussionsrunden, um die Ergebnisse und insbesondere die niedrige Beteiligung zu analysieren. Mögliche Gegenmaßnahmen diskutierten Expert_innen auf einer Fachtagung im Mai in Berlin.

Ganz und gar überparteilich war eine besondere Festveranstaltung im Januar in Berlin. Aus Anlass des 75. Geburts-

Zum Abschluss eines Förderprogramms der FES Türkei für engagierte junge Menschen machten sich die Teilnehmer_innen auf den Weg nach Berlin, um mit Politiker_innen über die deutsch-türkischen Beziehungen und die Perspektiven für das Engagement junger Menschen zu diskutieren. (Foto: FES)

tages von Bundespräsident Joachim Gauck hatte die FES zusammen mit der Konrad-Adenauer-, der Heinrich-Böll-, der Friedrich-Naumann- und der Hanns-Seidel-Stiftung zu einer Veranstaltung unter dem Motto »Demokratie und Freiheit« eingeladen. Zu Gast waren neben dem Bundespräsidenten Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundestagspräsident Norbert Lammert, Bundesratspräsident Volker Bouffier, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle sowie die Vorsitzenden aller beteiligten Stiftungen. Eine inspirierende Festrede hielt der israelische Schriftsteller David Grossman. Mit Stipendiatinnen und Stipendiaten der politischen Stiftungen diskutierte Joachim Gauck anschließend die Frage, wie die Demokratie in Deutschland gestärkt werden kann.

Um gezielt junge Menschen anzusprechen, arbeitet die FES mit beteiligungsorientierten Bildungsformaten wie Politiksimulationen, Zeitzeugengesprächen, Projektwerkstätten, Planspielen und Kreativworkshops. Indem regelmäßig Politiker_innen einbezogen werden, gelingt dabei auch ein Austausch zwischen Jugend und Politik. Im Mai sprachen bei der Veranstaltung »Krisen-Kinder?« in Berlin die damalige SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi und die Juso-Bundesvorsitzende Johanna Uekermann mit jungen Menschen über Zugänge ins Bildungswesen, Maßnahmen gegen soziale Spaltung und die zunehmende Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt.

Ein neues Workshopformat mit dem Titel »Junge Ideen – was wollen WIR?« beschäftigt sich explizit mit politischen Werten, Interessen und Forderungen von Schüler_innen. Deutlich wird dabei immer wieder, dass auch diejenigen Jugendlichen, die ihrer eigenen Aussage zufolge nichts mit der Politik zu tun haben (wollen), durchaus klare Vorstellungen von Gerechtigkeit, gesellschaftlichen Missständen und wünschenswerten Zukunftsperspektiven haben.

Auf manche Jugendliche wirken allerdings auch extreme Ideologien wie der Salafismus anziehend. Lehrkräfte stehen oft ratlos vor Schüler_innen, die mit religiösen Parolen provozieren oder mit extremistischen Äußerungen Mitschüler_innen einschüchtern. In einem Workshop des Forums Jugend und Politik in Bonn erarbeiteten Lehrer_innen Wege, diesem Problem zu begegnen.



Auch in anderen Regionen der Welt macht die FES spezifische Angebote für junge Zielgruppen. Das Programm zur Nachwuchsförderung »Agentes de Cambio« in Lateinamerika kann bereits 1.000 Absolvent_innen vorweisen, darunter Minister_innen, Parlamentspräsident_innen und allein sechs Vizeminister_innen der aktuellen Regierung Costa Ricas. Bereits zum vierten Mal führte das vom Moskauer FES-Büro initiierte Egon-Bahr-Fellowship 20 junge russische und deutsche Teilnehmende zusammen, die sich politisch, gewerkschaftlich und sozial engagieren. Auch die FES Türkei bietet ein Förderprogramm für engagierte junge Menschen an. Zum Abschluss kamen die Teilnehmer_innen nach Berlin, um mit progressiven Politiker_innen über die deutsch-türkischen Beziehungen und die Perspektiven für das Engagement junger Menschen zu diskutieren. Zudem unterstützte die Studienförderung 2015 mehr als 200 besonders qualifizierte Stipendiat_innen aus den Ländern Lateinamerikas, Asiens, Afrikas sowie Ost- und Südosteuropas an deutschen Hochschulen.

Augen auf: Wachsender Blick nach rechts

Mit dem Erstarren der AfD und der antiislamischen Pegida-Bewegung sind rechtspopulistische bis rechtsextreme Strömungen auch in Deutschland kein Randphänomen mehr. Die angebliche »Islamisierung des Abendlandes« und die überzogene Angst vor Zuwanderung gehörten 2015 zu den dominierenden Nachrichten. Politik und Gesellschaft müssen Wege finden, um antidemokratischen Tendenzen wirkungsvoll zu begegnen. Mit zahlreichen Publikationen, Diskussionsforen und Workshops hat die FES auch 2015 Politik und Zivilgesellschaft für die Problematik sensibilisiert und Menschen gestärkt, die sich gegen Rechts engagieren.

Der Sammelband *Wut, Verachtung, Abwertung* des Forums Berlin analysiert neue Erscheinungsformen des Rechtspopulismus. Darum ging es auch bei einer Veranstaltung mit dem Titel »Diffuse Ängste, rassistische Parolen und Pegida« im Februar in Hamburg. Das Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern brachte eine Studie zur Rolle der AfD heraus und befasste sich in mehreren Veranstaltungen mit Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Pegida. Im baden-württembergischen Sinsheim, einer Hochburg der extremen Rechten, lud das Fritz-Erler-Forum zur Diskussion über »Die herausgeforderte Demokratie«. In der Auswertung bekundeten drei Viertel der Teilnehmer_innen, sie hätten neue Ideen für konkretes Handeln gegen Rechts erhalten. Unter der Überschrift »Wir sind das Volk! – Demokratie in Zeiten von Politikverdrossenheit und Rechtspopulismus« forderte der Thüringer Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee die Bürger_innen im ländlichen Schmöln auf, sich den Plattitüden der Rechtspopulisten entgegenzustellen und sich zivilgesellschaftlich zu engagieren.

Wie das geht, lernen Interessierte in unterschiedlichen Formaten der FES-Landesbüros und des Forums Berlin. In praxisorientierten Workshops werden einzelne Zielgruppen wie Journalist_innen, Referendar_innen, Erzieher_innen und Schüler_innen im Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus geschult. Beim Projekt »Gegen Rechts – Für Demokratie in NRW« liegt ein Schwerpunkt darauf, Strategien gegen rechte Agitation einzuüben.

Bewährt haben sich auch Gespräche mit Zeitzeug_innen und Aussteiger_innen, genauso wie die Wanderausstellungen »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« mehrerer Landesbüros. In Baden-Württemberg wurden rund 150 Jugendliche ausgebildet, die ihre Mitschüler_innen durch die Ausstellung führten.

Auch im Ausland stoßen die Phänomene Pegida und AfD auf großes Interesse, beispielsweise in Großbritannien, wo die United Kingdom Independence Party (UKIP) mit ähnlichen Themen wachsenden Zuspruch erhält. Bei einer vom FES-Büro in London organisierten Veranstaltung diskutierten britische und deutsche Politiker_innen über Möglichkeiten, diesen Bewegungen entgegenzuwirken.

Aus der Geschichte lernen – für die Zukunft

Zur Beschäftigung mit der deutschen Gegenwart gehört auch 70 Jahre nach Kriegsende die Erinnerung an den Nationalsozialismus. Dazu haben die FES-Landesbüros und die Bibliothek der FES beigetragen, unter anderem mit der Präsentation des neuen Titels von Peter Steinbach, *Nach Auschwitz. Die Konfrontation der Deutschen mit der Judenvernichtung*. Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz ermutigte der Überlebende Salle Fischermann in Bonn 500 Jugendliche zu Engagement und Zivilcourage.



Gemeinsam mit der IG Metall publizierte das AdsD einen Sammelband über die Aufarbeitung von Diktatur, Krieg und Holocaust in den Gewerkschaften nach 1945.

Neben dem 70. Jahrestag des Kriegsendes bot auch der 25. Jahrestag der deutschen Einheit Anlass zur Rückschau. Ein Sammelband mit dem Titel *50 Jahre Deutsche Einheit: Weiter denken – zusammen wachsen* fragt nach zukunftsfähigen Projekten der Sozialen Demokratie in den nächsten 25 Jahren. Zu den Autor_innen gehören namhafte Sozialdemokrat_innen wie Wolfgang Tiefensee, Iris Gleicke, Manuela Schwesig, Dietmar Woike und Michael Müller.

Das Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern stellte das traditionelle Bützower Häftlingstreffen unter das Motto »Die deutsche Einheit. Ein längerer Prozess ...«. Das 26. Bautzen-Forum mit über 200 Gästen beleuchtete »Das Bild von der DDR heute. Zum Umgang mit SED-Unrecht im vereinten Deutschland«. Die in Sachsen-Anhalt ausgerichteten »Filmmontagen im Puschokino« ermöglichten den Zuschauer_innen eine Zeitreise durch die DDR-Geschichte. In Gesprächen mit damaligen Schauspieler_innen und Regisseur_innen wurde deutlich, welche Auswirkungen Zensur und Verbote auf das Filmschaffen in der DDR hatten. Das Landesbüro Hessen organisierte Zeitzeugengespräche an Schulen mit Hartmut Richter, der in der DDR als Fluchthelfer verhaftet wurde. Mit einem Poetry Slam, einem literarischen Wettstreit auf der Bühne, bearbeiteten Schüler_innen im Forum Jugend und Politik die deutsche Teilung, den Mauerfall und die Wiedervereinigung.

Die historische Identität der Sozialen Demokratie wird in einer neuen Ausstellung lebendig, die Ende November in Eisenach eröffnet wurde. Sie lädt dazu ein, die deutsch-deutsche Vergangenheit mit Blick auf die SPD neu zu entdecken. Die Ausstellung steht im Haus »Goldener Löwe«, in dem August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands gründeten.

Die Promotionsförderlinie »Geschichte der Sozialen Demokratie und ihrer Bewegungen« wurde weiterentwickelt und für Politik- und Sozialwissenschaftler_innen geöffnet. In einem Workshop zur Vorstellung laufender Promotionsprojekte bewerteten die beteiligten Wissenschaftler_innen das Niveau der Forschungsprojekte als sehr hoch und die Themenauswahl als innovativ.

Die Bibliothek der FES hat 2015 mit der Digitalisierung der Parteizeitung *Vorwärts* für die Jahre bis 1933 begonnen: Rund 200.000 Zeitungsseiten werden im Netz zugänglich gemacht, sodass diese wertvolle Quelle sozialdemokratischer Positionen der Kaiserzeit und Weimarer Republik besser genutzt werden kann.

Mit dem HistoCamp führte das AdsD das erste BarCamp zum Thema Geschichte im deutschsprachigen Raum durch. Über 100 Teilnehmer_innen diskutierten mithilfe der sozialen Medien über aktuelle Fragestellungen der Geschichtswissenschaft und ihre öffentlichkeitswirksame Vermittlung.

Dialog ohne Grenzen: Sozialdemokrat_innen im Gespräch

Die Friedrich-Ebert-Stiftung trägt maßgeblich dazu bei, die Soziale Demokratie weltweit weiterzuentwickeln und wichtige Akteur_innen miteinander ins Gespräch zu bringen. Eine herausragende Veranstaltung 2015 war der Festakt zum 50-jährigen Bestehen des FES-Büros in San José, bei dem Staatspräsident Luis Guillermo Solís im Parlament von Costa Rica Kurt Beck und FES-Geschäftsführer Roland Schmidt empfing. Auch der ehemalige Präsident Costa Ricas, Luis Alberto Monge, sowie zahlreiche Partnerinstitutionen betonten die Bedeutung der FES in dem mittelamerikanischen Land.

In einer öffentlichen Debatte mit Brasiliens Ex-Präsident Lula da Silva und dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Felipe González stand die Erkenntnis im Mittelpunkt, dass progressive Parteien gegenüber vermeintlichen globalen Systemzwängen neuen Handlungsspielraum gewinnen müssen.

Auch unter schwierigen Rahmenbedingungen hilft die FES, den Gesprächsfaden zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Chinas nicht abreißen zu lassen. Anlässlich des 30-jährigen Bestehens dieses Dialogs organisierte unser Büro in Peking eine Vortragsveranstaltung mit Sigmar Gabriel, der im Gespräch mit Staatspräsident Xi Jinping die Rolle der FES lobte.

Über Gefahren für die Demokratie in modernen kapitalistischen Gesellschaften diskutierte Anfang November der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin mit portugiesischen Expert_innen in Lissabon.

Das Büro in Washington organisierte einen transatlantischen Austausch, bei dem Politiker_innen und Expert_innen aus den USA, Kanada und Europa, darunter Vize-Kanzler Sigmar Gabriel, über Alternativen zur vorherrschenden Politik diskutierten. Im Zentrum stand die Frage, wie sich progressive Ideen mit einem wirtschaftspolitischen Ansatz der Wachstumsförderung vereinbaren lassen.

In Berlin tauschten sich Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und die schwedische Ministerin für Zukunftsfragen, Kristina Persson, bei einer FES-Konferenz über Herausforderungen und Handlungsoptionen für die europäischen Wohlfahrtsstaaten aus.

In Litauen ist mit der sozialdemokratischen Regierung eine neue Generation von Frauen in die Politik gekommen. Um ihren politischen Einfluss zu stärken, hat die FES ein Mentoring-Programm entwickelt. In dessen Rahmen lud die Stiftung auch zu einer Konferenz ein, bei der hochrangige Vertreterinnen aus Wissenschaft und Politik mit neu gewählten Kommunalpolitikerinnen über ihre Arbeit diskutierten.

Um vor allem mit engagierten jungen Politiker_innen ins Gespräch zu kommen, hat die Stiftung in den vergangenen Jahren mehrere »Akademien der Sozialen Demokratie« initiiert. Bei einer Sommerakademie in Vilnius tauschten sich rund 200 Teilnehmer_innen und 50 Referent_innen über Energie- und Wirtschaftspolitik, Jugendarbeitslosigkeit und Geschlechtergerechtigkeit aus. In Tschechien und der Slowakei, wo die FES bereits seit fünf Jahren solche Akademien veranstaltet, nahmen auch 2015 wieder prominente Vertreter_innen des öffentlichen Lebens an mehreren Veranstaltungen teil.

In Deutschland rückt die Akademie für Soziale Demokratie (ASD) die Grundwerte immer wieder in den Fokus. Das bundesweite Seminarangebot, ergänzt um Lese- und Hörbücher sowie Lehrfilme, hilft politisch Engagierten und Interessierten, ihren Standpunkt zu festigen, ihre Argumentation zu

schärfen und so ihr politisches Handeln zu stärken. Inzwischen gibt es eine ASD-App. Damit können die Nutzer_innen kostenlos auf die Bücher zugreifen, Seminare buchen und sich über aktuelle Angebote informieren.

Im Brennpunkt: Medien im Wandel, Medien am Pranger

Die Frage nach der Glaubwürdigkeit stand 2015 im Mittelpunkt medienpolitischer Debatten. Die Kritik an der Berichterstattung der etablierten Medien reichte im rechten politischen Spektrum bis hin zum pauschalen Schmähbegriff der »Lügenpresse«. Auf der anderen Seite rief das Attentat auf das französische Satiremagazin *Charlie Hebdo* im Januar eine Bewegung auf den Plan, die die Freiheit der Presse als unverzichtbaren demokratischen Wert verteidigte.

Viele medienpolitische Aktivitäten der FES haben diese Themen aufgegriffen. Im »Berliner Gesprächskreis Medien« diskutierten etwa der Chefredakteur von ARD-aktuell, Kai Gniffke, und der Medienjournalist Stefan Niggemeier über die Glaubwürdigkeit der traditionellen Medien. Der Leipziger »Mitteldeutsche MedienDialog« nahm die Angriffe auf Journalist_innen bei Pegida-Demonstrationen zum Anlass, um den »Umgang von Medien und Öffentlichkeit mit den neuen Wutbürgern« zu thematisieren.

Ein wichtiges Thema war auch hier die Digitalisierung. Sie schreitet so rasant und umfassend voran, dass sie längst den Rahmen medienpolitischer Debatten sprengt und in allen Politik- und Gesellschaftsbereichen zu Umwälzungen führt. Dementsprechend breit ist das Angebot der FES. Das Landesbüro Rheinland-Pfalz/Saarland beispielsweise hat dazu eine eigene Arbeitslinie entwickelt, unter anderem mit der IT-Beauftragten des Landes, Heike Raab. Das Bayern-Forum griff bei den »Münchener Mediengesprächen« die Chancen und Probleme auf, die mit der Digitalisierung der Gesellschaft einhergehen. Die Hamburger Reihe »Die Digitale Öffentlichkeit« beschäftigte sich mit Big Data, digitalem Journalismus und Protestformen im Internet.

Das Internet verändert die Informationsmedien fundamental: Echtzeitjournalismus und Wettbewerbsdruck beschleunigen, banalisieren und skandalisieren die Meldun-

gen. Dadurch hat sich das sensible Spannungsverhältnis zwischen Politik und Medien verschärft. Beide Seiten verlieren in der öffentlichen Wahrnehmung Vertrauen. Auf einer Veranstaltung des Managerkreises diskutierten der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, und Hans-Ulrich Jörges vom *STERN*, über das Verhältnis zwischen Politiker_innen und Journalist_innen.

Wichtige Beiträge zu medienpolitischen Diskursen und zur handwerklichen Qualifizierung von Journalist_innen leistet die JournalistenAkademie. Dabei kommt der Begegnung mit Nachwuchsjournalist_innen eine besondere Bedeutung zu. Hospitanzprogramme im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament sind feste Bestandteile des Angebots.

Eine Tagung im November in Berlin beschäftigte sich mit der Kommerzialisierung der Sportberichterstattung. Nachdem das Internationale Olympische Komitee die Fernsehrechte für die Olympischen Spiele an eine private Fernsehge-



sellschaft verkauft hatte, gingen Sportverbände, Wissenschaftler_innen und Journalist_innen der Frage nach, was das für den Sport und für die Zuschauer_innen bedeutet.

Einen besonderen Akzent setzte die FES mit der Verleihung des Preises »Der politische Film« an den schwedischen Film *Every Face Has a Name* von Regisseur Magnus Gertten. Der Film spannt einen Bogen vom Holocaust bis zu den heutigen Ereignissen von Massenflucht und Neuanfang.



DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
IM SPIEGEL DER PRESSE

01

DEUTSCHE WELLE
2. JANUAR 2015

Trotz des Aufschwungs der Autoindustrie sanken am Anfang des Jahres von Alex Covarrubias Valdenebro und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mexiko veröffentlichten Studie zufolge die Stundenlöhne in Mexikos Autoindustrie zwischen 2008 und 2012 um mehr als 10 Prozent – von 8,69 US-Dollar auf 7,80 US-Dollar/Stunde. Den Arbeitern am Fertigungsband wurde sogar nur zwischen 3,60 und 3,90 US-Dollar gezahlt.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
5. JANUAR 2015

Vorurteile wie diese zum Beispiel: »Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt«, denken 42 Prozent der Befragten der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Oder: »Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.« (38 Prozent) (...)

Hinter der Zustimmung eines Teils der Bevölkerung zu den Thesen von Pegida stecke vielfach außerdem der Wunsch nach autoritären Strukturen – zum Beispiel nach einer Partei, die »die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«. Einer These, der in der Mitte-Studie immerhin 23 Prozent der Befragten zustimmen.

STERN
11. JANUAR 2015

Trier plant große Feier zum 200. Geburtstag von Karl Marx – »Das Jubiläum hat sicherlich eine große Bedeutung, die weit über die Stadtgrenzen von Trier hinausreicht«, sagt die wissenschaftliche Leiterin des Museums Karl-Marx-Haus, Anja Kruke. Schließlich gelte Marx (1818–1883) als wohl politisch einflussreichster Gelehrter des 19. und 20. Jahrhunderts. Eine kritische Auseinandersetzung mit Marx' Ideen stehe stets im Vordergrund, sagt Historikerin Kruke, die das Archiv der sozialen Demokratie der FES in Bonn leitet.

Seit der Finanzkrise 2008 erlebe Marx eine Renaissance, berichtet Kruke. Eine neue Generation schaue sich derzeit Marx mit einem »neuen, frischen Interesse« an (...).

NORDDEUTSCHE RUNDSCHAU
30. JANUAR 2015

Wie man Diskriminierung und Rassismus in all ihren Facetten erkennt und verhindert – darum ging es bei zwei Projekttagen an der Auguste-Viktoria-Schule (AVS), an denen mehr als 1.000 Itzehoer Schüler teilnahmen. (...) Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung beschäftigten sich die Studenten Paul-Hermann Rutz und Philipp Kröger mit Rassismus als alltäglichem Phänomen. »Wir wollen die Schüler in die Lage versetzen, Rassismus zu erkennen«, sagte Rutz.

DIE TAGESZEITUNG
31. JANUAR 2015

Genossen für freien Genuss. SPD-Politiker diskutieren über die Entkriminalisierung von Cannabis. Mit Repression allein werde man der gesellschaftlichen Realität nicht gerecht. (...) »Die Drogenpolitik muss sich an Nutzen, Kosten und Nebenwirkungen messen lassen«, schlägt etwa Sebastian Sperling von der Friedrich-Ebert-Stiftung vor.

WESTFALEN-BLATT
31. JANUAR 2015

Für Fartuun Adan ist Lebensgefahr seit Jahren alltäglich. Sie kümmert sich in Somalia um vergewaltigte Frauen und will junge Milizionäre für ein gewaltfreies Leben gewinnen. (...) Für ihr langjähriges und beharrliches Engagement hat die Aktivistin im Dezember den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung erhalten.

02

CALENBERGER ZEITUNG
12. FEBRUAR 2015

Die Mitglieder des Schulausschusses haben die Ratsfraktionen ermutigt, Ideen aus einem Planspiel Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung aufzugreifen.

MAGDEBURGER VOLKSSTIMME
12. FEBRUAR 2015

Mehr Hitze, längere Trockenperioden und extreme Niederschläge drohen auch Magdeburg durch den Klimawandel. (...) »Dass sich das Klima ändert, ist heute nicht mehr diskussionswürdig«, sagte Oberbürgermeister Lutz Trümper am Dienstagabend zur Eröffnung des 3. Klimadialogs der Stadtverwaltung und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

DER TAGESSPIEGEL
14. FEBRUAR 2015

Körting, einst auch Justizsenator und seit 2011 im sprichwörtlichen Unruhestand, hat nun einen Monat nach den Anschlägen in Paris und vor dem Hintergrund islamfeindlicher Versammlungen in Deutschland ein provokantes Thesenpapier zum Thema Terror vorgelegt. In der von der Friedrich-Ebert-Stiftung publizierten Schrift geht es um »Dschihadistische Radikalisierung und staatliche Gegenstrategien« – Letztere sieht Körting bisweilen eher als Teil des Problems denn der Lösung.

03

SIEGENER ZEITUNG
3. MÄRZ 2015

Bundespräsident Joachim Gauck hat die Arbeit der politischen Stiftungen als »leuchtendes Beispiel der Demokratie« gewürdigt. Unabhängig von der politischen Ausrichtung würden die Stiftungen auch im Ausland für universelle Menschen-, Bürger- und Freiheitsrechte kämpfen, »nach denen sich die Unterdrückten und Verfolgten in vielen Ländern der Welt sehnen«, sagte Gauck gestern Abend in Berlin bei einem Festakt zum 90-jährigen Bestehen der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung.

NEUES DEUTSCHLAND
7. MÄRZ 2015

Die Gleichstellungsberaterin Mara Kuhl hat sich die Arbeit gemacht und die Konjunkturpakete exemplarisch untersucht, die 2008 und 2009 die Folgen der Finanzkrise in Deutschland abmildern sollten. (...) »Die am stärksten schutzbedürftigen, weil von Armut und Arbeitslosigkeit konstant bedrohten und in der Krise besonders gefährdeten atypischen Beschäftigungsformen haben keinerlei Sicherheitsnetze erhalten«, schreibt Kuhl in ihrer Expertise für die Friedrich-Ebert-Stiftung.

NÜRNBERGER NACHRICHTEN
7. MÄRZ 2015

Die SPD will ein Integrationsgesetz für Bayern. Ihre Forderungen nach mehr Partizipation auch auf politischer Ebene unterstützt eine neu aufgelegte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bayern ist danach im Ländervergleich eines der Schlusslichter, was die politischen Rahmenbedingungen für die Teilhabe von Migranten angeht.

NEUE RUHR ZEITUNG
14. MÄRZ 2015

Für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung haben Experten vier Szenarien entworfen, wie es weitergehen könnte im Verhältnis zu Russland: Mit einer kurzfristigen Entspannung ist demnach nicht zu rechnen – im besten Fall kann die Ukraine zwar den Ostteil des Landes irgendwann wieder kontrollieren, Russland aber behält die Krim.

MAIN-POST
16. MÄRZ 2015

Dabei erhält die Hisbollah derzeit von westlichen Beobachtern verhaltenes Lob: Sie drifte weg von der Idee vom Gottesstaat, weg vom Terrorismus. Achim Vogt, Leiter der Beiruter Friedrich-Ebert-Stiftung, hält die Mitglieder der »Partei Gottes« für Pragmatiker. Letztlich sei ihre Agenda nicht mehr religiös, sondern nationalistisch-libanesisch.

04

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
20. MÄRZ 2015

Die Angst wächst in diesen Monaten, denn bei neuen Abkommen wie TTIP mit den USA oder Ceta mit Kanada sollen Schiedshöfe wie das ICSID noch größeren Einfluss bekommen. Konzerne könnten dann noch mehr Möglichkeiten bekommen, gegen europäische Gesetze zu klagen und von EU-Regierungen Schadenersatz zu fordern, etwa wegen neuer Umweltgesetze. Vor allem in Deutschland wachsen die Sorgen in Denkfabriken, aber auch in der Politik. Das gefährde öffentliche Finanzen durch drohende Schadenersatzklagen, warnt etwa die Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Analyse.

SÜDKURIER
24. MÄRZ 2015

Die Friedrich-Ebert-Stiftung untersuchte, wie sich Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt europaweit vernetzen und radikalisieren. Laut dem Soziologen Andreas Kemper inszenieren sie sich als »Tabubrecher« gegen Denkverbote eines angeblich »linken Mainstreams«, nutzen virtuos soziale Medien (...) und können Massenproteste simulieren.

SÜDWEST PRESSE
9. APRIL 2015

Bangladesch steckt tief in einer politischen Krise. Das südasiatische Land, das zu den ärmsten der Welt gehört, ist politisch gespalten. Auf der einen Seite steht das Regierungslager um die dynastisch geführte Awami League von Premierministerin Sheikh Hasina. Auf der anderen Seite die Opposition unter Leitung der alleinherrschenden BNP-Vorsitzenden Khaleda Zia. »Es ist ein System historisch gewachsener Feindschaften«, sagt Henrik Maihack von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Dhaka. Man vertraue sich nicht.

SÜDWEST PRESSE
11. APRIL 2015

Überall auf dem Balkan herrsche eine »völlig falsche Bildungssteuerung«, sagt Frank Hantke, Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana, der sich dem Aufbau einer brauchbaren Berufsausbildung verschrieben hat. Besonders in Albanien sei Studium noch Prestigesache. »Dass Rechtsanwälte dann nicht mehr als 500 Euro verdienen, merken sie erst später.«

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
13. APRIL 2015

Noch weiter (...) geht der Tübinger Professor Daniel Buhr in seiner Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung. »Industrie 4.0 wird nicht nur die Art des Wirtschaftens, sondern auch das gesellschaftliche Zusammenleben enorm verändern.« Bislang werde der Wettlauf um die besten Ideen vor allem technisch geführt. »Das ist ein Fehler«, sagt Buhr. Industrie 4.0 verlange einiges, vor allem von den Menschen. (...) Ihren gesellschaftlichen Mehrwert entfalte Industrie 4.0 erst dann, wenn mit ihr soziale Innovationen einhergehen. (...)

NASSAUISCHE NEUE PRESSE
23. APRIL 2015

In einem politischen Planspiel befassten sich Schülerinnen und Schüler der Nicolaus-August-Otto-Schule mit einem hochaktuellen wie brisanten Thema, nämlich dem möglichen Beitritt der Türkei zur EU. (...) »Bei der Simulation erfahren die jungen Leute hautnah, wie schwierig es ist, im demokratischen System für die eigene Meinung in Debatten einzutreten und Kompromisse auszuhandeln«, hatte Dr. Martin Gräfe, Leiter des Regionalbüros Mainz der ausrichtenden Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Thema bei der Einführung vorangestellt.

05

DIE ZEIT
23. APRIL 2015

44

Der spanische Sozialstaat erfüllt seine Aufgabe nicht. Studien zeigen sogar, dass er die Einkommensungleichheit verstärkt – erst recht in der Krise, wie Michael Ehrke vom Madrider Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung sagt. Die Hälfte der Arbeitssuchenden hat ihre Ansprüche auf Unterstützung verloren. »Aber im noblen Madrider Stadtteil Salamanca ist im Winter die Pelzdichte noch immer unanständig hoch.«

MÄRKISCHE ODERZEITUNG
4. MAI 2015

Sie nennen sich Abstrakte Partei Wandlitz (APW) oder DSL (Deutsches Soziales Land) und reden in der Gemeinde Wandlitz mit. Hinter diesen neuen politischen Bündnissen stecken nicht etwa Politprofis, die auf die Macht im Wandlitzer Rathaus schielen, sondern Jugendliche der 9a aus der Klosterfelder Oberschule, die unter Anleitung der Berliner Friedrich-Ebert-Stiftung an einem Projekt Kommunalpolitik teilgenommen haben.

HANDELSBLATT
4. MAI 2015

China und Indien wetteifern bei Hilfe für Nepal. Hinter der Unterstützung der beiden großen Nachbarländer stecke aber auch eine Agenda, sagt Dev Raj Dahal, Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nepals Hauptstadt Kathmandu. (...) »Beide Länder konkurrieren um politischen und wirtschaftlichen Einfluss.«

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG
6. MAI 2015

»Rechtsextremismus ist menschenfeindlich.« Und: »Rechtsextremismus ist in seinem Kern eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, der seine Legitimation aus Selbstaufwertung durch Abwertung anderer bezieht.« Klare Aussagen bestimmten die Podiumsdiskussion und die Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg, die am Montagabend rund 120 Menschen in der Stadthalle versammelte.

FRANKFURTER ALLGEMEINE
6. MAI 2015

Umso löblicher, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung an der Journalistikfakultät von Woronesch eine Medientagung mit kritischen russischen und deutschen Journalisten veranstaltet. Das Journalistikinstitut sei de facto auf Knochen deutscher wie russischer Soldaten erbaut worden, die in der heftig umkämpften Stadt umkamen, sagte der Dekan Wladimir Tulupow, dessen Vater in deutsche Kriegsgefangenschaft geriet. Heute stelle das Institut eine Insel der Freiheit dar.

SÜDKURIER
15. MAI 2015

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat im April 2015 eine Studie veröffentlicht. Unter dem Titel »Geschäftsmodell Ausbeutung« werden die Schattenseiten der Bauwirtschaft geschildert. (...) Die zuständigen Behörden seien überlastet, schreibt Carmen Molitor in der Studie für die Ebert-Stiftung. Ihnen fehlten Personal und Geld. Sie prüften zudem eher, ob Steuer- und Sozialabgaben korrekt geleistet werden und weniger, ob menschwürdige und rechtskonforme Arbeitsbedingungen herrschen.

HEILBRONNER STIMME
27. MAI 2015

In ihrer Ablehnung von Quoten für Flüchtlinge bilden die östlichen EU-Staaten eine geschlossene Front. Dabei liegt der Anteil von Ausländern in diesen Staaten deutlich unter dem westeuropäischer Länder, muslimische Einwanderer gibt es nur in verschwindend geringer Zahl. Dennoch hat eine Studie der Friedrich Ebert-Stiftung schon vor Jahren in Ländern wie Polen oder Ungarn einen besonders hohen Anteil islam- und fremdenfeindlicher Meinungen festgestellt.

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG
27. MAI 2015

Bei der Anerkennung des Islams in Deutschland gibt es Fortschritte. Nach einem Gutachten der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung bestehen in vielen Bundesländern rechtliche Regelungen und Planungen, dem Islam in Alltag und Bildungswesen einen Platz zu geben. Muslimische Verbände seien allerdings noch lange nicht mit christlichen Kirchen oder jüdischen Gemeinden gleichgestellt, sagte die Mitautorin des Gutachtens. (...)

SÄCHSISCHE ZEITUNG
28. MAI 2015

Unter dem Motto »Das Bild von der DDR heute. Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im vereinten Deutschland« blicken 200 Teilnehmer auf die Ereignisse vor 25 Jahren zurück. Organisiert wird die zweitägige Veranstaltung von der Friedrich-Ebert-Stiftung. »Wir möchten die Wiedervereinigung zum Anlass nehmen, um über den Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur und über das Bild der DDR heute zu sprechen, über ein Erbe, das möglicherweise nachwirkt«, sagt Matthias Eisel, sächsischer Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung.

SCHWÄBISCHE ZEITUNG
6. JUNI 2015

»Die Normalität ist wieder eingekehrt – die extremen Sicherheitsvorkehrungen nach dem Anschlag wurden wieder heruntergefahren«, sagt Thomas Claes von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis. Bestimmte Klubs oder Einkaufszentren, nächtliche Spaziergänge und das umkämpfte Gebiet um die Stadt Kasserine meidet er trotzdem. »Was die Menschen jedoch besonders besorgt, ist die Lage in Libyen«, so Claes. Knapp eine Million Libyer sollen derzeit in Tunesien leben, einem Land mit nur elf Millionen Einwohnern.

DIE TAGESZEITUNG
16. JUNI 2015

Der Anteil Hochqualifizierter an der Arbeitsmigration in Europa ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse einer vergleichenden Länderstudie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (...) Im Zeitraum von 2008 bis 2013 erhöhte sich dieser Anteil von 27 auf 41 Prozent.

07

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
16. JUNI 2015

46

Für eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ist nach einem Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung keine Grundgesetzänderung notwendig. Aus der Entstehungsgeschichte der Verfassung lasse sich nicht ableiten, »dass der Ehebegriff für alle Zeiten auf ein Verständnis als verschiedengeschlechtliche Partnerschaft festgelegt wäre«, heißt es in dem am Montag in Berlin veröffentlichten Papier der Juristin Friederike Wapler.

STAHLMARKT
1. JULI 2015

Der Großteil der rd. 39.000 Brücken an Autobahnen und Bundesstraßen ist älter als 40 Jahre. Eine im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Studie kommt zu dem Schluss, dass der dringendste Sanierungsbedarf für die Brücken an Bundesfernstraßen in den kommenden Jahrzehnten allein wegen der Altersstruktur auf mehr als 1 Mrd. € jährlich steigen wird.

UNSERE KIRCHE
5. JULI 2015

Häuser bedarfsgerecht modernisieren, das Lebensumfeld der Bewohner verbessern und soziale (Unterstützungs-) Strukturen aufbauen: Diese drei Elemente sind wichtig, um nachhaltig Wohnquartiere zu erhalten und zukunftsfähig auszubauen. Dieses Ergebnis hatte eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu »Vitale (Wohn-)Quartiere – Fundament für eine gute Zukunft von Bochum und der Region« in der Johanneskirche.

RHEIN-ZEITUNG
7. JULI 2015

Christos Katsioulis leitet das Athener Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung. (...) Eine Prognose für die nahe Zukunft Griechenlands wagt Katsioulis (...) für die nahe Zukunft nicht. (...) Aber mit einem Vorurteil will er aufräumen, das

in Deutschland verbreitet ist und das zuletzt auch Varoufakis selbst noch geschürt hatte: Katsioulis beschreibt die Verwaltung als effektiv. Griechenland habe auch exzellent ausgebildete Finanzbeamte. »Erhalten sie die klare politische Vorgabe, Steuern einzutreiben, werden sie das auch tun.«

SIEGENER ZEITUNG
9. JULI 2015

Jugendliche auf dem Balkan ohne Hoffnung (...) »Der Pessimismus der jungen Menschen ist beunruhigend und ein Alarmsignal für die EU«, sagte gestern Klaus Hurrelmann, Professor für Bildungs- und Jugendforschung an der Hertie School of Governance in Berlin, die die Studie leitete. Für die Erhebung der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden je 800 bis 1.200 14- bis 29-Jährige in acht südosteuropäischen Ländern befragt.

KÖLNER STADT-ANZEIGER
16. JULI 2015

Gabriel fordert mehr Freiheit für chinesische Bürger (...) Bei seinen Gesprächen in der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees brachte Gabriel auch seine Sorge über die geplante Verschärfung der Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen (NGO) vor. Darunter hätte unter anderem die Tätigkeit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in China zu leiden.

08

DONAUKURIER
17. JULI 2015

Bundeskanzlerin Merkel feiert Fastenbrechen mit Muslimen. (...) »Es gehört inzwischen beinahe zum guten Ton, dass sich auch höhere Repräsentanten beim Iftar blicken lassen«, sagt Dietmar Molthagen, Islamexperte der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Wie stellt sich die Beziehung zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen dar? »Die Situation hat sich verbessert, was die Akzeptanz der Muslime angeht«, meint Molthagen. Allerdings: Bei 18 Prozent der Bevölkerung gebe es nach einer FES-Studie von Ende 2014 islamfeindliche Ressentiments.

AACHENER NACHRICHTEN
23. JULI 2015

Es ist in vielerlei Hinsicht eine echte Kehrtwende: Das Land will seinen Rückstand bei der Ökostrom-Produktion aufholen, weniger Treibhausgase ausstoßen und insgesamt viel weniger Energie verbrauchen. Auf dem Papier liegen Frankreich und Deutschland damit nun auf einer Linie: Es sei »frappierend, wie ähnlich sich die Ziele beider Länder beim Thema Energiewende sind«, heißt es in einer Analyse des Gesetzentwurfs von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

E + Z
1. AUGUST 2015

Die Erfahrung, die Deutschland seit den 1970er Jahren mit alternativen Energieversorgungssystemen gesammelt hat, ist weltweit gefragt. Für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) folgt daraus eine Verantwortung Deutschlands gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern, wie eine aktuelle FES-Studie »Von der Energiewende lernen« ausführt. Als ermutigend wertet sie Aussagen, wie die des ehemaligen jordanischen Energieministers Malek Kabariti: »Die Energiewende ist die beste Hilfe, die Deutschland anderen Ländern – und besonders Entwicklungsländern – geben kann.«

NEUE PRESSE
20. AUGUST 2015

Schon 2002 warnte der China Human Development Report, dass das Land all seinen erreichten Fortschritt durch Disaster wie Umweltverschmutzung und Korruption zunichtemachen könnte. Dabei ist Chinas Gesetzgebung zum Thema Umwelt laut Friedrich-Ebert-Stiftung vorbildlich. Auf dem Papier. In der Umsetzung scheitert sie an Desinteresse und den beschriebenen Problemen.

DER SPIEGEL
22. AUGUST 2015

Mehr als ein Drittel der Asylsuchenden kommt aus Albanien, dem Kosovo und Serbien. Junge Menschen, arm, wütend, enttäuscht, die keine Zukunft mehr in ihrer Heimat sehen. (...) Laut einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung wollen aus Albanien fast zwei Drittel, aus dem Kosovo und Mazedonien mehr als die Hälfte der 14- bis 29-Jährigen auswandern. Sie haben kein Zutrauen mehr in ihre jungen Demokratien, und sie träumen von einem besseren Leben.

FRANKFURTER NEUE PRESSE
25. AUGUST 2015

Anderen Menschen zu helfen und für sie da zu sein ist für Wjahat Waraich ein wichtiger Bestandteil seines Lebens. »Meine Eltern flüchteten vor über 30 Jahren aus Pakistan und lebten anfangs in Asylheimen. Sie sprachen kein Wort Deutsch und ihr Ausbildungsstand war nicht hoch«, erzählt der gebürtige Hannoveraner, der als einer der Jahrgangsbesten sein Abitur absolvierte und als Stipendiat der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung sein Medizinstudium mit Bestnoten abschloss.

09

WESER-KURIER
28. AUGUST 2015

48

»Überall auf dem Balkan herrscht eine völlig falsche Bildungssteuerung«, sagt Frank Hantke, Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana, der sich besonders dem Aufbau einer brauchbaren Berufsausbildung verschrieben hat. (...) Einen objektiven Bedarf an Fachkräften gäbe es schon, sagt Hantke. In angemessene Jobchancen lässt sich der aber nicht so ohne Weiteres übersetzen. Kaum jemand in Albanien verstehe sich etwa auf Büroorganisation, die Reparatur einer Heizung oder die fachgemäße Verlegung von Stromkabeln, klagt Hantke.

FRANKFURTER ALLGEMEINE
28. AUGUST 2015

Die Europäische Union könnte künftig mehr Geld in die Länder am Balkan leiten, die ihr noch nicht angehören. Aus Anlass der Westbalkan-Konferenz in Wien sprach sich Erweiterungskommissar Johannes Hahn dafür aus, die Mittel aus dem sogenannten Juncker-Plan für die Staaten des ehemaligen Jugoslawien und Albaniens zu öffnen. (...) An der Veranstaltung der Ersten Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Karl-Renner-Instituts nahmen auch die Ministerpräsidenten von Albanien und Serbien, Edi Rama und Aleksander Vučić, teil.

TRIERISCHER VOLKSFREUND
8. SEPTEMBER 2015

Die großen Parteien klagen seit Jahren darüber, dass der Nachwuchs fehlt. Die sogenannten Best Ager (Altersgruppe 50 plus) und die über 60-Jährigen dominieren die politische Arbeit. Aber: »Es gibt bei Jugendlichen eine Grundbereitschaft zum Mitdenken und Mitmachen.« Das ist das Ergebnis einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im Mittelpunkt stand dabei die Sprache. Verstehen junge Leute, was Politiker sagen?

DER FREITAG
10. SEPTEMBER 2015

Was kostet der ÖPNV zum Nulltarif? Schon heute zahlen die Fahrgäste nicht den Preis, der die Kosten völlig deckt. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung schätzt, dass bundesweit 37 Prozent der Kosten über Tickets finanziert werden. 63 Prozent über öffentliche Zuschüsse. Der Fahrschein ist also bereits hoch subventioniert. Wäre es so teuer, ihn ganz wegfällen zu lassen?

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
14. SEPTEMBER 2015

In Deutschland, dem Land der Sozialpartnerschaft und der gesetzlich festgelegten Mitbestimmung, gehen Arbeitgeber und Arbeitnehmer meist fair miteinander um, im Ausland sieht das mitunter anders aus. (...) Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung zieht in einer

im August herausgegebenen Analyse zu »globalen Wertschöpfungsketten« international agierender Konzerne das Fazit: Selbst gewerkschaftliche Hochburgen seien »angesichts der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung in ihrer Existenz bedroht.«

FRANKENPOST
19. SEPTEMBER 2015

Die Heimatstrategie der Staatsregierung wird nach einer Studie des »BayernForums« der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung das Gefälle zwischen strukturschwachen Regionen und Wachstumsgebieten nicht beseitigen. Es gebe keine überregionale Strategie zur Herstellung gleicher Lebensbedingungen im Freistaat, kritisierte der Autor der Studie, Manfred Miosga, am Freitag in Nürnberg.

TRIERISCHER VOLKSFREUND
25. SEPTEMBER 2015

Die Ebert-Stiftung braucht mit Blick auf 2018 deutlich mehr Platz in Trier als bisher, nicht nur für die Museumsverwaltung, sondern auch für das Veranstaltungsangebot: »Wir registrieren schon jetzt stark zunehmendes Interesse an Karl Marx«, sagt Museumschefin Neu. So werde die jährliche Besucherzahl von rund 40.000 in diesem Jahr deutlich übertroffen.

10

SCHWÄBISCHE ZEITUNG
28. SEPTEMBER 2015

»Wo Kinder sind, ist auch Familie.« Auf diese Formel bringt Sabine Fandrych vom Fritz-Erler-Forum der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung das Ergebnis einer Befragung zum Familienbild im Südwesten. Mit der Studie will die Stiftung »einen Beitrag leisten, die häufig emotional geführte Debatte über Rollenbilder und Arbeitsteilung zu versachlichen«, so Fandrych.

HANDELSBLATT
29. SEPTEMBER 2015

Die Zuwanderung wird die deutsche Gesellschaft – so oder so – langsamer schrumpfen und altern lassen. Und selbst ohne weitere Zuwanderung würde der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bis 2030 automatisch auf fast ein Viertel wachsen – heute stellen sie gut ein Fünftel der Bevölkerung. Das hat das ifo Institut im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstmals berechnet.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG
5. OKTOBER 2015

Sadiqu Al-Mousllie, Vorsitzender der Islamischen Gemeinschaft Braunschweig, hält ein dickes Skript in Händen: das Grundgesetz in arabischer Sprache, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Seine Meinung: »Das muss jeder kennen, der in unserem Land lebt.«

FRANKFURTER RUNDSCHAU
9. OKTOBER 2015

Im September war ein Büroboote der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kairo auf offener Straße von Unbekannten abgepasst und bedroht worden. (...) Abgesehen von der schikanierten Ebert-Stiftung haben alle anderen deutschen Parteistiftungen ihre Arbeit in Ägypten eingestellt.

WESTFALENPOST
9. OKTOBER 2015

»Etwa jeder Fünfte in Deutschland hat aktuell einen Migrationshintergrund«, ist also nicht hier geboren oder hat mindestens ein Elternteil, der zugewandert ist, erklärt Prof. Marcel Thum, Leiter einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie zu »Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland«.

BAYERISCHE STAATSZEITUNG
16. OKTOBER 2015

Von den rund 105.000 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) befragten Asylsuchenden über 20 Jahren gaben rund 17 Prozent an, eine Universität oder Fachhochschule besucht zu haben – bei den Syrern waren es sogar knapp 30 Prozent. Immer mehr Hochschulen wollen daher den von der Friedrich-Ebert-Stiftung geschätzten 50.000 studierwilligen Flüchtlingen den Weg in den Hörsaal ebnen.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
17. OKTOBER 2015

Um den Mangel an Fachkräften in Deutschland entgegenzusteuern, müsse man das Einwanderungsgesetz flexibler gestalten. Dafür plädierte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann am Freitag bei der Vorstellung der Studie »Einwanderungsregelungen im Vergleich«. Wissenschaftler hatten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht, welche Kriterien Arbeitsmigranten in Kanada, Australien, Neuseeland, Österreich und Großbritannien erfüllen müssen.

BLICKPUNKT:FILM
19. OKTOBER 2015

Zum ersten Mal gab es mit der Sektion Veto! eine eigene Rubrik für den politischen Film. 13 Produktionen, Spiel- und Dokumentarfilme, warfen einen Blick auf aktuelle und vergangene Krisenherde. Die schwedische Doku *Every Face Has a Name* von Regisseur Magnus Gertten wurde dabei mit dem Preis der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet.

STORMARNER TAGEBLATT
22. OKTOBER 2015

Mit Hilfe von Trainern der Friedrich-Ebert-Stiftung und »echten« Kommunalpolitikern bereiten sich die Jugendlichen auf den Besuch ihrer ersten Ratsitzung vor, entwickeln eigene Themen, die sie in der Stadtverordnetenversammlung vortragen werden. Sechs Fraktionen werden gegründet – mit so außergewöhnlichen Namen wie die »Partei für ein besseres Leben«, die »Sportliche Glasfaser-Partei« oder »Future Party Reinfeld«.

NÜRTINGER ZEITUNG
24. OKTOBER 2015

Wie gewinnen die Rechten ihre Anhänger? Wie erkennt man beispielsweise auch versteckte Zeichen Rechtsradikaler? Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat eine Ausstellung mit dem Titel »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« konzipiert. (...) Vor allem auch Jugendliche sollen hier lernen, was Demokratie überhaupt ausmacht und wie sie sich von einem rechtsextremen Weltbild unterscheidet.

BERLINER MORGENPOST
25. OKTOBER 2015

Willy Brandt und Helmut Schmidt prägten die Politik der Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte. Und sie schrieben sich Briefe. (...) Diese Briefe schlummern nicht länger im Archiv, sind jetzt für jedermann nachzulesen und geben einen tiefen Einblick in das politische Geschäft auf höchster Ebene mit dem Schwerpunkt SPD-Kanzlerjahre zwischen 1969 und 1982 und den Umständen beider Rücktritte. Meik Woyke, Leiter des Referats »Public History« im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat 717 Briefe seit 1958 in den Archiven gefunden und in einem 1.104 Seiten umfassenden Band herausgegeben.

STUTTGARTER ZEITUNG
31. OKTOBER 2015

Einfach die Themen und die Wortwahl der Populisten zu kopieren ist offensichtlich kein guter Weg. Am meisten Erfolg verspricht wohl eine Politik, die an die Wurzeln geht. Ernst Hillebrand von der Friedrich-Ebert-Stiftung rät Politikern, das Gespräch mit den Wählern zu suchen, um sie zurückzugewinnen, anstatt sie zu diskreditieren. »Politik muss den potenziellen Wählern dieser Parteien klarmachen, dass sie ihre Sorgen ernst nimmt. (...)

BERLINER ZEITUNG
2. NOVEMBER 2015

Die Idee des »sozialen Europa« hat ausgedient. »Programmatik und Instrument der sozialen Dimension sind ausgehöhlt und spielen in der EU-Politik nur eine Nebenrolle«, so Alexander Schellinger von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Heute dominiere die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

FRANKFURTER RUNDSCHAU
12. NOVEMBER 2015

Islamfeindliche Straftaten sollten laut Experten der Friedrich-Ebert-Stiftung künftig statistisch erfasst werden, genauso wie derzeit antisemitische Taten. So müsse Präventionsarbeit gegen islamistischen Extremismus auch in Flüchtlingsunterkünften stattfinden, Projekte zur Deradikalisierung stärker gefördert sowie Schulen und Behörden für Islamfeindlichkeit sensibilisiert werden.

SAARBRÜCKER ZEITUNG
20. NOVEMBER 2015

»Als Landwirt bin ich heute der Buhmann«, erklärte Karl-Hubert Brodbeck kürzlich im Landhotel Finkenrech. Der Milchbauer aus Lebach brachte damit die mangelnde Wertschätzung seiner Arbeit in der Öffentlichkeit zum Ausdruck. Die Friedrich-Ebert-Stiftung aus Mainz hatte im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Perspektiven des ländlichen Raums« zu einer Podiumsdiskussion geladen.

RHEIN-ZEITUNG
23. NOVEMBER 2015

Um Jugendliche gegen das Werben der Extremisten und deren islamistische Gehirnwäsche immun zu machen, braucht es ein viel früheres Ansetzen, zusätzliche Angebote, mehr Ressourcen, Prävention müsse strategischer werden, alle Akteure zusammenbringen und einen langen Atem haben. Aber: »Unsere Präventionslandschaft ist noch dünn«, bedauert der Islamexperte Dietmar Molthagen von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Handlungsbedarf besteht akut.

NÜRNBERGER NACHRICHTEN
26. NOVEMBER 2015

Die Zahl der Studierenden in Deutschland ist im laufenden Wintersemester auf den Rekordwert von fast 2,8 Millionen gestiegen. (...) Mehr als eine halbe Million Menschen haben im laufenden Jahr erstmals ein Studium in Deutschland begonnen. Hinzukommen könnten kurzfristig bis zu 50.000 studierwillige Flüchtlinge in den Unis, wie kürzlich die Friedrich-Ebert-Stiftung ermittelte.

MAIN-ECHO
27. NOVEMBER 2015

Wissenschaftler vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) haben im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung Modelle ausgearbeitet, wie Familienarbeitszeit aussehen kann. Sie gehen davon aus, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor schlecht ist – trotz Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz oder den Ausbau von Ganztagsangeboten.

12

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG
22. DEZEMBER 2015

In Afghanistan ist kein Ende des Krieges in Sicht. (...) Auch darauf ist zurückzuführen, dass die NATO jüngst beschloss, den Abzug zu stoppen und 12.000 Soldaten im Land zu lassen – Bundeswehr inbegriffen. »Das wird aber nicht dabei helfen, die Talibanangriffe auf den Staat in der Fläche zu verringern«, warnt der Direktor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afghanistan, Alexey Yusupov. Allenfalls könnten große Städte vor dem Fall bewahrt werden, wenn sie akut bedroht würden.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
23. DEZEMBER 2015

Das Freihandelsabkommen selbst wird in der Ukraine als Motor für eine schnellere Modernisierung und Anpassung an westliche Standards, vor allem aber als Signal für die neue Nähe zur EU herbeigesehnt. (...) Laut einer Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung wird das Land aber in den nächsten Jahren weitere 60 bis 100 Milliarden brauchen, um auf die Füße zu kommen. Und der Anpassungsschock durch das Freihandelsabkommen und die Verdrängung minderwertiger heimischer Waren vom ukrainischen Markt werden wohl eine zusätzliche Belastung für die Wirtschaft sein.

HANDELSBLATT
28. DEZEMBER 2015

In Südosteuropa und im Nahen Osten wurden sie gut ausgebildet. Ihre Zukunft suchen die jungen Akademiker woanders. (...) In Albanien, dem Kosovo und Mazedonien wollen nach einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung knapp 67 beziehungsweise 55 und 49 Prozent auswandern. Obwohl die Länder des Westbalkans eine EU-Beitrittsperspektive haben, sehen die jungen Fachkräfte in Westeuropa ihre Zukunft.

DER TAGESSPIEGEL
29. DEZEMBER 2015

Einen wirklichen Frühling hat es in Algerien nie gegeben. Mit Blick auf den blutigen Bürgerkrieg in den 90er Jahren scheuten viele die erneute Auseinandersetzung, hatten Angst vor dem nachfolgenden Chaos. Einzelne Proteste wurden zudem von der Militärdiktatur niedergeschlagen. »Doch soziale Spannungen werden seitdem immer offensichtlicher«, erklärt Merin Abbas, Algerien-Experte bei der Friedrich-Ebert-Stiftung.

RHEIN-ZEITUNG
31. DEZEMBER 2015

Was ist nur mit Deutschland los? Wieso demonstrieren Menschen, die man früher der gesellschaftlichen Mitte zugeordnet hätte, auf einmal bei Pegida an der Seite von eindeutig Rechtsextremen? Und wieso hat die AfD so großen Zulauf? Diese Fragen behandelt ein lesenswertes neues Buch mit dem Titel *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*. Der von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung herausgebrachte Band versammelt Beiträge von Wissenschaftlern und Journalisten.

ARBEITSBEREICHE

53

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

- 54 Politische Akademie
- 56 Politischer Dialog
- 56 Wirtschafts- und Sozialpolitik
- 57 Zentrale Aufgaben / Managerkreis

INTERNATIONALE ARBEIT

- 58 Internationaler Dialog
- 59 Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
- 60 Die Auslandsbüros der
Friedrich-Ebert-Stiftung

WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT

- 62 Studienförderung
- 63 Archiv der Sozialen
Demokratie
- 64 Bibliothek der
Friedrich-Ebert-Stiftung

PREISE DER FRIEDRICH- EBERT-STIFTUNG

- 65 »Das politische Buch«
- 65 Hans-Matthöfer-Preis
- 65 Menschenrechtspreis
- 65 »Der politische Film der
Friedrich-Ebert-Stiftung«

UNSELBSTÄNDIGE STIFTUNGEN UND SONDERVERMÖGEN

- 66 Erich-Brost-Sondervermögen
- 66 Franziska-und-Otto-
Bennemann-Stiftung
- 66 Hans-und-Traute-
Matthöfer-Stiftung

Politische Bildung und Beratung in der FES

Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet im Inland politische Bildung und Beratung und orientiert sich dabei am Leitbild der Sozialen Demokratie. Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente in der Demokratie, um auch unter schwieriger werdenden Bedingungen die Identifikation der Bürger_innen mit dem Gemeinwesen sowie demokratische Mitgestaltung zu ermöglichen.

Mit ihrer politischen Bildungsarbeit will die FES zur Urteils- und Handlungskompetenz der Bürger_innen beitragen und zum Engagement im politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Ehrenamt motivieren. Zugleich versteht sich die Stiftung als Plattform des gesellschaftspolitischen Dialogs, fördert Debatten in Politik und Öffentlichkeit und leistet Beiträge zur Politikberatung.

Die Angebote sind zielgruppenorientiert, thematisch strukturiert und regional flexibel organisiert. Methodisch basieren sie auf den vier Säulen »Politikvermittlung«, »Lernprojekte«, »Kompetenztrainings« und »Politikberatung«. Sie nutzen vielfältige methodische Ansätze und werden zunehmend durch onlinegestützte Angebote begleitet. Evaluierung und ein professionelles Qualitätsmanagement sichern einen hohen Standard der Arbeitsprozesse und Ergebnisse.

Politische Akademie

Die Abteilung Politische Akademie (PA) umfasst zentrale Bildungsprojekte in Bonn mit bundesweiter Ausrichtung sowie die Landes- und Regionalbüros in den südwestlichen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern. Daneben fördert die PA die politische Seminararbeit der Ge-

sellschaft für Politische Bildung e.V. – Akademie Frankens in Würzburg – sowie der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V. in München/Kochel.

Die Bildungsangebote der PA beziehen sich auf die aktuellen politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozesse sowie die Gefährdungen der Demokratie, mit denen sich die Gesellschaft und die Politik für Soziale Demokratie konfrontiert sehen.

Zu den Schwerpunkten zählen: Grundwerte, Programmatik und Geschichte der Sozialen Demokratie, Medien- und Netzpolitik, politisches Engagement in Parteien, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, Jugend und Politik sowie Kommunalpolitik.

Das vielfältige beteiligungsorientierte Bildungsprogramm beinhaltet neben Veranstaltungen, Printpublikationen und Ausstellungen auch audiovisuelle Angebote wie Hörbücher und Videos sowie onlinegestützte Lern- und Kommunikationsplattformen – etwa eine App der Akademie für Soziale Demokratie – und projektspezifische Newsletter.

2015 organisierte die Politische Akademie 1.350 Veranstaltungen mit rund 57.000 Teilnehmer_innen; zu den Ausstellungen kamen insgesamt 28.000 Besucher_innen.



Lebensentwürfe junger Frauen und Männer in Bayern

J. Allmendinger
S. Krug von Nidda
V. Wintermantel



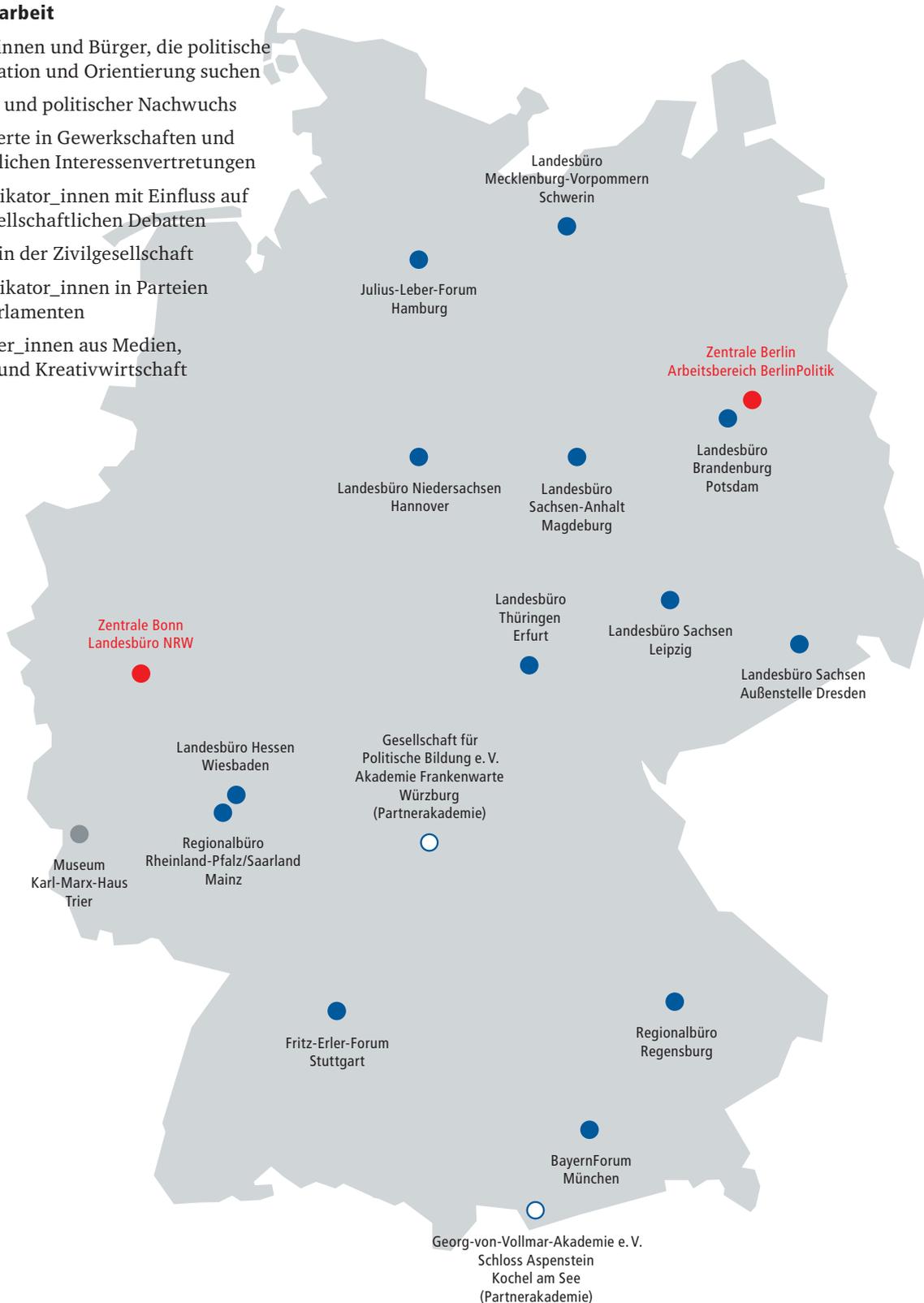
#DigiKon15 – Die digitale Gesellschaft. Impulse zum Digitalisierungskongress



DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IN DEUTSCHLAND

Zielgruppen der politischen Bildungsarbeit

- Bürgerinnen und Bürger, die politische Information und Orientierung suchen
- Jugend und politischer Nachwuchs
- Engagierte in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen
- Multiplikator_innen mit Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten
- Aktive in der Zivilgesellschaft
- Multiplikator_innen in Parteien und Parlamenten
- Vertreter_innen aus Medien, Kultur und Kreativwirtschaft



Politischer Dialog

Mit knapp 1.250 Veranstaltungen erreichte die Abteilung Politischer Dialog 2015 über 61.000 Interessierte und engagierte Bürger_innen; weitere 24.000 Gäste besuchten 66 Ausstellungen. Darüber hinaus wurden 91 Publikationen veröffentlicht.

Die Abteilung Politischer Dialog (PD) leistet politische Bildungsarbeit in den Bundesländern Nord- und Ostdeutschlands sowie in Berlin zu ausgewählten Themen mit bundespolitischer Bedeutung. Ein wichtiger Teil der Arbeit ist die Politikberatung.

Im Zentrum stehen Beiträge zur Überwindung von Politik- und Demokratieverdrossenheit, die Förderung politischer Partizipation junger Menschen, Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche sowie die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und -populismus. Die Abteilung legt Wert darauf, regionale Politikberatung zu leisten und politische Bildung auch dezentral im ländlichen Raum anzubieten.

In Berlin konzentriert sich das Forum Politik und Gesellschaft auf Familien-, Geschlechter- sowie Jugend- und Antidiskriminierungspolitik, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sowie Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. Darüber hinaus verantwortet es die Koordinierung der Genderarbeit der FES. Dem Arbeitsbereich ist die Zeitschrift *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* zugeordnet. Sie befasst sich mit grundlegenden Fragen der Demokratieentwicklung und aktuellen Themen der Sozialen Demokratie.

Das Forum Berlin bearbeitet die Themen Rechtsextremismus, Integration und Teilhabe, Rechtspolitik und Innere Sicherheit, Kulturpolitik, Deutsche Einheit, die Landespolitik Berlin sowie Aufgaben der empirischen Sozialforschung.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO) berät Politik und Gesellschaft in Deutschland zu Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung und ihrer politischen Gestaltung. Sie organisiert Veranstaltungen, in denen Vertreter_innen von Politik und Gesellschaft mit Fachleuten Grundsatzfragen und aktuelle Probleme diskutieren. In zwei Publikationsreihen, *WISO Diskurs* und *WISO direkt*, veröffentlicht die Abteilung umfangreiche Expertisen und kurze handlungsorientierte Analysen für ein Fachpublikum in Wirtschaft und Gesellschaft. 2015 erschienen über 50 Titel, die auch über den elektronischen Newsletter *WISO digital* verbreitet wurden.

Im Jahr 2014 verstärkte die Abteilung ihre Präsenz in Berlin und leitete einen umfassenden Reformprozess ein. Die Schwerpunktthemen sind nun: Arbeit, Soziales, Bildung/Forschung, räumliche Entwicklung, Finanzen, Wirtschaft sowie Klima/Energie/Umwelt. Dazu kommen die neu verankerten Querschnittsthemen: Gewerkschaften, Migration/Integration, Verbraucher, Unternehmen/Mittelstand, Gender/Familie/Jugend/Senioren, demografischer Wandel, Digitalisierung sowie europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Themenfelder spiegeln die WISO-relevanten Ausschüsse im Deutschen Bundestag. Damit ermöglicht die neue Ausrichtung eine bessere inhaltliche und zeitliche Verzahnung mit dem legislativen Prozess.



50 Jahre Deutsche Einheit

Jens Hartung
Irina Mohr
Franziska Richter (Hg.)



Flüchtlingspolitik der EU

Petra Bendel



Die Aktivitäten der Abteilung werden in flexiblen thematischen Arbeitsgruppen oder in etablierten Arbeits- und Gesprächskreisen organisiert. Dazu gehören die Arbeitskreise Arbeit – Betrieb – Politik, Dienstleistungen, Innovative Verkehrspolitik, Stadtentwicklung, Bau und Wohnen, Mittelstand, Nachhaltige Strukturpolitik sowie die Gesprächskreise Verbraucherpolitik, Arbeit und Qualifizierung, Migration und Integration, Sozialpolitik und der Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik.

Aktuell koordiniert die Abteilung WISO das FES-weite Projekt »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus«, mit dem die Stiftung einen Beitrag zur programmatischen Weiterentwicklung der Sozialen Demokratie leisten will; dabei wird auch die internationale Arbeit der Stiftung eingebunden.

2015 wurde in Berlin erstmals der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft.Weiter.Denken« an Mark Blyth verliehen, Professor für Internationale Politische Ökonomie in Providence (USA). Ausgezeichnet wurde sein Buch *Wie Europa sich kaputtspart: Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik*. Die Abteilung WISO hat den Preis konzipiert. Vergeben wird er von der unselbstständigen Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Zentrale Aufgaben/Managerkreis

Im Jahr 2015 organisierte der Managerkreis 99 Aktivitäten, von öffentlichen Veranstaltungen über Hintergrund- und Fachgespräche bis hin zu Gremien- und Arbeitsgruppensitzungen. Drei Analysen und neun Impulspapiere wurden veröffentlicht und an politische Entscheidungsträger_innen kommuniziert.

Der Bereich Zentrale Aufgaben betreut den Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, ein Forum für den Meinungsaustausch zwischen Entscheidungsträger_innen aus Wirtschaft und Politik. Der Managerkreis existiert seit 1991 und hat etwa 1.100 Mitglieder. Er organisiert Podiumsdiskussionen und Fachgespräche und erarbeitet Positionspapiere und Dokumentationen. Hinzu kommen Hintergrundgespräche, die dem fachlichen Austausch und der Vernetzung der Mitglieder dienen.

Mit seinen Arbeitsgruppen liefert der Managerkreis Lösungsvorschläge, wie der Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig gestaltet werden kann. Arbeitsgruppen gibt es zur wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich Arbeitsmarkt- und Ordnungspolitik, zur Finanzpolitik, zur Energie- und Klimapolitik, zur Mobilitätspolitik, zur Gesundheitspolitik sowie zur Digitalen Wirtschaft und Gesellschaft.

Mit den seit 1998 bestehenden Regionalkreisen fördert der Managerkreis den Austausch unter den Mitgliedern auf Landesebene. Die Regionalvorstände erarbeiten mit den Landesbüros der FES und dem Bereich Zentrale Aufgaben in Berlin Jahresprogramme. Seine Positionen entwickelt der Managerkreis im regionalen Kontext und unter Einbeziehung der Bürger_innen.



Sonne, Wasser, Wind:
Die Entwicklung der
Energiewende in
Deutschland

Franz-Josef Brüggemeier



Illegale Finanzströme:
Eine Analyse und erste
Handlungsempfehlungen

Ilka Ritter



Die Internationale Arbeit der FES

2015 stand die Außen- und Sicherheitspolitik im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Krisen in der Ukraine, in Syrien und im Irak, aber auch in den Konfliktregionen Afrikas führen zu einer dramatisch gewachsenen Anzahl von Flüchtlingen in Europa.

Zur innenpolitischen Herausforderung der Integration gesellt sich die Einsicht, dass Deutschland und die EU mehr leisten müssen, um die weltweiten Konflikte im Dialog zu lösen und die Fluchtursachen zu bekämpfen. Die Bereitschaft zu fördern, dafür mehr Ressourcen zu mobilisieren, ist ein zentrales Anliegen der internationalen Arbeit der FES. Die Herausforderungen sind groß, denn das Vertrauen vieler Bürger_innen in die Europäische Union hat durch die Wirtschafts- und Währungskrise der südlichen Mitgliedsländer stark gelitten. Dabei kommt der Stiftung die lange Tradition ihrer internationalen Arbeit zugute: Die FES förderte schon die jungen afrikanischen Regime nach der Entkolonisierung sowie den Aufbau demokratischer Strukturen in Lateinamerika und auf der Iberischen Halbinsel; sie begleitete die Transformation in Mittelosteuropa ebenso wie den demokratischen Wiederaufbau auf dem Balkan und brachte während der Umbrüche in Nordafrika ihre Erfahrungen ein.

Ein weiterer Schwerpunkt des internationalen Engagements ist das Thema Gute Arbeit. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Gewerkschaften setzt die FES sich für gerechte Arbeitsbedingungen, Unternehmensverantwortung und Gewerkschaftsrechte ein.

Mit der Verabschiedung der neuen Nachhaltigkeitsziele, der »2030 Agenda«, haben die Vereinten Nationen 2015 die developmentpolitischen Koordinaten für die kommenden 15 Jahre festgelegt. Zu mehreren dieser Ziele arbeitet die Stiftung bereits weltweit, etwa zur Reduzierung von Ungleichheit, zu alternativen Konsum- und Produktionsweisen, zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Geschlechtergerech-

tigkeit. Die globale Agenda gilt auch für die Industrieländer, sodass die FES in Zukunft noch stärker als Mittlerin zwischen nationaler und internationaler Politik gefragt sein wird.

Dafür bietet die Stiftung vielfältige Formate, etwa die jährliche Gerechtigkeitswoche in Berlin als Forum zur Diskussion über globale Gerechtigkeit, die Tiergartenkonferenz als zentrale Fachtagung für sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitiker_innen oder das ipg-journal als innovative Debatteplattform für internationale und europäische Politik.

Internationaler Dialog

Die Abteilung Internationaler Dialog organisiert den Erfahrungsaustausch mit Partnerorganisationen der Sozialen Demokratie in den Ländern der nördlichen Hemisphäre. Sie ist dort mit 42 Büros vertreten.

Das Referat Internationale Politikanalyse (IPA) berät die Politik zu internationalen Fragen und arbeitet als Verbindungsglied zwischen der Auslandsarbeit und den politischen, gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Partner_innen in Deutschland. Die Arbeitsschwerpunkte werden nach ihrer Bedeutung für die deutsche Politikformulierung gewählt.

In den Industrieländern Westeuropas und Nordamerikas (Referat WENA) steht der Dialog über grundsätzliche Politikkonzepte im Vordergrund, aber auch der Vergleich unterschiedlicher politischer Antworten auf gemeinsame Herausforderungen. Dominierender Gegenstand von Studien und Expertendebatten war besonders im Vorfeld des dritten Hilfspakets für Griechenland der Umgang mit den südlichen



Russland: Umgang mit einem schwierigen Partner

Niels Annen



Brexit – Was für die EU und Großbritannien auf dem Spiel steht

Roger Liddle
Florian Ranft



Mitgliedsländern der Eurozone. Das Thema wurde inzwischen durch die Konflikte im Nahen Osten, die Entwicklungen in Südosteuropa und die Flüchtlingsthematik überlagert. Letztere wird für die deutsche Politik lange Zeit *die* zentrale Herausforderung bleiben. Dabei durchlebt die Einstellung der Bürger_innen zu Europa eine stürmische Periode.

In Mittel- und Osteuropa (Referat MOE) zielt die Arbeit der FES auf die Konsolidierung der Demokratie, die Unterstützung der Transformation und die Annäherung an die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Standards der EU. Das vergangene Jahr war von der Ukraine-Krise geprägt, vor deren Hintergrund das Verhältnis Deutschlands und der EU zu Russland und den Ländern in seiner Nähe neu bewertet werden muss. Dazu hat die Stiftung Beiträge geleistet.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Mit der »2030 Agenda« wurden 2015 die Millenniumsziele der Vereinten Nationen abgelöst. Ziel des neuen Rahmenwerks ist es, menschenwürdiges Leben und soziale Entwicklung mit den ökologischen Grenzen des Erdsystems in Einklang zu bringen. Der Zielkatalog bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für internationale Projekte der Sozialen Demokratie. Die FES wird durch ihr weltweites Netzwerk und ihre vielfältigen Zugänge zu Politik und Gesellschaft ein gefragter Partner bei der Umsetzung der Agenda sein, die gleichermaßen für Industrieländer wie für Entwicklungs- und Schwellenländer gilt. Nicht nur dabei ist in der internationalen Politik ein langer Atem nötig. Das zeigen sowohl die Jubiläen in diesem Jahr – 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen, 70 Jahre Vereinte Nationen – als auch aktuelle Fragen von Flucht und Migration und die Umsetzung von Guter Arbeit, an denen die Stiftung langfristig arbeitet.

Neue globale Herausforderungen und die zunehmende Verschränkung außen- und innenpolitischer Problemlagen lassen den Gestaltungsanspruch der Stiftung ebenso wachsen wie die Gestaltungsanforderungen. Neben landesspezifischen Projekten bearbeitet die FES deshalb in zahlreichen Ländern regionale und globale Fragen. Dazu gehören etablierte Programme wie das Globalisierungsprojekt, das internationale Gewerkschaftsprojekt und das Programm »Klimapolitik sozial gerecht gestalten«. Darüber hinaus gibt es zeitlich begrenzte Projekte zum sozialen Basisschutz, zur Durchsetzungsmacht von Gewerkschaften, zu Flucht und Migration sowie zu fragilen Staaten. Diese Programme werden in enger Abstimmung zwischen der IEZ in Berlin und den Auslandsbüros realisiert.

Besonders wichtig ist der FES die Kooperation mit der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. 2015 konzentrierte sich die Arbeit auf die Umsetzung der Decent Work Agenda, den Aufbau gewerkschaftlicher Netzwerke in multinationalen Konzernen sowie die Ausgestaltung von verbindlichen Sorgfaltpflichten für Unternehmen.

In Deutschland begleitet die Abteilung die internationale Politik mit Dialogangeboten, Publikationen und Beratung und trägt dazu bei, dass Analyse, Diskussion und Handeln stärker ineinandergreifen. Parlamentarier_innen, Wissenschaftler_innen sowie Vertreter_innen von Gewerkschaften und NGOs tauschen sich in Gesprächskreisen und Arbeitsgruppen aus. Qualitätsmanagement und Evaluierung haben in der Arbeit der IEZ einen hohen Stellenwert.

Die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) war im Jahr 2015 mit Büros in 63 Ländern in Afrika, Lateinamerika, Asien, dem Nahen und Mittleren Osten sowie an den UN-Standorten New York und Genf vertreten. In weiteren elf Ländern führt die FES Programme durch.



Activism in difficult times – civil society groups in Syria 2011–2014

Rana Khalaf
Oula Ramadan
Friederike Stolleis



Die menschenrechtliche Sorgfaltpflicht von Unternehmen: Politische und rechtliche Gestaltungsansätze

Robert Grabosch
Christian Scheper



DIE AUSLANDSBÜROS DER FES

Nordamerika

- 1 Ottawa
- 2 New York (UN)
- 3 Washington D.C.

Lateinamerika

- 4 Mexiko-Stadt
- 5 Guatemala-Stadt
- 6 San Salvador
- 7 Tegucigalpa
- 8 Managua
- 9 Santo Domingo
- 10 San José
- 11 Panama-Stadt
- 12 Caracas
- 13 Bogotá
- 14 Quito
- 15 Lima
- 16 La Paz
- 17 São Paulo
- 18 Santiago
- 19 Buenos Aires
- 20 Montevideo

Europa

- 21 Lissabon
- 22 Madrid
- 23 London
- 24 Paris
- 25 Brüssel (EU)
- 26 Genf (UN)
- 27 Rom
- 28 Prag
- 29 Bratislava
- 30 Zagreb
- 31 Budapest
- 32 Belgrad
- 33 Banja Luka
- 34 Sarajevo
- 35 Pristina
- 36 Tirana
- 37 Skopje
- 38 Athen
- 39 Sofia
- 40 Bukarest
- 41 Chişinău
- 42 Kiew
- 43 Warschau
- 44 Vilnius
- 45 Riga
- 46 Stockholm
- 47 Tallinn
- 48 Moskau
- 49 Nikosia
- 50 Istanbul
- 51 Ankara

Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

- 52 Beirut
- 53 Tel Aviv
- 54 Jerusalem (Ost)
- 55 Amman
- 56 Gaza-Stadt
- 57 Sanaa
- 58 Rabat
- 59 Algier
- 60 Tunis
- 61 Kairo
- 62 Khartum

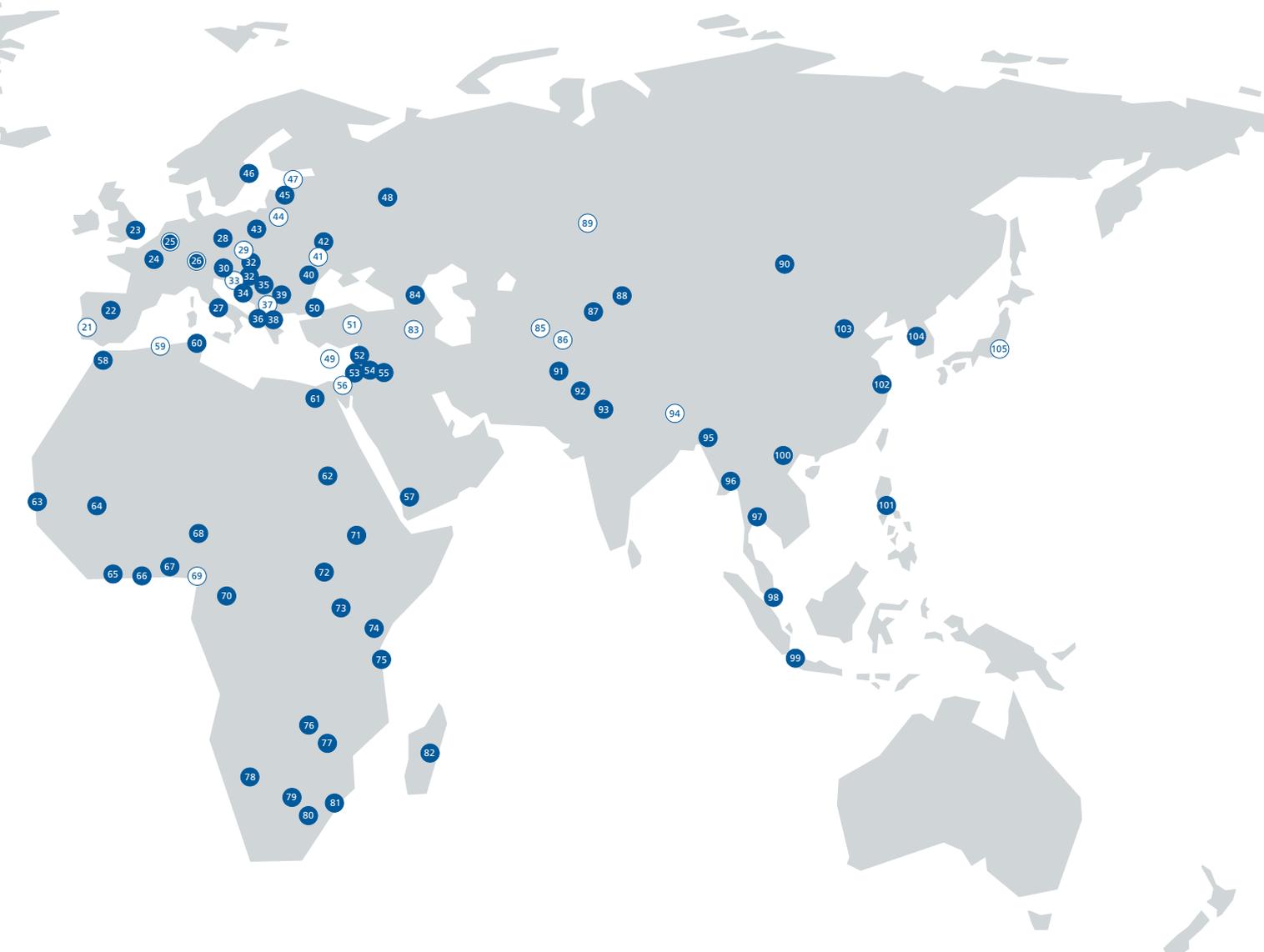
Afrika

- 63 Dakar
- 64 Bamako
- 65 Abidjan
- 66 Accra
- 67 Cotonou
- 68 Abuja
- 69 Lagos
- 70 Yaoundé
- 71 Addis Abeba
- 72 Juba
- 73 Kampala
- 74 Nairobi
- 75 Daressalam
- 76 Lusaka
- 77 Harare
- 78 Windhuk
- 79 Gaborone
- 80 Johannesburg
- 81 Maputo
- 82 Antananarivo

Asien

- 83 Jerevan
- 84 Tbilissi
- 85 Taschkent
- 86 Duschanbe
- 87 Bischkek
- 88 Almaty
- 89 Astana
- 90 Ulan Bator
- 91 Kabul
- 92 Islamabad
- 93 Neu Delhi
- 94 Kathmandu
- 95 Dhaka
- 96 Yangon
- 97 Bangkok
- 98 Singapur
- 99 Jakarta
- 100 Hanoi
- 101 Manila
- 102 Shanghai
- 103 Peking
- 104 Seoul
- 105 Tokio





- Büros mit FES-Auslandsmitarbeiter_innen
- Büros mit FES-Ortskräften
- Büros mit überstaatlichem/internationalem Bezug

Stand: Mai 2015

Wissenschaftliche Arbeit

Studienförderung

2015 feierte die FES ihren 90. Geburtstag und damit zugleich 90 Jahre Studienförderung. Die Aufgabe war und bleibt eine doppelte: Die Stiftung fördert junge Menschen um ihrer selbst willen. Sie fördert Studierende und Promovierende aber auch deshalb, weil politisch engagierte junge Menschen für die Zukunft der Demokratie existenziell sind – ganz gleich, ob sie später in Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Medien, Schulen oder Wissenschaft tätig sind. Deshalb unterstützt die FES-Studienförderung überdurchschnittlich begabte junge Menschen aus Deutschland und dem Ausland, die sich den sozialdemokratischen Werten verbunden fühlen und bereit sind, sich für die Gesellschaft zu engagieren.

Bei der Auswahl werden Erstakademiker_innen, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt. So lag in der Grundförderung durch das Bundesbildungsministerium (BMBF) der Anteil an Erstakademiker_innen unter den Neuaufnahmen bei 48 Prozent; 28 Prozent hatten Migrationshintergrund.

Im Jahr 2015 gingen 4.086 Online-Bewerbungen ein; 540 Stipendiat_innen konnten aufgenommen werden. Insgesamt wurden im Jahr 2015 2.834 Stipendiat_innen gefördert, davon 264 ausländische Studierende. Der Frauenanteil lag bei 50 Prozent. Über 60 Prozent der FES-Stipendiat_innen in der BMBF-Förderung waren parteipolitisch aktiv. Die Durchschnittsnote der Absolvent_innen in der BMBF-Grundförderung war mit 1,3 außergewöhnlich gut.

Solidaritätsfonds

1971 wurde der Solidaritätsfonds auf Anregung deutscher und internationaler Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie Ehemaliger gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, in Not und Verfolgung geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen.

Spenden für den Fonds unter dem Stichwort:

»Solidaritätsfonds der FES«

IBAN DE92 3801 0111 1010 6062 08 | BIC ESSEDE5F380

Die 55 Mitarbeiter_innen der Abteilung sehen sich als politische Bildner_innen und Begleiter_innen der aktuellen und ehemaligen Stipendiat_innen. Das Bildungsprogramm soll dazu beitragen, ihr gesellschaftspolitisches Engagement zu stärken und ihre fachlichen Kenntnisse zu vertiefen. Auch nach dem Stipendium ermutigt die Stiftung die rund 20.000 Ehemaligen, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren und das Netzwerk der Sozialen Demokratie mitzugestalten.

In Experten-Netzwerken aus Akteur_innen der Landes- und Bundespolitik, der Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften unterstützt die Studienförderung die Entwicklung bildungs- und hochschulpolitischer Positionen. Als Reaktion auf die Flüchtlingssituation wurde im Herbst eine Umfrage unter den für Hochschulen zuständigen Ministerien der Bundesländer durchgeführt. Der Vergleich zeigt, wie der Hochschulzugang für Flüchtlinge geregelt ist.



Der politische Mensch
Akteure gesellschaftlicher
Partizipation im Übergang
zum 21. Jahrhundert

Ursula Bitzegeio
Jürgen Mittag
Lars Winterberg (Hg.)



Archiv der sozialen Demokratie

Das Archiv der sozialen Demokratie erhält, erschließt und pflegt das ungedruckte Gedächtnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, von Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung und von Organisationen aus ihrem Umfeld.

Das Archiv macht die Vielfalt und den inhaltlichen Reichtum dieser Bestände nutzbar und präsentiert sie ansprechend. Durch historisch-politische Bildung und durch zeitgeschichtliche Forschung werden neue Themenfelder für Bürger_innen und Wissenschaftler_innen eröffnet und diskutiert. Auf diese Weise setzt das Archiv gesellschaftspolitische Fragestellungen und Probleme der Gegenwart in Beziehung mit sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Entwicklungen. Die so gewonnene historische Tiefenschärfe hilft beim Verstehen der größeren Zusammenhänge und stärkt die Identität von Sozialer Demokratie und Gewerkschaften.

Mit seiner Arbeit erreichte das Archiv interessierte Bürger_innen ebenso wie Medienvertreter_innen und Forscher_innen verschiedener Fachdisziplinen. Die Angebote reichten von der Auswertung von Archivgut für die wissenschaftliche,

In der Ausstellung des Karl-Marx-Hauses in Trier wurden auch 2015 mehr als 40.000 Besucherinnen und Besucher gezählt.

publizistische und mediale Nutzung über Beratung und Forschungstätigkeiten bis hin zur zielgruppenadäquaten Vermittlung wis-

senschaftlicher Kenntnisse in der historisch-politischen Bildungsarbeit. Die Einbindung der Arbeit in externe Netzwerke der universitären, politischen und gewerkschaftlichen Bildung wie auch die fachliche Beratung anderer Abteilungen der Stiftung sind wichtige Elemente der archivischen, geschichtswissenschaftlichen und politischen Arbeit.

Das Karl-Marx-Haus ist das einzige Museum in Deutschland zu Leben, Werk und Wirkung des Philosophen, Ökonomen und Gesellschaftskritikers Karl Marx. Es ist ein historisch-politischer Lernort mit internationaler Strahlkraft, an dem sich Interessierte in der besucherorientierten Dauerausstellung und durch vielfältige Bildungs- und Veranstaltungsangebote über Marx informieren und sich kritisch mit seinen Ideen auseinandersetzen können.



Der Betrieb als sozialer und politischer Ort
Studien zu Praktiken und Diskursen in den Arbeitswelten des 20. Jahrhunderts

Knud Andresen
Michaela Kuhnhenne
Jürgen Mittag
Johannes Platz (Hg.)



Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 98



Willy Brandt/Helmut Schmidt
Partner und Rivalen
Der Briefwechsel (1958-1992)

Herausgegeben und eingeleitet von Meik Woyke



Willy-Brandt-Dokumente, Band 3

Bibliothek

Die Bibliothek der FES zählt mit rund einer Million Bänden zu den bedeutendsten historisch-sozialwissenschaftlichen Fachbibliotheken weltweit. Sie hat wertvolle sozialdemokratische und gewerkschaftliche Spezialbibliotheken sowie Bestände privater Sammler aus dem politischen Umfeld übernommen. So verwahrt sie seit den 1960er-Jahren die Bibliothek des SPD-Parteivorstandes und die Sammlung der Seliger Gemeinde (Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten).

Neben dem Deutschen Gewerkschaftsbund haben auch die meisten deutschen Einzelgewerkschaften und große internationale Gewerkschaftsbünde ihre Bestände unter das Dach der FES gegeben, was die Bibliothek zu einer der größten Gewerkschaftsbibliotheken der Welt macht. Sammelschwerpunkte sind insbesondere Veröffentlichungen zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Politik und Sozial- und Zeitgeschichte.

Mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft seit den 1970er-Jahren konnten die Veröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften Europas und Nordamerikas als bedeutendes Segment in der Bibliothek etabliert werden. So ist die FES-Bibliothek zu einer der weltweit größten Dokumentationszentren für die Parteien und Gewerkschaftsforschung geworden.

Rund 1.000.000 Bände in der größten Spezialbibliothek zum Themenbereich deutsche und internationale Arbeiterbewegung

Die Bibliothek stellt ihre Bestände über den nationalen und internationalen Leihverkehr sowohl konventionell als auch digital zur Verfügung. Ihre Bestände sind in allen bedeutenden nationalen und internationalen Datenbanken und virtuellen Fachbibliotheken nachgewiesen.

Das umfangreiche und stetig wachsende Angebot an digitalisierten Quellen aus den sozialen Bewegungen verbindet das »gedruckte Gedächtnis« mit den digitalen Dienstleistungen. Fachbibliografien und kommentierte Bestandsverzeichnisse erreichen eine große Fachöffentlichkeit; Ausstellungen, Vorträge auf Kongressen und Buchvorstellungen sind auch für eine breitere Öffentlichkeit interessant.

Die Bibliothek dokumentiert alle Veröffentlichungen der Stiftung weltweit und ermöglicht über die Digitale Bibliothek den unbeschränkten Zugriff auf alle digital verfügbaren FES-Publikationen. Sämtliche FES-Schriften sind über die Verzeichnung und Speicherung in der Bibliothek nachhaltig gesichert. Die vielfältigen Datenbankangebote und der damit verbundene Direktlieferservice sind wertvolle Dienstleistungen für alle Mitarbeiter_innen und Stipendiat_innen der FES.



Das Digitalisierungsprojekt des »Vorwärts« für die Jahre bis 1933: Angefertigt werden Scans von etwa 200.000 Zeitungsseiten.



Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung

Das politische Buch

Für sein Buch *Das Kapital im 21. Jahrhundert* erhielt der französische Ökonom Thomas Piketty den Preis *Das politische Buch 2015* der Friedrich-Ebert-Stiftung. Jury und Festredner Olaf Scholz würdigten in Berlin im Mai *Das Kapital im 21. Jahrhundert* als ein herausragendes Buch, das einen wegweisenden Beitrag zur aktuellen Debatte um soziale Gerechtigkeit und Verteilungsfragen leistet und aufzeigt, wie fortschreitende Ungleichheiten nachhaltiges Wachstum und Demokratie gefährden.

Der Preis »Das politische Buch« wird jährlich verliehen für eine herausragende Neuerscheinung, die sich kritisch mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen auseinandersetzt, richtungsweisende Denkanstöße gibt und ihre Inhalte einem breiten Publikum verständlich macht.

www.fes.de/daspolitischebuch/

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft.Weiter.Denken« wurde erstmalig an Mark Blyth für sein Buch *Wie Europa sich kaputtspart – Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik* verliehen.

Mit dem von der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgeschriebenen Preis werden Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler_innen geehrt, die jenseits der volkswirtschaftlichen Standardtheorie oder des makroökonomischen Mainstreams neue Antworten auf die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen suchen.

www.fes.de/wiso/content/wirtschaftspreis.php



Prof. Mark Blyth, Professor für Internationale Politische Ökonomie, der an der US-amerikanischen Brown University lehrt, erhielt für sein Buch: »Wie Europa sich kaputtspart – Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik« den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik. (Foto: Bollhorst)

Der politische Film der Friedrich-Ebert-Stiftung

Im Rahmen des Filmfests Hamburg wurde am 10. Oktober 2015 zum dritten Mal der Preis »Der politische Film der Friedrich-Ebert-Stiftung« vergeben. Der Preis ging an den schwedischen Film »Every Face Has a Name« von Magnus Gertten (*1953) – ein Film über den Holocaust, über Flucht und Neuanfang.

Für die Jury ist »Every Face Has a Name« ein Film zur NS-Geschichte, »der einen neuen erzählerischen Ansatz findet, der uns erstaunt und fasziniert. Wir waren uns innerhalb weniger Minuten einig. Ein bewegender Film.«

Die Mitglieder der Jury waren Stephan Lamby (Journalist, Produzent und Filmemacher), Patricia Schlesinger (NDR-Programmbereichsleiterin Kultur und Dokumentation Fernsehen) und Hansjörg Schmidt (Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft).

www.julius-leber-forum.de/veranstaltungen/veranstaltungen/141004_preis_politischer_film_2014.html

Menschenrechtspreis

Der jährlich verliehene Menschenrechtspreis der FES ging 2015 an zwei Bürgermeister aus Israel, einen jüdischen und einen arabisch-palästinensischen. Ilan Sadeh und Hasan Atamna setzen sich mit großem persönlichen Engagement im Rahmen des Shared Communities Projekts der FES-Partnerorganisation Givat Havivah für ein friedliches Zusammenleben der jüdischen Bevölkerungsmehrheit und der arabisch-palästinensischen Minderheit in Israel ein.

www.fes.de/themen/menschenrechtspreis/



Die Preisträger des Menschenrechtspreises: Hasan Atamna, Bürgermeister von Kafr Qara, Wadi Ara Region/Israel (li), Ilan Sadeh, Bürgermeister des Menashe Regional Councils, Wadi Ara Region/Israel (re). (Foto: Konstantin Börner)

Unselbständige Stiftungen und Sondervermögen

Erich-Brost-Sondervermögen

Aus Mitteln des »Sondervermögens Erich Brost« in der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde in 2015 unter anderem in Bautzen, am Ort des berüchtigten DDR-Zuchthauses, das »26. Bautzen-Forum« gefördert, das zur Aufarbeitung der SED-Diktatur dient. Studienreisen für Schüler_innen und junge Erwachsene nach Berlin und Polen sollen zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit beitragen und die Begegnung mit der Geschichte und Gegenwart des jüdischen Lebens in Polen ermöglichen. In Stettin wurde ein deutsch-polnischer Workshop zum Thema »Die Asyldebatte und nationalistische Anfeindungen – Was kann jetzt getan werden?« unterstützt.

Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung

Otto Bennemann war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat und Oberbürgermeister von Braunschweig (bis 1959) und 1959–1967 Minister der niedersächsischen Landesregierung. Er war mit der Bundestagsabgeordneten Franziska Bennemann verheiratet. Die 1990 eingerichtete Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung fördert die Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft, einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte.

Im Jahr 2015 wurden unter anderem die Fachtagung »Glaubwürdigkeit und Verantwortung in der Politik« sowie die Studie »Ökonomische Effekte der Liberalisierung der Handwerksordnung von 2004« gefördert.

Die im Jahr 2014 begonnene Studie »Ökonomische Effekte der Liberalisierung der Handwerksordnung von 2004«, durchgeführt vom Institut für angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen, wurde 2015 erfolgreich abgeschlossen.

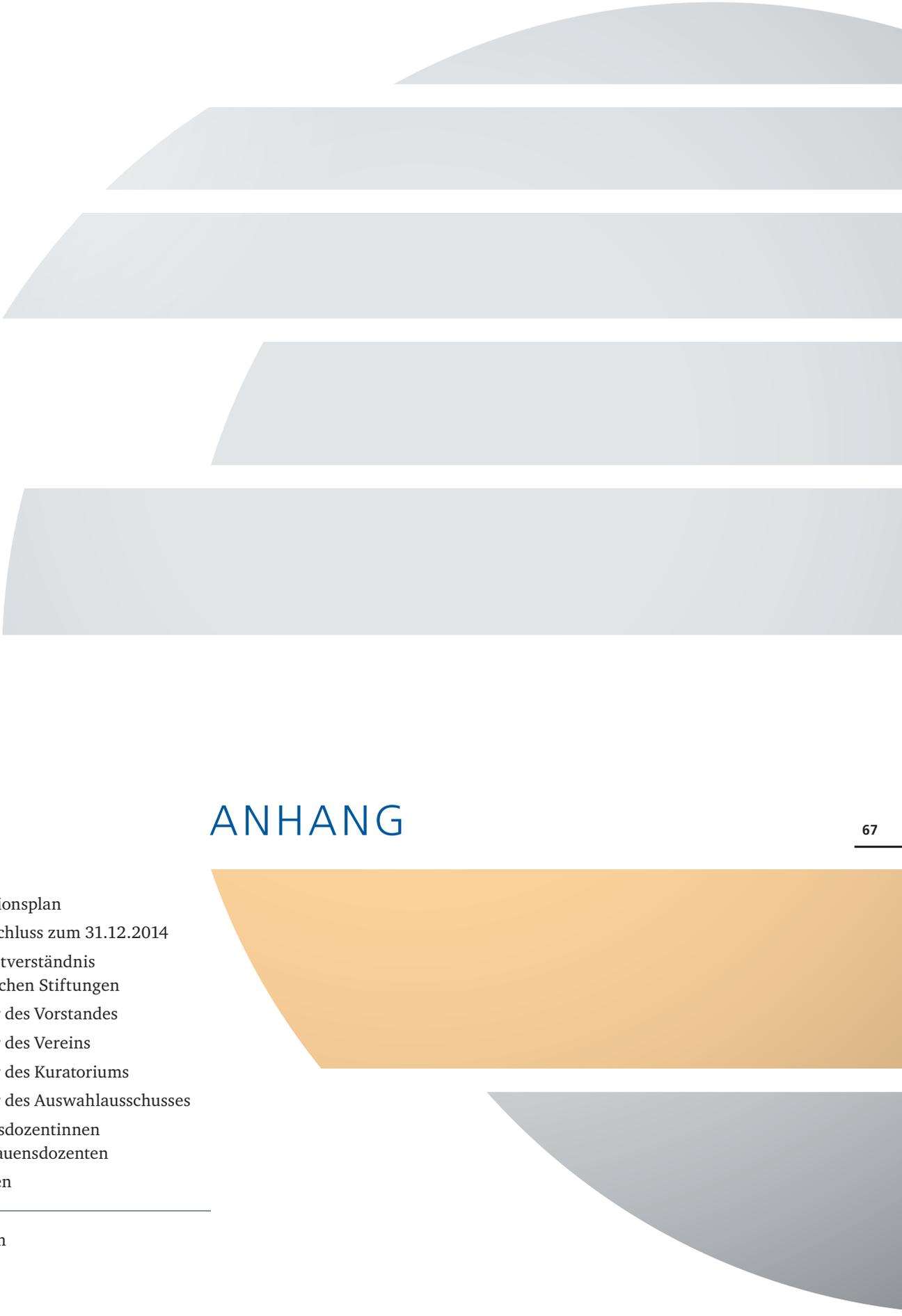
Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Hans Matthöfer (1925–2009) war zwischen 1974 und 1982 Minister in mehreren Bundesregierungen, davon vier Jahre Finanzminister unter Helmut Schmidt.

Die unselbständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich auf die Herausgabe von Publikationen, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und der Technologieentwicklung behandeln. Die Bedeutung der Gewerkschaften und Beiträge zur Weiterentwicklung der Theorie der sozialen Demokratie sind weitere thematische Leitlinien für die Auswahl der Projekte der Stiftung.

Im Jahr 2015 förderte die Stiftung unter anderem den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik (»Wirtschaft. Weiter.Denken«), der im Februar 2015 erstmalig vergeben wurde.

Eine gemeinsame Veranstaltungsreihe der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung und der IG Metall widmete sich den Themen »Zukunft der Fachkräftesicherung«, »Bürger_innen in der Arbeitswelt: Wie weiter mit der Demokratie in der Wirtschaft«, »Modernität der Industrie« sowie »Zukunft der Sozialpartnerschaft«.



ANHANG

67

- 68 Organisationsplan
 - 70 Jahresabschluss zum 31.12.2014
 - 76 Zum Selbstverständnis
der Politischen Stiftungen
 - 77 Mitglieder des Vorstandes
 - 77 Mitglieder des Vereins
 - 78 Mitglieder des Kuratoriums
 - 78 Mitglieder des Auswahlausschusses
 - 79 Vertrauensdozentinnen
und Vertrauensdozenten
 - 86 Anschriften
-
- 88 Impressum

Organisationsplan

STAND: MAI 2016

VORSTAND

Vorsitzender
MP a.D. Kurt Beck

Stellvertretende Vorsitzende
MP'in Hannelore Kraft,
Michael Sommer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Dr. Roland Schmidt

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

Politische Akademie

Reinhard Weil

Politischer Dialog

Dr. Manuela Erhart

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Andrä Gärber

Kommunikation und Grundsatzfragen¹
Vesna Rodić

Pressestelle Berlin
Peter Donaiski

Zentrale Aufgaben¹
Dr. Marc Meinardus

Koordination Gender
Dr. Stefanie Elies

Revision / Antikorruptionsbeauftragte¹
Birgit K. Schultz

Datenschutz¹
Dr. Georg Wronka,
R.A.

Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen
Janine Mohr

Betriebsrat

Gesamtbetriebsrat:
Dr. Tobias Mörschel

BR Bonn:
Toni Henseler

BR Berlin:
Monika Schneider

Akademie für Soziale Demokratie
Jochen Dahm

Akademie Management und Politik
Katrin Matuschek

Medienpolitik
Johanna Niesyto

JournalistenAkademie
Carla Schulte-Breidenbach

OnlineAkademie
Tobias Paul

Forum Jugend und Politik
Dr. Stefanie Hanke,
Ina Koopmann

Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung
Rebecca Dermars

KommunalAkademie
Anne Haller

Gesellschaft für Politische Bildung e. V.²
Akademie Frankentwarte, Würzburg
Vors. Walter Kolbow

Landes-/ Regionalbüros

Baden-Württemberg
Fritz-Erler-Forum (Stuttgart)
Dr. Sabine Fandrych

Bayern

BayernForum (München)
Anna-Lena Koschig (kommissarisch)

Regensburg
Harald Zintl

Hessen (Wiesbaden)
Nicole Nestler

Nordrhein-Westfalen (Bonn)
Petra Wilke

Rheinland-Pfalz/Saarland (Mainz)
Dr. Martin Gräfe

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V.²
Kochel am See/ München
Vors. Carmen König-Rothemund

Forum Politik und Gesellschaft
Dr. Stefanie Elies

Familien- und Geschlechterpolitik, Jugendpolitik und Antidiskriminierung, Forum Demokratie

Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte
Prof Dr. Thomas Meyer

Forum Berlin
Dr. Irina Mohr

Rechtspolitik, Innere Sicherheit, BerlinPolitik, Staatsmodernisierung, Gegen Rechtsextremismus, Integration und Teilhabe, Empirische Sozialforschung, Religion und Politik, Kulturpolitik

Landes-/ Regionalbüros

Brandenburg (Potsdam)
Eugen Meckel

Bremen, Hamburg Schleswig-Holstein
Julius-Leber-Forum (Hamburg)
Dr. Peter Hurrelbrink

Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin)
Frederic Werner

Niedersachsen (Hannover)
Urban Überschär

Sachsen (Leipzig)
Matthias Eisel
(Außenstelle Dresden)
Christoph Wielepp

Sachsen-Anhalt (Magdeburg)
Dr. Ringo Wagner

Thüringen (Erfurt)
Dr. Paul Pasch

Arbeit und Qualifizierung
Ruth Brandherm

Soziales, Gesundheit, Gender, Familie, Jugend, Senioren
Severin Schmidt

Alterssicherung
Max Ostermayer

Gewerkschaften
Matthias Klein

Klima/Energie/Umwelt, Digitalisierung
Dr. Philipp Fink

Migration/ Integration
Günther Schultze

Verbraucher, Unternehmen/ Mittelstand
Dr. Robert Philipps

Räumliche Entwicklung, Demographischer Wandel
René Bormann

Wirtschafts- und Finanzpolitik/ Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik
Markus Schreyer

Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung¹
Dr. Marc Meinardus

Mitgliederversammlung des Vereins
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kuratorium

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

**Internationale
Entwicklungs-
zusammenarbeit**
Christiane Kesper

Afrika
Manfred Öhm
Gewerkschaften:
Britta Utz

Asien und Pazifik
Jürgen Stetten
Gewerkschaften:
Constantin Grund

**Lateinamerika
und Karibik**
Dr. Svenja Blanke
Gewerkschaften:
Katja Meyer

**Naher und Mittlerer
Osten, Nordafrika**
Dr. Ralf Hexel
Gewerkschaften:
Hannah Steinfeldt

**Globale Politik
und Entwicklung**
Jochen Steinhilber
Globalisierung:
Thomas Mättig

Frieden und
Sicherheit:
Bodo Schulze

Klima und Energie:
Manuela Mattheß

Menschenrechte:
Hubert Schillinger

Koordinierungsaufgaben
Gewerkschafts-
koordination
international:
Mirko Herberg

**Evaluierung/
Qualitätsmanagement**
Catrina Schläger

**Internationaler
Dialog**
Dr. Alexander Kallweit

**Westeuropa/
Nordamerika**
Michèle Auga

Mittel- und Osteuropa
Dr. Reinhard Krumm

**Internationale
Politikanalyse**
Dr. Michael Bröning

Koordinierungsaufgaben
Gewerkschaften:
Jörg Bergstermann

WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT

Studienförderung
Pia Bungarten

Auswahl
Marianne Braun

**Beratung und
Betreuung**
Elena Espinosa

Promotionsförderung
Dr. Ursula Bitzgeigo

**Ausländische
Stipendiat_innen**
Kathrein Hölscher

**Ideelle Förderung
und stipendiatisches
Netzwerk**
Judith Illerhues

**Ehemalige,
Berufsorientierung,
journalistische
Nachwuchsförderung**
Iva Figenwald

**Vertrauensdozent_
innen**
Antje Schnadwinkel

**Team Kommunikation/
Community Portal**
Ines Herr

**Bildungs- und
Hochschulpolitik**
Marei John-Ohnesorg

**Archiv der sozialen
Demokratie**
Dr. Anja Kruke

**Organisations-
bestände**
Michael Oberstadt

**Personenbestände
und Sammlungen**
Harry Scholz

Public History
Dr. Meik Woyke

Karl-Marx-Haus Trier
Elisabeth Neu

Bibliothek
Jacques Paparo

**Katalog und wissen-
schaftliche Dienste**
Regine Schoch

Periodika/Benutzung
Jacques Paparo

**Finanzen und
Organisation**
Dr. Roland Schwartz

**Controlling und
Organisation**
Axel Schmidt

**Informations-
technologien**
Peter Bujny
IT-Basisdienste:
Peter Bujny
IT-Prozess-
unterstützung:
Hasan Polat

Finanzbuchhaltung
Carola Marten-Voigt

Projektbuchhaltung
Jutta Klemm

Hausmanagement
Diana Gohle

**Koordination
Konferenzzentrum
Berlin**
Tino Ernst

Personalabteilung
Dr. Beate Bartoldus

**Grundsatzfragen und
Personalentwicklung**
Maria Theodossiou

Rotation
Oliver Dalichau

Abrechnung Ausland
Julia Büllesfeld
Katharina Kohr
Michael Kramer
Ariane Rödel
Sabina Tariq

Abrechnung Inland
Sener Dogan
Reinhold Merten

**Koordination
Ausbildung
(duales System)**
Michael Kramer

¹ Direkt dem Geschäftsführer unterstellt

² Durch die FES gefördert

Jahresabschluss

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2014

AKTIVA

Angaben in Euro

	1.1.2014	Zugänge/ Umbuchungen	Abschrei- bungen/ Abgänge	31.12.2014	31.12.2013
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	293.624,00	100.378,89	159.992,89	234.010,00	293.624,00
2. Grundstücke und Bauten	56.069.570,96	2.884,68	1.888.815,68	54.183.639,96	56.069.570,96
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.605.380,37	719.974,80	839.249,11	5.486.106,06	5.605.380,37
	61.968.575,33	823.238,37	2.888.057,68	59.903.756,02	61.968.575,33
II. Finanzanlagen	31.505.438,87	319.878,52	0,00	31.825.317,39	31.505.438,87
	93.474.014,20	1.143.116,89	2.888.057,68	91.729.073,41	93.474.014,20
B. Zweckgebundenes Vermögen				8.502.719,36	8.491.013,47
C. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				26.528.476,10	27.075.401,74
II. Wertpapiere					
Sonstige Wertpapiere				3.003.446,31	567.607,67
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten				18.562.867,62	10.366.342,30
				48.094.790,03	38.009.351,71
D. Rechnungsabgrenzungsposten				8.038,78	28.771,17
				148.334.621,58	140.003.150,55

Die Bezeichnung der Davon-Vermerke bei der zweckgebundenen Rücklage erfolgte im Berichtsjahr mit den neuen gesetzlichen Normen der Abgabenordnung. Anpassungen der Vorjahresbeträge ergaben sich nicht.

PASSIVA

Angaben in Euro

	1.1.2014	Einstellung/ Zugänge	Entnahmen/ Auflösungen	31.12.2014	31.12.2013
A. Rücklage					
Zweckgebundene Rücklage	61.760.788,02	0,00	75.914,32	61.684.873,70	61.760.788,02
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO EUR 10.333.196,79 (i. Vj. EUR 9.961.721,72)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO EUR 25.818.019,58 (i. Vj. EUR 22.449.810,79)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 3 AO EUR 13.044.206,47 (i. Vj. EUR 13.044.206,47)					
B. Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	293.624,00	100.378,89	159.814,89	234.188,00	293.624,00
II. Grundstücke und Bauten	38.432.133,86	2.884,68	1.511.874,52	36.923.144,02	38.432.133,86
III. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.767.780,99	718.199,07	776.132,15	3.709.847,91	3.767.780,99
	42.493.538,85	821.462,64	2.447.821,56	40.867.179,93	42.493.538,85
C. Sonderposten zum zweckgebundenen Vermögen				8.502.719,36	8.491.013,47
D. Rückstellungen				2.279.125,00	2.165.095,00
E. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				2.126.754,48	1.762.737,28
II. Sonstige Verbindlichkeiten				18.901.184,54	18.248.623,22
				21.027.939,02	20.011.360,50
F. Rechnungsabgrenzungsposten				13.972.784,57	5.081.354,71
				148.334.621,58	140.003.150,55

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

1.1. BIS 31.12.2014

Angaben in Euro

	2014		2013	
1. Projektgebundene Zuwendungen der				
a) Bundesministerien	142.315.040,65		143.087.029,81	
b) Länder und anderer Körperschaften	2.576.827,68		2.578.644,42	
c) Sonstigen Zuwendungsgeber	2.324.105,21	147.215.973,54	1.805.452,55	147.471.126,78
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	272.105,84		266.733,80	
b) Wissenschaftliche Zwecke	100.500,00		200.000,00	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	283.537,91	656.143,75	265.856,45	732.590,25
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen		2.447.821,56		2.551.660,83
4. Teilnahmegebühren		751.047,56		737.068,50
5. Sonstige Erträge		1.340.185,10		1.457.153,79
		152.411.171,51		152.949.600,15
6. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studenten	25.206.325,10		22.266.059,40	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	20.465.804,93		20.563.550,29	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern	82.539.228,30		83.220.863,33	
d) Forschungsprojekte	5.621.679,01		6.216.569,73	
e) Förderung von Kunst und Kultur	60.239,63	133.893.276,97	78.636,68	132.345.679,43
7. Abschreibungen		2.888.057,68		3.040.359,58
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen		821.462,64		822.655,01
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen		15.226.053,44		17.199.171,35
10. Mindereinnahme aus laufendem Betrieb		-417.679,22		-458.265,22
11. Finanzergebnis		357.054,26		960.173,00
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		-60.624,96		501.907,78
13. Außerordentliche Aufwendungen (= Außerordentliches Ergebnis)		-15.289,36		-1.018,70
14. Mindereinnahmen (i. Vj. Mehreinnahmen)		-75.914,32		500.889,08
15. Entnahme aus zweckgebundener Rücklage		75.914,32		0,00
16. Einstellung in zweckgebundene Rücklage		0,00		500.889,08
17. Jahresergebnis		0,00		0,00

Bescheinigung

An die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Wir haben den vom Vorstand gemäß § 12 der Satzung aufgestellten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz sowie Einnahmen- und Ausgabenrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Bonn-Bad Godesberg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften und ihre Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Zugrundelegung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten

und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Grundsätze zur Rechnungslegung und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den unten angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung, Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14), den gesetzlichen Vorschriften.

Abweichend von den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) werden keine sonstigen Rückstellungen angesetzt. Ist das Finanzanlagevermögen zu Anschaffungskosten angesetzt, werden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen vorgenommen und werden Periodenabgrenzungen von Einnahmen und Ausgaben mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr vorgenommen.

Köln, den 18. September 2015
KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez.
Hillesheim
Wirtschaftsprüfer

Brandt
Wirtschaftsprüfer

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichten wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2015 (Stand 31.12.2015):

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

	31.12.2014	31.12.2015
Mitarbeiter_innen der Zentrale in Bonn	271	302
Mitarbeiter_innen der Zentrale in Berlin	163	179
Mitarbeiter_innen in den Bildungszentren und Außenbüros in Deutschland	79	76
Auslandsmitarbeiter_innen	99	103
Insgesamt	612	660

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landesparteiorgane besetzt waren (Stand: 31.12.2015):

- Von den elf Mitgliedern des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung sind:
- acht Mitglieder ohne o. a. Funktionen
 - ein Mitglied der Bundesregierung
 - ein Mitglied im Deutschen Bundestag
 - ein Mitglied einer Landesregierung (zugleich Mitglied eines Landesparlaments sowie eines Landesparteiorgans)

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Friedrich-Ebert-Stiftung: keine(r) in einer der o. a. Führungspositionen

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen. Hiernach üben »der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung (...) in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbaren Funktionen aus«.

Zusätzliche Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Projektbezogene Zuwendungen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Jahr 2014 größter einzelner Zuwendungsgeber.

69,8 Mio. € wurden für die Förderung gesellschafts- und strukturpolitischer Maßnahmen zugewendet.

Zusätzlich zu diesen Mitteln wurden 11,4 Mio. € als Verwaltungskostenzuschüsse gewährt. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom BMZ 800 T € als Sondermittel für die gesellschaftliche Krisenreaktions- und Stabilisierungshilfe sowie 2,9 Mio. € für den internationalen Klima- und Umweltschutz. Die enthaltenen Verwaltungskostenzuschüsse betragen 410 T €. Der Gesamtbetrag aller Zuwendungen des BMZ belief sich mithin auf 85 Mio. €.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur Förderung der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit. Der Zuschuss i. H. v. 37,0 Mio. € wird für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung gewährt, die sie im Inland erfüllt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sowie für die Archivierung zeitgeschichtlich bedeutsamer Materialien von Parlamentariern. Der Globalzuschuss dient auch der Finanzierung der dazugehörigen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten. In dem o. g. Betrag sind 28 T € als Zuschuss für die Zeitschriften der Politischen Stiftungen enthalten.

Neben dem Globalzuschuss erhielt die Stiftung vom Bundesministerium des Innern 0,9 Mio. € für die Baukosten des zweiten Hauses in Berlin.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung ist mit 20,2 Mio. € Zuwendungsgeber für die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium, in der Promotion sowie für Betreuungsmaßnahmen. 2,5 Mio. € wurden dabei als Verwaltungskostenpauschale bewilligt.

Das Auswärtige Amt fördert mit 2,5 Mio. € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierten in der Bundesrepublik. Weitere 4,8 Mio. € werden für internationale gesellschaftspolitische Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen.

Überdies gewährte das Auswärtige Amt der Stiftung Mittel i. H. v. 670 T € zur Intensivierung der europäischen Integration sowie 233 T € zur Förderung demokratischer Strukturen in Nordafrika.

Auf Verwaltungskostenzuschüsse entfallen beim Auswärtigen Amt insgesamt 1,1 Mio. €.

Insgesamt verringerten sich die Bundes-Zuwendungen gegenüber 2013 um 0,8 Mio. €, wobei die Mittel des BMZ um 0,5 Mio. € und die BMBF-Mittel um 2,9 Mio. € stiegen, während die BMI-Mittel um 3,3 Mio. € und die AA-Mittel um 0,9 Mio. € sanken.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Deckung regional bezogener direkter Veranstaltungskosten für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit. Mit 1,6 Mio. € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber. Die Zuwendung erfolgt für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit, unter anderem im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Bei den sonstigen Zuwendungsgebern wurden zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen im Ausland von verschiedenen Organisationen vor Ort insgesamt 305 T € zugewendet.

Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position »Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen« entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die Position »Sonstige Erträge« umfasst Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen sowie aus den Kantinenbetrieben in Bonn und in den Bildungsstätten (insgesamt 787 T €), Erträge aus Vermietung und Verpachtung (25 T €), Publikations- und Eintrittserlöse (147 T €), Kostenersatzungen (138 T €), Erträge aus Anlageerlösen (1 T €) sowie übrige Erträge (241 T €).

Die unter »Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit« genannten Positionen beziehen sich auf die im Textteil des vorangegangenen Jahresberichtes für 2014 beschriebenen Aktivitäten. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 30,9 Mio. € und setzt sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 24,3 Mio. €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 6,6 Mio. €.

In den Ausgaben für Stipendien an deutsche und ausländische Studenten sind Betreuungsmaßnahmen für die Stipendiaten (Seminarveranstaltungen und Exkursionen) von 2,0 Mio. € enthalten.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminarveranstaltungen, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und auf die Erstellung

von Publikationen. Die Veranstaltungen fanden in den Häusern in Berlin und Bonn sowie in der stiftungseigenen Akademie und in angemieteten Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position »Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern« enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Entwicklungsländern, den Ländern Mittel- und Osteuropas und in einigen Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter beträgt 15,3 Mio. €.

Die Fachausgaben der Position »Forschungsprojekte« setzen sich zusammen aus 17 T € für Forschungsprojekte und -aufträge sowie 0,8 Mio. € für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek in Bonn, für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn sowie für die Verwaltung des Karl-Marx-Hauses in Trier.

Das Sachanlagevermögen der Stiftung betrug zum 31.12.2014 insgesamt 59,9 Mio. € (siehe Bilanz).

Zur Position »Zuführung zum Sonderposten ...« siehe Bilanz, Passiva, B I-IV.

Die »Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen« enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

Eigene Einnahmen und Spenden

Die privaten Spenden für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung beliefen sich auf 656 T €. Die Spenden sind eine wertvolle Ergänzung der öffentlichen Zuwendungen.

751 T € wurden als Beiträge durch die Teilnehmer an den Bildungsveranstaltungen gezahlt. Weitere 1,3 Mio. € wurden erlöst durch sonstige Leistungen der Stiftung (Bewirtungen, Vermietung und Verpachtung, Verkauf von Publikationen und von Reproduktionen historischer Fotos, Eintritt für das Karl-Marx-Haus etc.).

Von besonderer Bedeutung sind die Erträge aus den unselbständigen Stiftungen. Dieses Vermögen i. H. v. derzeit 8,5 Mio. € aufgrund von Testamenten oder Schenkungen stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

Gesamtübersicht aller im Haushalt 2016 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben

STAND: 01.02.2016

Angaben in Euro

I. Einnahmen	
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
<i>Zuwendungen der Bundesministerien</i>	162.120.111
<i>Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften</i>	2.689.000
<i>Sonstige Zuwendungsgeber</i>	1.404.820
2. Spenden	420.000
3. Teilnehmergebühren	725.000
4. Sonstige Einnahmen	615.000
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
<i>Förderung von Studenten und Graduierten</i>	25.968.823
<i>Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit (Tagungen und Seminare)</i>	24.356.621
<i>Internationale Zusammenarbeit</i>	93.165.136
<i>Veröffentlichungen</i>	
<i>Forschungsprojekte</i>	6.968.949
<i>Förderung von Kunst und Kultur, sonstige Projektausgaben</i>	12.000
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter *	35.091.273
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben	
<i>Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten</i>	15.435.402
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	
5. Übrige Ausgaben	
6. Ausgaben für Investitionen/Aufwendungen für Abschreibungen	2.067.000
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	0

* Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter ist bereits in den Positionen 1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben) und 3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter beträgt insgesamt:	35.513.273 €
Darin enthalten sind für Löhne und Gehälter enthalten:	27.980.613 €
Die sozialen Abgaben betragen:	7.532.660 €

Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Nachfolgend die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien sowie Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.

Telefon 0228 883-0

Telefax 0228 883-9207

presse@fes.de

Mitglieder des Vorstandes

STAND: MAI 2016

Vorsitzender

Kurt Beck

Stellvertretende

Vorsitzende

Hannelore Kraft

Michael Sommer

Geschäftsführendes

Vorstandsmitglied

Dr. Roland Schmidt

Mitglieder

Prof. Dr. Peter Brandt

Dr. Barbara Hendricks

Barbara Ludwig

Dr. Werner Müller

Dr. Rolf Mützenich

Matthias Platzeck

Prof. Dr. Jürgen Zöllner

Ehrenvorsitzende

Holger Börner †

Anke Fuchs

Anschrift für Vorstand, Verein und Kuratorium

Postadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Mitglieder des Vereins

STAND: MAI 2016

Dr. Gerd Andres

Kurt Beck

Prof. Dr. Helmut Berding

Dr. Christine Bergmann

Erik Bettermann

Jens Böhrnsen

Klaus Brandner

Prof. Dr. Peter Brandt

Anke Brunn

Ilse Brusis

Edelgard Bulmann

Dr. Jürgen Burckhardt

Hans Martin Bury

Wolf-Michael Catenhusen

Prof. Dr. Herta

Däubler-Gmelin

Heide Dörrhofer-Tucholski

Malu Dreyer

Garrelt Duin

Martin Dulig

Prof. Dr. Horst Ehmke

Hans Eichel

Dr. Gernot Erler

Petra Ernstberger

Nancy Faeser

Elke Ferner

Anke Fuchs

Sigmar Gabriel

Irmgard Gaertner-Fichtner

Günter Gloser

Reinhard Grätz

Prof. Dr. Helga Grebing

Bettina Hagedorn

Nina Hauer

Dr. Volker Hauff

Dr. Horst Heidermann

Hubertus Heil

Dr. Barbara Hendricks

Dr. Diether Hoffmann

Reiner Hoffmann

Eva Högl

Prof. Dr. Uwe Holtz

Berthold Huber

Klaas Hübner

Hedda Jungfer

Johannes Kahrs

Sabine Kaspereit

Reinhard Klimmt

Hans-Ulrich Klose

Walter Kolbow

Hannelore Kraft

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Klaus-Dieter Kühbacher

Ute Kumpf

Dr. Gerlinde Kuppe

Prof. Dr. Manfred Lahnstein

Dr. Klaus Dieter Leister

Dr. Jürgen Linde

Barbara Ludwig

Christoph Matschie

Dr. Werner Müller

Franz Müntefering

Dr. Rolf Mützenich

Andrea Nahles

Dietmar Nietan

Thomas Oppermann

Aydan Özoguz

Johannes Andreas Pflug

Matthias Platzeck

Konrad Porzner

Joachim Poß

Florian Pronold

Prof. Christa Randzio-Plath

Dr. Hermann Rappe

Karl Ravens

Walter Riester

Dr. Harald Ringstorff

Prof. Dr. Gerhard A. Ritter

Dr. Wolfgang Roth

Prof. Heinz Ruhнау

Dr. Karl-Peter
Schackmann-Fallis

Axel Schäfer

Thorsten Schäfer-Gümbel

Rudolf Scharping

Harald Schartau

Günter Schlatter

Dr. Nils Schmid

Renate Schmidt

Dr. Roland Schmidt

Ulla Schmidt

Wilhelm Schmidt

Hubertus Schmoldt

Carsten Schneider

Prof. Dr. Hans-Peter
Schneider

Dr. Herbert Schnoor

Olaf Scholz

Gerhard Schröder

Günter Schröder

Prof. Dr. Richard Schröder

Dr. Manfred Schüler

Dieter Schulte

Martin Schulz

Werner Schulz

Dr. Angelica Schwall-Düren

Rolf Schwanitz

Manuela Schwesig

Heide Simonis

Michael Sommer

Peer Steinbrück

Dr. Frank-Walter Steinmeier

Dr. Manfred Stolpe

Franz Thönnes

Michael Vassiliadis

Ute Vogt

Dr. Klaus von Dohnanyi

Dr. Henning Voscherau

Dr. Klaus Wedemeier

Ernst Welteke

Detlef Wetzels

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Dr. Bettina Wieß

Klaus Wowereit

Dr. Monika Wulf-Mathies

Prof. Dr. Jürgen Zöllner

Prof. Dr. Christoph Zöpel

Mitglieder des Kuratoriums

STAND: MAI 2016

Vorsitzende:

Ingrid Matthäus-Maier

Doris Ahnen

Richard Becker

Prof. Dr. Wilhelm Bender

Prof. Dr. Helmut Berding

Siegfried Bleicher

Dr. Rolf Böhme

Ulla Burchardt

Prof. Dr. Friedrich Buttler

Wolf-Michael Catenhusen

Harro Uwe Cloppenburg

Rudolf Dreßler

Dr. Ursula Engelen-Kefer

Dr. Erhard Eppler

Dr. Katharina Focke

Ingeborg Friebe

Florian Gerster

Prof. Dr. Helene Harth

Ingrid Häußler

Dr. Peter Heinemann

Dr. Christine Hohmann-Dennhardt

Helmut Hubacher

Roland Issen

Gerhard Jochum

Prof. Dr. Dr. Karl Kaiser

Dr. Karl Kauermann

Prof. Dr. Jürgen Keßler

Prof. Dr. Dr. Jürgen Kocka

Carmen König-Rothemund

Prof. Dr. Heiko Körner

Prof. Tomas Kosta

Ursula Kraus

Prof. Dr. Jürgen Kromphardt

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Moritz Leuenberger

Markus Meckel

Siegmar Mosdorf

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Edith Niehuis

Dr. Winfried Polte

Dr. Hermann Rappe

Steffen Reiche

Edzard Reuter

Nikolaus Schneider

Wolfgang Schneiderhan

Karin Schubert

Rolf Schwanitz

Dr. Mario Soares

Prof. Dr. Hartmut Soell

Karl Starzacher

Dr. Ralf Stegner

Ludwig Stiegler

Prof. Dr. Johano Strasser

Helmut Teitzel

Dr. Gerald Thalheim

Dr. Carl Tham

Wolfgang Tiefensee

Dr. Gottfried Timm

Dr. Hans-Jochen Vogel

Dr. Klaus von Dohnanyi

Gerd Walter

Gerd E. Weers

Dr. Rosemarie Wilcken

Dr. Monika Wulf-Mathies

Brigitte Zypries

Mitglieder des Auswahlausschusses

STAND: MAI 2016

Ehrenvorsitzender:

Prof. Dr. Helmut Berding

Vorsitzende:

Prof. Dr. Helene Harth

1. Stellvertretender

Vorsitzender:

Prof. Dr. Jürgen Keßler

2. Stellvertretende

Vorsitzende:

Dr. Simone Raatz

Prof. Dr. Dr. Sefik Alp
Bahadir

Prof. Dr. Hans-H. Bass

Prof. Dr. Christian Bernzen

Christine Biehler

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef
Brüggemeier

Pia Bungarten

Dr. Michael Dauderstädt

Prof. Dr. Dorothée de Nève

Prof. Dr. Frank Engehausen

Prof. Dr. Christine Färber

Prof. Dr. Hermann Frister

Prof. Dr. Brigitte
Georgi-Findlay

Dr. Yvette Gerner

Dr. Uwe Gottschalk

Prof. Eberhard E. Grötsch

Prof. Dr. Harald Hagemann

Prof. Dr. Uwe Haneke

Prof. Dr. Peter Hantel

Dr. Jana Hartmann

Prof. Dr. Dr. Ernest W.B.
Hess-Lüttich

Prof. Dr. Gunther
Hirschfelder

Prof. Dr. Anke Holler

Prof. Dr. Wolfgang Honnen

Dr. Hans-Gerhard Husung

Prof. Dr. Rainer Jonas

Dr. Alexander Kallweit

Prof. Dr. Heidrun D. Kämper

Dr. Thomas Keidel

Dr. Ernst-J. Kerbusch

Prof. Dr. Christopher Kopper

Evelin Manteuffel

Dr. Regine Mehl

Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte

Prof. Dr. Christoph Meyer

Prof. Dr. Andreas Mücklich

Prof. Dr. Thomas J. J. Müller

Dr. Yvonne Ott

Prof. Dr. Anita Pfaff

Petra Popp

Prof. Dr. Rachid Ouaisa

Prof. Dr. Walter
Reese-Schäfer

Prof. Dr. Emanuel Richter

Prof. Dr. Hermann Rösch

Prof. Dr. Michael Schmidt

Dr. Petra Schmitt-Frister

Dr. Ilja-Kristin Seewald

Dr. Ralf Stegner

Prof. Dr. Franz Streng

Prof. Dr. Jochen Struwe

Prof. Dr. Katina Warendorf

Prof. Dr. Ulrike
Wendeling-Schröder

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

STAND: MAI 2016

AACHEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein

Technische Hochschule

Prof. Dr. Gerhard Gründer

Prof. Dr. Helmut König

Prof. Dr. Hermann Wagner

AUGSBURG

Dr. Florian Freund

Hochschule Augsburg

Prof. Dr.-Ing. Marcus Reppich

Universität Augsburg

Prof. Dr. Natascha Sojc

Prof. Dr. Dietmar Süß

BAD DÜRRHEIM

Prof. Dr. Dr. Norbert Grulke

BAMBERG

Universität

Dr. Thilo Fehmel

Prof. Dr. Frank Westerhoff

BAYREUTH

Universität

Prof. Dr. Manfred Miosga

Prof. Dr. Herbert Popp

BERLIN

Ralf Beste

Dr. Hans-Peter Böhm

Dr. Michael Bröning

Dr. Andrä Gärber

Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Giessmann

Dr. Marius Hofmeister

Axel Hutschenreuther

Dr. Stefan Klose

Gerhard Lechleitner

Dr. Raphael L'Hoest

Dr. Andreas Linde

Norbert Lippok

Dr. Klaus Lommatzsch

Prof. Dr. Günther Maihold

Dr. Dietmar Molthagen

Prof. Dr. Daniela Münkel

Dr. Timo Noetzel

Dr. Manfred Öhm

Bettina Schattat

Dr. Hans-Jörg Schmedes

Prof. Dr. Ulrich Schöler

Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Prof. Dr. Manuela Spindler

Prof. Dr. Peter Steinbach

Dr. Nicolai von Ondarza

Dr. Almut Wieland-Karimi

Dr. Maren Ziese

Alice Salomon-Fachhochschule

Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé

Freie Universität

Prof. Dr. Rolf-Peter Janz

Prof. Dr. Nina Kolleck

Prof. Dr. Sabine Kropp

Prof. Dr. Eun-Jeung Lee

Prof. Dr. Martin Lücke

Prof. Dr. Stefan Rinke

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Dr. Damir Softic

Hertie School of Governance

Prof. Dr. Anke Hassel

Prof. Dr. Andrea Römmele

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Prof. Dr. Sabine Spelthahn

Hochschule für Wirtschaft und Recht

Prof. Dr. Holger Rogall

Humboldt-Universität

Prof. Dr. Ulrike Auga

Dr. Stephan Bröchler

Dr. Holger Brohm

Prof. Dr. Peter Burschel

Prof. Dr. Philipp Dann

Prof. Dr. Andreas Eckert

PD Dr. Roland Francis

Dr. Kurt Graulich

Prof. Dr. Martin Heger

Prof. Dr. Bernd Henningsen

Prof. Dr. Thomas Mergel

Prof. Dr. Herfried Münkler

Dr. Julia Laura Rischbieter

Prof. Dr. Wolfgang Scholl

Prof. Dr. Julia von Blumenthal

Prof. Dr. Gerhard Werle

Katholische Hochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

Technische Universität

Prof. Dr. Thorsten Beckers

Dr. Sascha Buchholz

Dr. Etienne Emmrich

Prof. Dr. Gert G. Wagner

BIEBERACH

Hochschule

Prof. Dr. İsmail Kaşıkçı

BIELEFELD

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Jütte

Prof. Dr. Dr. Heinrich Schäfer

Dr. Jasmin Siri

Prof. Dr. Thomas Welskopp

Prof. Dr. Jan Wirrer

Prof. Dr. Véronique Zanetti

BOCHUM

Jörg Fleck

Dr. Tuan Anh Tran

Universität

Prof. Dr. Stefan Berger

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Prof. Dr. Stefan Goch

Prof. Dr. Traugott Jähnichen

Prof. Dr. Till Kössler

Prof. Dr. Klaus Kost

Prof. Dr. Karsten Rudolph

Prof. Dr. Adina C. Rusu-Klappheck

Prof. Dr. Manfred Wannöffel

BONN

Dr. Christian von Haldenwang
Dr. Alexandra von dem Knesebeck
Dr. Anja Kruke

Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Hartmut Ihne
Prof. Dr. Marlis von der Hude

Universität

Prof. Dr. Frank Decker
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Solvay Gerke
Prof. Dr.-Ing. Matthias Hullin
Prof. Dr. Doris Lucke
Prof. Dr. Michael Schneider
Dr. Arne Schneidewind

BRANDENBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Burghilde Wieneke-Toutaoui

BRAUNSCHWEIG

Technische Universität

Prof. Dr. Katja Koch
Prof. Dr. Hermann Wätzig

BREMEN

Hochschule

Prof. Dr. Corinna Grünh
Prof. Dr. Ernst Mönlich

Jacobs University

Prof. Dr. Phillip Genschel
Prof. Dr. Gerd-Volker Rösenthaller
Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc

Universität

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano
Prof. Dr. Jutta Günther
PD Dr. Sebastian Haunss
Dr. Yvonne Pörzgen
Prof. Dr. Ursula Rust
PD Dr. Cordula Weißköppel
Dr. Janna Wolff
Dr. Arndt Wonka

CHEMNITZ

Technische Universität

Prof. Dr. Rudolf Boch
Prof. Dr. Stefan Garsztecki

COBURG

Fachhochschule

Iris Piper

COTTBUS

Dr. Tilo Biesecke

DARMSTADT

Peter Brändle

Technische Universität

Prof. Dr. Gerd Lautner

DELMENHORST

Prof. Dr. Gerd Turowski

DORTMUND

Universität

Prof. Dr. Wilfried Bos

DRESDEN

Technische Universität

Prof. Dr. Peter Gründler
Prof. Dr. Wolfgang Melzer
Dr. Melanie Morisse
Prof. Dr. Christian Prunitsch
Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
Dr. Marina Scharlaj
Dr. Mike Schmeitzner
Dr. Swen Steinberg

DUISBURG

Dr. Thomas Reichel

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Tobias Debiel
Prof. Dr. Heike Roll

DÜSSELDORF

Universität

Prof. Dr. Helmut Frister
Prof. Dr. Katharina Hilbig-Lugani
Prof. Dr. Guido Thiemeyer

EBERSWALDE

Hochschule für nachhaltige Entwicklung

Prof. Dr. Peter Spathelf

EICHSTÄTT

Katholische Universität

Prof. Dr. Stefan Schieren

EISENACH

Prof. Dr. Dorothea Hegele

ERFURT

Fachhochschule

Prof. Dr. Eckhard Giese
Prof. Dr. Klaus Merforth

Universität

Prof. Dr. Manfred Baldus
Prof. Heike Grimm
Prof. Dr. Fritz-Wilhelm Neumann

ERLANGEN-NÜRNBERG

Universität

Dr. Susanna Brogi-Däufel
Prof. Dr. Peter Dabrock
Prof. Dr. Ludwig Fesenmeier
Prof. Dr. Andreas Funke
Prof. Dr. Christian Merkl

ESSEN

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Peter Ulrich Hein
Dr. Florian Schacht

ESSLINGEN

Hochschule

Prof. Dr. Reiner Marchthaler
Prof. Dr. Karin Reiber

FLENSBURG

Universität

Prof. Dr. Herbert Bruhn
Prof. Dr. Uwe Danker
Prof. Dr. Charlotte Gaitanides

FRANKFURT/MAIN

Dr. Ulrich Walter

FRA School of Finance & Management

Prof. Dr. Adalbert Winkler

Universität

Prof. Dr. Lothar Brock
Prof. Dr. Volker Dötsch
Prof. Dr. Alexander Ebner
Dr. Nicole Kramer
Dr. Nina Morgner
Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

FRANKFURT/ODER

Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Eva Kocher
Prof. Dr. Albrecht Söllner

FREIBURG

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Albert Scherr

Universität

Prof. Dr. Ulrich Bröckling
Prof. Dr. Sabine Dabringhaus
Prof. Dr. Tim Epkenhans
Prof. Dr. Johanna Pink
Prof. Dr. Ralf Poscher

FULDA

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Haller
Prof. Dr. Helen Knauf

GELSENKIRCHEN

Westfälische Hochschule

Prof. Dr. Andreas Heinecke
Prof. Dr. Stephan Kress
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier
Prof. Dr. Diethard Reisch

GIESSEN

Prof. Dr. Michael Bäuerle

Technische Fachhochschule

Prof. Dr. Frank Runkel

Universität

Prof. Dr. Jürgen Bast
Prof. Dr. Ulrich Ellinghaus
Prof. Dr. Klaus Lange
Prof. Dr. Friedrich Lenger
Prof. Joybrato Mukherjee
Dr. Sascha Weber

GÖTTINGEN

Prof. Dr. Lydia Haustein

Universität

Prof. Dr. Andrea D. Bührmann
Prof. Dr. Stephan Klasen
Prof. Dr. Volker Lipp
Prof. Dr. Rainer Marggraf
Prof. Dr. Franz Walter

GREIFSWALD

Universität

Prof. Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann
Prof. Dr. Marko Pantermöller
Dr. Klavdia Smola

HAGEN

Fernuniversität

Prof. Dr. Frank Hillebrandt

HALLE

Universität

Prof. Dr. Gunnar Brands

HAMBURG

Dr. Stephan Bakan
Dr. Arnim Karthaus
Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek
Dr. Jan-Hinrik Schmidt
Dr. Torsten Sevecke
Dr. Sven Tode

Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönna

Evang. Hochschule für Soziale Arbeit

Prof. Dr. Tilman Lutz

Fachhochschule für Ökonomie und Management

Prof. Dr. Marco Zimmer

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Simon Andreas Güntner
Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Dr. Barbara Martwich

Universität

Prof. Dr. Miriam Beblo
Prof. Dr. Holger Brecht-Heitzmann
Dr. Marcel du Moulin
Dr. Hans-Georg Ehrhart
Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach
Prof. Dr. Peter Heisig
Prof. Dr. Kai-Oliver Knops
Prof. Dr. Franklin Kopitzsch
Prof. Dr. Reiner Lehberger
Prof. Dr. Dieter Schimanke
Prof. Dr. Benno Stinner

HANNOVER

Hochschule

Prof. Dr. Rolf Hüper
Dr. Monika Pinski

Medizinische Hochschule

Dr. Thela Wernstedt

Universität

PD Dr. Alexander Kochinka

HEIDELBERG

Dr. Morna Gruber
Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Universität

Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Dr. Felix Hörisch
Prof. Dr. Herbert Kronke
Prof. Dr. Andreas Kruse
Prof. Dr. Hartmut Soell
Prof. Dr. Mathias Witzens-Harig
Prof. Dr. Edgar Wolfrum

HILDESHEIM

Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst

Prof. Dr. Gazi Çağlar
Prof. Dr. Lutz Finkeldey

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Prof. Dr. Wolfgang Schröer

ILMENAU

Technische Universität

Prof. Dr. Joachim Weyand

ISERLOHN

Prof. Dr. Stefan Lennardt

JENA

Universität

Prof. Dr. Klaus Dörre
Prof. Dr. Hermann Funk
Prof. Dr. Hans-Werner Hahn
Prof. Dr. Ulrich Hilpert
Prof. Dr. Thomas Kroll
Prof. Dr. Roland Merten
Prof. Dr. Georg Schmidt

KAISERSLAUTERN

Technische Universität

Prof. Dr. Michael Schroda
Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz
Prof. Dr. Bernd Streich
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

KARLSRUHE

Universität und Institut für Technologie

Prof. Dr. Michael Schefczyk
Prof. Dr. Ulrich Schurath
Prof. Dr. Rainer Walz
Prof. Dr. Manfred Wilhelm

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Hagen Krämer

KASSEL

Universität

Dr. Minou Isabel Banafsche
Prof. Dr. Sonja Buckel
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
Prof. Dr. Felix Welti

KEHL

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

KIEL

Dr. Linda Kleemann

Fachhochschule

Prof. Dr. Doris Weßels

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Biesterfeld
Prof. Dr. Federico Foders
Prof. Dr. Gerhard Igl
Prof. Dr. Karl-Heinrich Pohl

KLEVE

Hochschule Rhein-Waal

Prof. Dr. Eva-Maria Hinterhuber

KOBLENZ/LANDAU

Universität

Prof. Dr. Werner Sesselmeier

KÖLN

Dr. Matthias von Hellfeld
Dr. Christiane Kling-Mathey
Prof. Dr. Dr. Alexander Lechleuthner

Katholische Hochschule

Prof. Dr. Werner Schöning

Sporthochschule

Prof. Dr. Jürgen Mittag

Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
Dr. Claudia Nikodem
Dr. Meik Woyke

KONSTANZ

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung

Prof. Dr. Karen-Sibyll Schirmer

Universität

Prof. Dr. Thomas Dekorsy
Prof. Dr. Sven Jochem
Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker
Prof. Dr. Wolfgang Seibel
Prof. Dr. Clemens Wischermann

LANDAU

Dr. Dirk Kratz

LEIPZIG

Dr. Jens A. Katzek

Fachhochschule Nordhessen Zweigstelle Leipzig

Prof. Dr. Lars Garlepp

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur

Prof. Dr. Andrea Nikolaizig

Universität

Prof. Dr. Alexander Deeg
Prof. Dr. Hartmut Elsenhans
Prof. Dr. Cornelia Exner
Prof. Dr. Christian Fandrych
Prof. Dr. Birgit Harreß
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Prof. Dr. Thomas Lenk
Prof. Dr. Harald Morgner
Dr. Julian Schmitz
Prof. Dr. Wolfgang F. Schwarz

LÜBECK

Universitätsklinikum

Prof. Dr. Sebastian Stehr

LUDWIGSBURG

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

LUDWIGSHAFEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Karin A. Kersting
Prof. Dr. Fritz Unger

LÜNEBURG

Universität

Prof. Dr. Ulrich Günther
Prof. Dr. Axel Halfmeier
Prof. Dr. Claus-Dieter Krohn
Dr. Tonio Oeftering
Prof. Dr. Wolfgang Ruck

LÜNEBURG/SCHNEGA

Prof. Dr. Hermann H. Kallfass

MAGDEBURG

Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Irmtraut Mecke
Prof. Dr. Susanne Metzner
Prof. Dr. Claudia Wendel
Prof. Dr. Ilona Melanie Wuschig

Universität

Prof. Dr. Horst Gischer
Prof. Dr. Wolfgang Rensch

MAINZ

Silke Hillesheim (Wendelsheim)

Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Universität

Prof. Dr. Thorsten Faas
Prof. Dr. Gerd Mielke
Prof. Dr. Oliver Scheiding

MANNHEIM

Andrea Gronemeyer
Prof. Dr. Klaus Schönhoven

Hochschule der Wirtschaft für Management

Prof. Dr. Lars Castellucci

Universität

Prof. Dr. Peter Vorderer

MARBURG

Dr. Fabio Longo

Universität

Prof. Dr. Volker Mergenthaler
Prof. Dr. Thomas Noetzel
Prof. Dr. Harald Renz

MERSEBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting
Prof. Dr. Malte Thran

MÖNCHEGLADBACH

Hochschule

Prof. Dr. Ulrich Nissen

MÜNCHEN

Dr. Meret Forster
Prof. Dr. Yolanda M. Koller-Tejeiro
Dr. Ludwig Maaßen
Michael Marco Schönlein
Dr. Hans Wegner
Dr. Jürgen Zarusky

Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Peter Hammerschmidt
Prof. Dr. Stefan Rappenglück

Katholische Fachhochschule

Prof. Dr. Birgit Dorner
Prof. Dr. Constanze Giese

Staatliche Akademie der Bildenden Künste

Prof. Dr. Maria Isabel Peña Aguado

Technische Universität

Prof. Dr. Jutta Roosen

Universität der Bundeswehr

Prof. Dr. Stephan Stetter

Universität

Prof. Dr. Christian Albrecht
Dr. Christian Alexander Braun
Prof. Dr. Martin H. Geyer
Dr. Jan-Christoph Heilinger
Dr. Susanne Krones
Dr. Anna Leuchtweis
Prof. Dr. Carsten Reinemann
Prof. Dr. Andreas Renner
Prof. Dr. Berthold Rittberger
Prof. Dr. Elke Seefried
Prof. Dr. Rudolf Tippelt
Dr. Till Zimmermann

MÜNSTER**Fachhochschule**

Prof. Dr. Bernhard Frevel

Universität

Prof. Dr. Christian Blodau
Prof. Dr. Siegfried Echterhoff
Dr. Matthias Freise
Prof. Dr. Thomas Großbölting
Netaya Lotze
Prof. Dr. Norbert Schläbitz
Prof. Dr. Christoph Weischer

NÜRNBERG

Dr. Karin Falkenberg
Dr. Andrea König

NÜRTINGEN**Fachhochschule**

Prof. Dr. Willfried Nobel

OLDENBURG**Universität**

Prof. Dr. Dr. Volker Boehme-Neßler
Prof. Dr. Gunilla-Friederike Budde

OSNABRÜCK**Hochschule**

Prof. Dr. Peter Mayer

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Junge

OSNABRÜCK (BÜNDE)

Dr. Andrea Behrenswerth

PADERBORN**Universität**

Dr. Dirk Prior
Prof. Dr. Birgit Riegraf

PASSAU**Universität**

Prof. Dr. Guido Pollak
Prof. Dr. Bernhard Stahl

POTSDAM**Universität**

Prof. Dr. Werner Jann
Prof. Dr. Andreas Köstler
Prof. Dr. Thomas von Winter

RAVENSBURG**Duale Hochschule
Baden-Württemberg**

Prof. Dr. Ernst Deuer

REGENSBURG**Universität**

Dr. Sonja Emmerling
Prof. Dr. Thorsten Kingreen
Prof. Dr. Tonio Walter

REUTLINGEN**Fachhochschule**

Prof. Henning Eichinger
Prof. Dr. Rudolf Kessler

ROSTOCK**Universität**

Prof. Dr. Ralf Ludwig

SAARBRÜCKEN

Prof. Dr. Roland Rixecker

Universität

Jun.-Prof. Dr. Thomas Blank
Prof. Dr. Lutz Götze
Prof. Dr. Volker Köllner
Dr. Luitpold Rampeltshammer
Prof. Dr. Lucia Scherzberg
Dr. Magdalena Telus

SIEGEN**Universität**

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst
Prof. Dr. Heiko Ihmels
Prof. Dr. Tim Spier

SPEYER**Universität für
Verwaltungswissenschaften**

Prof. Dr. Gisela Färber
Staatssekretär Dr. Hannes Kopf

STRALSUND**Fachhochschule**

Prof. Dr. Jürgen L. Dräger

STUTTGART**Hochschule für Technik**

Prof. Dr. Elke Sohn

Universität

Prof. Dr. Dr. Ulli Arnold
Prof. Dr. Gerd de Bruyn
Dr. Christine Heinke
Prof. Dr. Rudolf Large

TRIER

Hochschule

Prof. Dr. Thomas Bonart
Prof. Dr. Michael Bottlinger

Universität

Prof. Dr. Laszlo Goerke
Prof. Dr. Uwe Jun
Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle
Jun.-Prof. Dr. Stefan Wurster

TÜBINGEN

Universität

Prof. Dr. Thomas Diez
Prof. Dr. Ewald Frie
Prof. Dr. Klaus Gestwa
Dr. Lars Schneider

TUTZING

Dr. Michael Mayer

ULM

Universität

Prof. Dr. Birgit Liss

VECHTA

Universität

Prof. Dr. Gertrud M. Backes
Prof. Dr. Karl-Heinz Breier

WEINGARTEN

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger

WERNIGERODE

Hochschule Harz für Wirtschaft und Technik

Prof. Dr. Armin Willingmann

WIESBADEN

EBS Univ. Wirtschaft und Recht

Prof. Dr. Markus Ogorek

Hochschule RheinMain

Prof. Dr. Regina-Maria Dackweiler
Prof. Dr. Jiri Sobota

WILDAU

Fachhochschule für Technik

Prof. Dr. Marco Althaus

WISMAR

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Andreas Bücken
Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

WITTEN/HERDECKE

Universität

Prof. Dr. Wolfgang H. Arnold

WUPPERTAL

Bergische Universität

Prof. Dr. Ute Planert
Prof. Dr. Ronald Schettkat
Prof. Dr. Andreas Schlenkhoff
Prof. Dr. Roy Sommer
Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

WÜRZBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Bradl
Prof. Dr. Lutz Frühbrodt

Universität

Prof. Dr. Gisela Müller-
Brandeck-Bocquet

Ausland

BELGIEN

Dr. Rudolf Mögele
Paul F. Nemitz

DÄNEMARK

Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

FRANKREICH

Dr. Falk Bretschneider
Dr. Sonja Zmerli

GROSSBRITANNIEN

Prof. Dr. Holger Afflerbach
Prof. Dr. Andreas Gestrich
Prof. Dr. Benjamin Ziemann

KOSOVO

Prof. Dr. Wulf Lapins

NIEDERLANDE

Prof. Dr. Frank Biermann
Dr. Thomas Conzelmann
Dr. Sebastian Krapohl
Dr. Benjamin Müller
Prof. Dr. Wolfgang Wagner

SCHWEIZ

Prof. Dr. Klaus Neumann-Braun
Dr. Karim El-Haschimi
Dr. Sascha Quanz
Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler
Dr. Oliver Thränert

SCHWEDEN

Dr. Christian Krell

Anschriften

STAND: MAI 2016

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Zentrale Bonn

Postadresse:

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-0

Telefax 0228 883-9207

Zentrale Berlin

Hiroshimastraße 17 und 28

10785 Berlin

Telefon 030 26935-6

Telefax 030 26935-9244

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Dr. Anja Kruke

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9046

(Information Archiv)

Telefax 0228 883-9209

archiv.auskunft@fes.de

www.fes.de/archiv

BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Jacques Paparo

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9056

(Information Bibliothek)

Telefax 0228 883-9220

ausleihe@fes.de

fachauskunft@fes.de

fernleihe@fes.de

www.library.fes.de

ABTEILUNG STUDIENFÖRDERUNG

Pia Bungarten

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-7902

Telefax 0228 883-9225

www.fes.de/studienfoerderung

Landes- und Regionalbüros

BADEN-WÜRTTEMBERG

Fritz-Erler-Forum

Baden-Württemberg

Dr. Sabine Fandrych

Werastraße 24

70182 Stuttgart

Telefon 0711 248394-3

Telefax 0711 248394-50

info.stuttgart@fes.de

www.fritz-erler-forum.de

BAYERN

BayernForum

Anna-Lena Koschig

Prielmayerstraße 3

80335 München

Telefon 089 515552-40

Telefax 089 515552-44

bayernforum@fes.de

www.bayernforum.de

Regionalbüro Regensburg

Harald Zintl

Richard-Wagner-Straße 5

93055 Regensburg

Telefon 0941 794759

Telefax 0941 795613

regensburg@fes.de

www.fes-regensburg.de

Partnerakademien

Gesellschaft für Politische Bildung e. V.

Akademie Frankenwarte

Karl-Heinz Spiegel

Leutfresserweg 81-83

97082 Würzburg

Telefon 0931 80464-0

Telefax 0931 80464-26

info@frankenwarte.de

www.frankenwarte.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V.

Bildungsstätte Kochel

Schloss Aspenstein

Tamara Wissing

Am Aspensteinbichl 9-11

82431 Kochel am See

Telefon 08851 78-0

Telefax 08851 78-23

info@vollmar-akademie.de

www.vollmar-akademie.de

BERLIN

Forum Berlin

Arbeitsbereich BerlinPolitik

Dr. Irina Mohr

Hiroshimastraße 17

10785 Berlin

Telefon 030 26935-7307

Telefax 030 26935-9240

forumberlin@fes.de

www.fes-forumberlin.de

BRANDENBURG

Landesbüro Brandenburg

Eugen Meckel

Hermann-Elflein-Straße 30/31

14467 Potsdam

Telefon 0331 292555

Telefax 0331 2803356

potsdam@fes.de

www.fes.de/Potsdam

BREMEN, HAMBURG, SCHLESWIG-HOLSTEIN

Julius-Leber-Forum
Büro für die Bundesländer
Bremen, Hamburg,
Schleswig-Holstein
Dr. Peter Hurrelbrink
Rathausmarkt 5
20095 Hamburg
Telefon 040 325874-0
Telefax 040 325874-30
hamburg@fes.de
www.julius-leber-forum.de

HESSEN

Landesbüro Hessen
Nicole Nestler
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 341415-0
Telefax 0611 341415-29
landesbuero.hessen@fes.de
www.fes.de/hessen

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Landesbüro
Mecklenburg-Vorpommern
Frederic Werner
Arsenalstraße 8
19053 Schwerin
Telefon 0385 5125-96
Telefax 0385 5125-95
info.schwerin@fes.de
www.fes-mv.de

NIEDERSACHSEN

Landesbüro Niedersachsen
Urban Überschär
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Telefon 0511 357708-30
Telefax 0511 357708-40
niedersachsen@fes.de
www.fes.de/niedersachsen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Landesbüro NRW
Petra Wilke
Godesberger Allee 149
53170 Bonn
Telefon 0228 883-7202
Telefax 0228 883-9208
landesbuero-nrw@fes.de
www.fes.de/landesbuero-nrw

RHEINLAND-PFALZ

Regionalbüro Mainz
Rheinland-Pfalz/Saarland
Dr. Martin Gräfe
Große Bleiche 18 –20
55116 Mainz
Telefon 06131 96067-0
Telefax 06131 96067-66
mainz@fes.de
www.fes.de/mainz

SACHSEN

Landesbüro Sachsen
Matthias Eisel
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 960-2431
Telefax 0341 960-5091
sachsen@fes.de
www.fes.de/sachsen

Außenstelle Dresden

Christoph Wielepp
Obergraben 17a
01097 Dresden
Telefon 0351 80468-03
Telefax 0351 80468-05
sachsen@fes.de
www.fes.de/sachsen

SACHSEN-ANHALT

Landesbüro Sachsen-Anhalt
Dr. Ringo Wagner
Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg
Telefon 0391 56876-0
Telefax 0391 56876-15
info.magdeburg@fes.de
www.fes.de/magdeburg

THÜRINGEN

Landesbüro Thüringen
Dr. Paul Pasch
Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon 0361 59802-0
Telefax 0361 59802-10
info.erfurt@fes.de
www.fes-thueringen.de

MUSEUM KARL-MARX-HAUS

Elisabeth Neu
Brückenstraße 10
54290 Trier
Telefon 0651 97068-0
Telefax 0651 97068-140
info.trier@fes.de
www.fes.de/karl-marx-haus

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Referat Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
www.fes.de

Bild- und Textredaktion

Referat Kommunikation
und Grundsatzfragen

Korrektorat

Susanne Reinhold

Übersetzung

Dr. Inez H. Templeton

Herstellung

Katja Ulanowski

Gestaltung

NORDSONNE IDENTITY, Berlin

Druck und Verarbeitung

Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2016

ISSN 0940-0702

Geschichte

History

WWW.FES.DE/DE/STIFTUNG/GESCHICHTE/

1925

Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren.
The Social Democrat Friedrich Ebert, the first democratically elected president of the first German Republic, dies on February 28th at the age of 54.

1925

Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geiste, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen.
On March 2nd the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is founded. Its purpose is, in the spirit of Friedrich Ebert, to further the political education of all Germans, regardless of their class, toward democracy, to support financially talented young students, and to promote a better understanding between Germany and other countries.

1933

Verbot durch die Nationalsozialisten.
Prohibited by the National Socialists.

1946

Wiederbegründung der Friedrich-Ebert-Stiftung.
The FES is refounded.

1956

Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung.
The FES's first adult political education center with boarding facilities is opened.

1963

Aufbau der durch das BMZ geförderten Entwicklungszusammenarbeit.
The development cooperation program is launched, financed by the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development.

1969

Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn.
The Archive of Social Democracy and the FES Library are opened in Bonn.

1990

Aufbau der Vertretungen in den neuen Bundesländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas.
FES offices in the new federal states and in the countries of Middle and Eastern Europe are established.

1999

Eröffnung eines Konferenz- und Tagungszentrums in Berlin.
A new conference center is opened in Berlin.

Heute

ist die Friedrich-Ebert-Stiftung als die älteste politische Stiftung Deutschlands eine private, gemeinnützige, kulturelle Institution, die den Ideen und Grundwerten der Sozialen Demokratie verpflichtet ist.
Today the Friedrich-Ebert-Stiftung – the first political foundation in Germany – is a private, non-profit cultural institution committed to the ideals and values of Social Democracy.

